Gewerkschaft und Volkswirtschaft

Gedanken und Hinweise

Von

Dr. Th. Brauer

Zweite, unveränderte Auflage



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1922

Weitere Schriften von

Dr. Theodor Brauer, Köln

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften. 64 S. 8° 1920 Mk 6.75

Inhalt: Gewerkschaft und Betriebsrat. Das Aufrollen der Frage der Organisationsform und die Gefährdung der Gewerkschaftsauffassung. Die Bedeutung der Verquickung der Angestellten- und Arbeiterinteressen. Arbeitgeberwaffen im Betriebsrätegesetz. Schlußfolgerungen und Vorschläge. Das Problem der gewerkschaftlichen Organisationsform. Ausbau der Betriebsräte.

Soziale Revue:

. . . Mitten aus der unmittelbaren Gewerkschaftsarbeit herausgewachsen, hält die Schrift sich fern von allen Verstiegenheiten und beleuchtet klar und sachlich die neue Lage, die das Gesetz geschaffen hat. Sie bildet damit einen sehr beachtenswerten Beitrag zum Gewerkschaftsproblem, für den man dem Verfasser dankbar sein muß. G. Schalk (Freiburg).

Soziale Praxis 1920, Nr. 56:

Diese treffliche kleine Schrift, die voll von wertvollen Urteilen und Anregungen, ist die bemerkenswerteste gewerkschaftliche Meinungsäußerung zum Betriebsrätegesetz, die uns seit Monaten zu Gesicht gekommen ist . . . Brauers Gedanken gebieten Achtung, auch wo man sie . . . nur cum grano salis gelten lassen möchte. . . . L. Heyde (Grunewald).

Das Recht auf Arbeit. 52 S. 8° 1919 Mk 7.20

Inhalt: Einleitung: Entstehung und erste Versuche gesetzgeberischer Verwirklichung. Erörterungen und Bestrebungen außerhalb Frankreichs. — Kritik: Begriffbestimmung. Juristische, soziale, wirtschaftliche Voraussetzungen. Das Sozialisierungsgesetz. Schlußbemerkungen.

Betriebs-Hilfe für Handel und Industrie. Januar 1920, Nr. 1:

. . . Im vorliegenden Werkchen bietet der bekannte Verfasser eine kritische Chronik des Arbeitsrechtes an und für sich, in vornehmer und äußerst sachlicher Darstellung. Besonders erwähnenswert ist Brauers Erläuterung des Sozialisierungsgesetzes vom 1. März 1919, das als Markstein unserer Sozialpolitik noch manchen hitzigen Parteikampf zur Folge haben wird. Um so beruhigender wirken die vorurteilsfreien und gesunden Ansichten des Verfassers, der aus volkswirtschaftlicher Erfahrung heraus seine Erwägungen mitteilt.

Jeder irgendwie politisch oder gewerkschaftlich Interessierte, das sind wir mit wenigen Ausnahmen wohl alle, wird versöhnendes Verstehen unserer Zeit aus dieser ernsten Arbeit schöpfen können.

Soziale Praxis 1920, Nr. 50:

Eine ausgezeichnete Darstellung der Dogmengeschichte des Rechtes auf Arbeit. Brauer erweist sich auch hier wieder als echt wissenschaftlicher Kritiker, den hervorgebracht zu haben die ganze deutsche Arbeiterbewegung stolz sein darf.

Bayerisches Gewerbeblatt 1921, Nr. 7:

Der Verf. zeigt die historische Entwicklung des Schlagwortes vom Recht auf Arbeit und weiterhin die sittlichen Grundlagen dieser Forderung. Es ist ein sehr interessantes Buch und kann vor allem dem, der sich von Berufswegen mit volkswirtschaftlichen Angelegenheiten zu befassen hat, bestens empfohlen werden.

Bodenfrage und Arbeiterinteresse. Eine erste Einführung. IV, 217 S. gr. 8° 1916 Mk 30.—

Konsumgenossenschaftliche Praxis, 5. Jahrgang, Nr. 24:

Das Buch ist eine dankenswerte Arbeit, in welcher der Verfasser in umfassender Weise das Bodenproblem vom Standpunkte der Arbeiterinteressen beleuchtet. Es ist geeignet, den Gesichtskreis der Arbeiter zu erweitern und nicht nur der Arbeiter, sondern auch solchen Arbeiterführern, die das Problem des sozialen Aufstiegs der Arbeiterklasse nur vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkte aus beurteilen. Desgleichen ist das Buch auch den Genossenschaftern zu empfehlen. Auch hier kann ja allzuleicht der Glaube Boden fassen, daß die Genossenschaftsbewegung allein genüge, eine bessere Zukunft herbeizuführen. Das Studium des Brauerschen Buches wird zur Erkenntnis beitragen, daß neben der Berufsorganisation und der Genossenschaftsbewegung auch die Bodenreform notwendig ist, um für breite Schichten eine bessere Zukunft sicher zu stellen.

Die angegebenen Preise sind die im April 1922 gültigen; für das Ausland erhöhen sie sich durch den vorgeschriebenen Valuta-Zuschlag. Die Preise für gebundene Bücher sind unverbindlich.

Gewerkschaft und Volkswirtschaft

Gedanken und Hinweise

Von

Th. Brauer

2. Auflage



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1922





Vorwort zur I. Auflage.

Gedanken und Hinweise wollen die nachfolgenden Seiten bieten: Gedanken, die sich dem Praktiker bei dem Nachdenken über eins der immer aktuellen Probleme unserer Tage wohl aufdrängen; Hinweise auf Momente, die von der „Theorie" in ihren letzten Verlautbarungen nicht überall genügend berücksichtigt wurden. Gedanken und Hinweise — aber auch nicht mehr. Daraus erklärt sich die ungezwungene Form, in der sich das Dargebotene an den Leser wendet. Darauf ist sodann die Beschränkung auf solche Dinge zurückzuführen, die dem Verfasser besonders wichtig erschienen.

Will man die Stellungnahme des Gewerkschaftspraktikers zu dem Problem, das durch die Gegenüberstellung von Gewerkschaft und Volkswirtschaft angedeutet wird, als etwas nicht Alltägliches ansehen, so würde der Vorspruch „Non nova, noviter" (Neuartig, nicht Neues) eigentlich am besten auf die nachstehenden Ausführungen angewendet werden können.

Der Verfasser gehört den christlichen Gewerkschaften an. Doch wird ihm jeder unbefangene Leser bezeugen müssen, daß er sich so unparteiisch wie möglich den Erscheinungen gegenübergestellt hat. Die „personifizierte Objektivität" darstellen zu wollen, ist ihm natürlich nicht in den Sinn gekommen. Es erübrigt sich die Feststellung, daß die Meinungsäußerungen des Verfassers durchaus privater Natur sind.

Köln, im März 1912.

Der Verfasser.

Vorwort zur II. Auflage.

Die wiederholte freundliche Aufforderung meines Herrn Verlegers zur Vorbereitung einer Neuauflage dieser Schrift hat mich in arge Verlegenheit versetzt. Die ständig andauernde Nachfrage nach der Schrift beweist, daß sie irgendwie in der Literatur ein Bedürfnis befriedigt. Daraus erwächst die Pflicht, sie nicht ohne weiteres vom Büchermarkt verschwinden zu lassen. Andererseits jedoch sind die Ausführungen niedergeschrieben in einer von der heutigen völlig verschiedenen Zeit und unter wesentlich anderen Voraussetzungen als jene, mit denen wir heute zu rechnen haben. Neubearbeitung der Schrift würde daher in weitestem Umfange mit Umarbeitung ganzer Teile gleichzusetzen sein. Zu einer solchen Umarbeitung habe ich denn auch wiederholt angesetzt. Sie würde aber mehr Zeit in Anspruch nehmen, als mir im Augenblick zur Verfügung steht und der Verleger im Interesse der Sache für gut hält. Darum entschloß ich mich nach vielem Hin und Her, die Schrift in ihrer ursprünglichen Fassung neu auflegen zu lassen, mir eine Umarbeitung für ruhigere Zeiten vorbehaltend. Ich glaube, diesen Schritt um so eher verantworten zu können, als ich in dieser Zeit an einer neuen Schrift über Lohnpolitik arbeite, die mich ohnehin zwingt, das auch im Mittelpunkte des vorliegenden Buches stehende Lohnproblem unter den veränderten Verhältnissen von heute nach allen Seiten hin nochmals durchzunehmen. Auf diese Weise wird der Umarbeitung, die jetzt einstweilen zurückgestellt werden muß, am besten vorgearbeitet.

Schließlich aber hat die Neuherausgabe in unveränderter Gestalt doch auch ein gewisses historisches Interesse. Die auf den nachfolgenden Blättern enthaltenen „Gedanken und Hinweise" wurden bei ihrem erstmaligen Erscheinen innerhalb eines großen Teiles der Arbeiterschaft nicht nur mit Mißtrauen behandelt, sondern geradezu schroff abgelehnt. Heute dagegen gelten die darin ausgesprochenen Meinungen als selbstverständlich! Diese interessante

Feststellung hat, so scheint mir, nicht bloß ihre Bedeutung für den Verfasser, sondern sie darf als beachtenswertes Symptom einer Entwicklung gewertet werden.

Der vielen Schwächen, die in dieser Schrift aufgespürt und aufgefunden werden können, ist sich niemand mehr bewußt als der Verfasser selber. Dennoch glaubt derselbe aus den angeführten Gründen die unveränderte Wiedergabe des ursprünglichen Textes vertreten zu können, wird dadurch doch auch die frische Unmittelbarkeit der ersten frohgemuten Niederschrift gerettet. Das möge insbesondere auch für das zweite Kapitel gelten, welches in dem Verlangen nach einer wertefreien Wirtschaftswissenschaft mehr wie alles andere die Gluthitze ahnen läßt, unter der sich damals die Kämpfe abspielten, von denen die nachfolgenden Ausführungen nur ein schwaches Abbild geben.

Brühl Bez. Köln, Anfang Februar 1922.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Symptomatische Erscheinungen und ihre Grundlagen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland steht bereits seit einigen Jahren in einer Periode des Überganges. Obwohl noch nicht festgestellt werden kann, wo der Strom des gewerkschaftlichen Lebens schließlich münden wird, so besteht doch heute bereits kein Zweifel mehr darüber, daß wir uns vor einer entschiedenen Wendung der Gewerkschaftspolitik befinden. Es sind dafür Symptome vorhanden, deren entscheidender Charakter unmöglich verkannt werden kann.

Es erscheint müßig, die vorstehenden Feststellungen mit Zeugnissen aus den beteiligten Kreisen selbst zu belegen. Daß sich solche Zeugnisse leicht beibringen ließen, wird jeder ständige Leser der Gewerkschaftspresse ohne weiteres bestätigen. Deren Wert wird aber vielen als ein problematischer erscheinen: die Masse, werden sie sagen, liebt starke Worte und muß mitunter dadurch in Stimmung gehalten werden, daß vor ihren Augen scharfe Wegbiegungen erscheinen, die das Interesse, vielleicht sogar etwas wie ein angenehmes Gruseln, rege erhalten. Und somit empfiehlt es sich, die Aufmerksamkeit weniger den Worten als den tatsächlichen Ereignissen zuzuwenden.

Die Gewerkschaftsbewegung steht deshalb vor einer Wende, weil sich eben die Erkenntnis aufdrängt, daß auch sie ihre Grenzen hat, die zwar immer wieder hinausgeschoben werden können, mit denen aber nichtsdestoweniger gerechnet werden muß. Und das war vordem nicht so der Fall; diese Notwendigkeit machte sich seither kaum bemerkbar. Entsprechend der fast märchenhaften Entwickelung des deutschen Wirtschaftslebens, konnten sich die Gewerkschaften bis weit in das 20. Jahrhundert hinein in der Rolle eines Marschalls Vorwärts gefallen. Mochte auch ihr siegender Lauf dann und wann auf ein Hindernis stoßen, so war doch stets Aussicht vorhanden, daß das Hindernis bald überwunden sein und es danach um so schneller vorwärts gehen würde. Vor allem schien es aber unnötig, sich graue Haare

wachsen zu lassen über die Frage, ob und wann denn nun einmal eine gewisse Grenze erreicht sein werde. Erst die nervöse Stimmung, welche bei den größern Kämpfen seit 1907 und namentlich bei der großen Bewegung im Baugewerbe im Jahre 1908 [1]) Platz griff, war das Ergebnis der erstmals in größerem Umfange im Ernst sich erhebenden Frage, ob das Baugewerbe, das immer in der Vorhut gewesen auf dem Wege zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nun auf einmal als erstes wiederum an einer Grenze angelangt sei. Und es ging tatsächlich wie ein Aufatmen durch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, als das große Ringen von 1910 die bange Frage glücklicherweise zu verneinen schien. Doch ist es zweifellos, daß hier schon einmal vernehmbar an die Grenze gestoßen wurde.

Der Kampf der Gewerkschaften mit zentralisierter Front, der übrigens durch die Entwickelung bedingt wurde, ist nicht deshalb eine Gefahr für die Gewerkschaften, weil er eine gleich oder ähnlich zentralisierte Gegenfront auf Arbeitgeberseite hervorrief: vielmehr ist die durch ihn heraufbeschworene Gefahr vom psychologischen Standpunkte aus zu erklären. Der gewerkschaftliche Kampf mit zentralisierter Front in der Form des gelernte und ungelernte Arbeiter umfassenden Industrieverbandes ist im Grunde genommen, in der Auffassung weiter Kreise, der grandiose Versuch, den Grundsatz zu verwirklichen, daß für die gleiche Arbeit auch die gleiche Bezahlung zu erfolgen habe.[2]) Man wird uns sagen, daß die Gewerkschaften stets nach diesem Grundsatz gehandelt haben wollen. Und das trifft auch zu.

[1]) Damals erreichte bekanntlich »die herabsetzende Kritik der Gewerkschaftsarbeit . . ., die sich eine Reihe parteipolitischer (sozialdemokratischer) Schriftsteller, besonders auch in neuerer Zeit angelegen sein lassen« (Korrespondenzblatt der Generalkommission Nr. 33, 1909) ihren Höhepunkt in Kautskys »Weg zur Macht«, dessen Argumente in der »Massen- und Führer« Frage immer wiederkehren.

[2]) Umbreit, der Redakteur des Korrespondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften, sagt in dieser Beziehung in der Festnummer des Proletarier (Organ des Fabrik- usw. Arbeiter-Verbandes) anläßlich der Erreichung einer Auflage von 200000 Exemplaren: »Das Lohnproblem ist überhaupt die schwierigste Frage für die moderne Gewerkschaft, die Gelernte und Ungelernte umfaßt. Gewerkschaftsgrundsatz erheischt, daß für gleichwertige Arbeit gleicher Lohn zu fordern ist. Einen Unterschied der Mitglieder kann es da nicht geben. In der Praxis stößt die Durchführung dieses Grundsatzes noch auf zahlreiche Schwierigkeiten, die nicht lediglich im Maß des Könnens der Arbeiter begründet sind, sondern allerlei Herkommen, Vorurteilen usw. Rechnung tragen. Erst die Erstarkung der Gewerkschaften wird es dahin bringen, die Arbeitsbedingungen in höherem Grade nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu regeln, also die kapitalistisch geregelte Arbeit durch die gewerkschaftlich geregelte zu ersetzen.«

Indessen ist doch ein sehr großer Unterschied in dieser Beziehung wahrzunehmen. Wenn die Gewerkschaften bisher das Prinzip »gleiche Leistung, gleiche Bezahlung« aufstellten, so geschah es in der Form eines Ansporns für diejenigen, deren Arbeit nicht nach diesem Grundsatz bezahlt wurde. Der Hinweis auf den Unterschied in der Bezahlung vom einen zum andern Ort war das beste Agitationsmittel. Heute dagegen wird nach dem aufgestellten Grundsatz vielmehr als nach einem Dämpfer für allzuweitgehende Forderungen gegriffen. Und die Wirkung dieser veränderten Taktik nun machte sich erstmals bei der großen Bewegung im Baugewerbe in größerm Maßstabe bemerkbar, ohne daß dies allerdings den Beteiligten schärfer zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint. In den Arbeiterführern ist jedenfalls die Überzeugung lebendig gewesen, daß auch die Bauarbeiter am Ende der frisch-frohen Aufstellung von Forderungen angelangt sind, daß auch für sie sich eine Grenze auftut, in deren Beachtung in Zukunft die Forderungen aufgestellt werden müssen. Es geht also in Zukunft nicht mehr die Richtung von unten nach oben, sondern umgekehrt von oben nach unten. Und diese Stellungnahme von einem bestimmten Grenzpunkte aus, die ihre Begründung findet in der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Gewerbes, drängt sich mit um so größerer Entschiedenheit auf, als sie von der zentralisierten Gegenfront der Arbeitgeber aus mit der denkbar größten Energie geltend gemacht wird. Daß diese Neuorientierung nicht ohne große Erschütterungen der Organisationskörper vor sich gehen wird, steht schon heute fest. Ist doch die Richtung, die jetzt eingeschlagen wird und eingeschlagen werden muß, im Kern dieselbe, die seit langem die im Buchdruckgewerbe herrschende ist. Nun aber hat man es im Buchdruckgewerbe mit einer Arbeiterschaft zu tun, der ein einfaches gewerbliches Verhältnis gegenübersteht, das von ihr unschwer in seiner Entwicklung kontrolliert und übersehen werden kann. Und doch erleben wir bei jeder Tariferneuerung im Buchdruckgewerbe das Schauspiel einer Erschütterung, die jedesmal bis an den Rand des Abgrundes führt. Demnach nun braucht kein besonderer Nachdruck mehr darauf gelegt zu werden, wieviel schwieriger die Verhältnisse sind, mit denen die größeren gewerkschaftlichen Organisationen zu rechnen haben, denen dazu nicht einmal die lange gewerkschaftliche Tradition der Buchdrucker in etwa zu Hülfe kommt, noch die verhältnismäßige Leichtigkeit der Abwälzung von Lohnerhöhungen, wie in diesem Gewerbe.

Aber wozu noch erst diese Möglichkeiten abstrakt deduzieren, nachdem uns doch in den Ereignissen der letzten Jahre bereits Erfahrungsmaterial genug zum Beweise für das Gesagte vorliegt. Die sogenannte »Massen- und Führer«-Frage[1]) ist ein solcher Beweis, der dazu noch von einer Eindringlichkeit ist, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Gewiß hängt diese Frage auch zusammen mit der Verhetzung der sozialistischen Mitglieder der freien Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Parteipresse, die sich gegen die Ablehnung der revolutionären Propaganda durch die Gewerkschaften wendet[2]). Aber es wäre ein Irrtum, sie darauf allein zurückführen zu wollen. Wäre sie ein bloßes Ergebnis dieser Verhetzung, so müßten die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen von ihren Einwirkungen vollständig verschont geblieben sein. Das ist aber nicht der Fall gewesen, wenn auch beispielsweise die christlichen Gewerkschaften mit Leichtigkeit derartige Einwirkungen zurückzudrängen vermochten. In der Hauptsache ist die »Massen- und Führer«-Frage als das Ergebnis der Nervosität anzusehen, welche das Gefühl der Begrenztheit des gewerkschaftlichen Strebens in den Massen auszulösen begann.[3])

---

[1]) Der Kern dieser Frage, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ergibt sich aus der vom Zimmerer Nr. 50, 1911 (Organ des freien Zimmererverbandes) gebrauchten Exemplifizierung auf englische und skandinavische Tarifvertragsmethoden, »die allerdings auch unter den deutschen Gewerkschaftsbeamten einige Vertreter in einflußreichen Stellungen finden« und »aus den Gewerkschaftsvertretern eine Art Gendarmerie des Kapitalismus machen . . . Die Vertreter der Zimmerer sind für solche traurigen Tarifvertragsmethoden nun einmal nicht zu haben, sie halten zu ihren Klassen- und Leidensgenossen, sie betrachten sich als die Beauftragten, nicht als die Herren ihrer Organisation . . . Wir besitzen nicht die Fähigkeit, an unsern Kameraden Verrat zu begehen.« Bei den Putschen im Ruhrkohlengebiet im Frühjahr 1911 entschied ein freier Bergarbeiterführer das Problem prägnant dahin, daß die Belegschaft, also die Masse, souverän sei.

[2]) Ein solcher Zusammenhang wird zugegeben durch die folgende scharfe Ablehnung der »Revolutionsromantik« seitens des Organs des freien Bauarbeiterverbandes (Grundstein Nr. 11, 1912): »Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufpeitschung der Gemüter und Verwirrung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgschen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellen, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Soweit dies letztere Übel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben wir Protest dagegen.«

[3]) In England hat die von den Führern der Trade Unions mancher Berufe unbeachtet gelassene Wendung der Dinge zu jener chronischen »labour unrest« geführt,

Man kann es ruhig als feststehend betrachten, daß, wenn nicht vorgebaut wird, wir nicht am Ende, sondern erst am Beginn einer Entwickelung stehen, welche durch diese Nervosität und ihre Begleiterscheinungen ihr Gepräge erhält. Und es wäre ein geradezu unverzeihlicher Fehler, wenn die Gewerkschaftsführer durch diese Erscheinungen sich dahin beeinflussen ließen, in wachsendem Maße größere Kreise in den Lauf und die Entwickelung von Lohnbewegungen und dergleichen eingreifen zu lassen. Es könnte mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Masse ihre Führer, wenn sie einmal auf diesem Wege sich befänden, von einer Konzession zur andern drängen würde. Das Verhängnisvolle einer derartigen Entwickelung springt in die Augen bei der bloßen Erwägung, daß das deutsche gewerbliche Leben durch seine von Tag zu Tag zunehmenden und immer feiner werdenden Verästelungen auch immer schwerer übersichtlich wird. In diese sich mehrenden Komplikationen kann sich eine größere Zahl von Arbeitern, die tagsüber ihrer Arbeit obliegen, unmöglich hinein finden. Dazu gehört ein Führerauge von jahrelanger Geübtheit und erprobter Schärfe. Umsomehr, als auch die Unternehmer die Wahrnehmung ihrer Interessen auf immer weniger Augen stellen. Mannser[1]) weist darauf hin, daß beispielsweise im Stahl- und Eisengewerbe zwar an einen Trust in Deutschland einstweilen nicht gedacht werden könne; immerhin müsse anerkannt werden, »daß mit der fortschreitenden Zusammenfassung von Einzelbetrieben zu einer größeren Unternehmung, dem Wachsen der damit auf dem Spiel stehenden Interessen und der immer kleiner werdenden Zahl der wirklich leitenden Männer« gerechnet werden muß. Die einzige Konsequenz hieraus für die Gewerkschaftsbewegung in der »Massen- und Führer«-Frage ist die strikteste Befolgung des Grundsatzes: »principiis obsta«. Widerstehe im Anfang, damit nicht ein Ende mit Schrecken heraufbeschworen wird.

Die freien Gewerkschaften, das darf wohl angenommen werden, haben in der Voraussicht einer Entwickelung, wie wir sie tatsächlich vor uns sehen, einen Ausweg in einer engeren Verbindung mit den übrigen sozialistischen Organisationen zu finden geglaubt. Denn diese Verbindung bietet ihnen doch so

---

die das Gefüge der Unions geradezu erschüttert und zu einer sonst gar nicht erklärlichen Änderung in den Anschauungen Anlaß gegeben hat. Das Hineintragen von sozialistischen und anarchistischen Momenten in die Agitation hat zwar diese Entwicklung beschleunigt, kann aber unter keinen Umständen als die »causa causans« angesehen werden.

[1]) »Der Stahlwerksverband«. Leipzig 1911. S. 34.

manches Unangenehme, insbesondere aber auch schneidet sie ihnen den Zugang zu so großen Massen christlicher Arbeiter ab, daß sie den seit Mannheim offiziell eingeschlagenen Weg nicht ohne große Not gegangen sind. Dasjenige, was ihnen an Anziehungskraft infolge der Verminderung der gewerkschaftlichen Chancen verloren geht, hoffen sie durch die moralische Einwirkung jener Organisationen wieder hereinzubringen. Insbesondere hoffen sie durch diese Verbindung dasjenige Maß von Solidarität den Massen einimpfen zu können, welches erforderlich ist, nachdem ihrer Auffassung gemäß nunmehr notgedrungen Ernst mit dem Grundsatz gemacht werden muß: gleiche Leistung, gleiche Bezahlung — einem Grundsatz, den wir als Dämpfer gegenüber zu weit gehenden Forderungen erkennen gelernt haben.

Dieser Grundsatz klingt wie das Selbstverständlichste von der Welt. Jeder organisierte Arbeiter, der Verbesserungen durch sein Inkrafttreten zu erzielen hofft, wird ihn sofort und ohne alle Einschränkung als das Ziel seiner Bestrebungen hinstellen. Und doch muß daran erinnert werden, daß an eine Verwirklichung desselben nie und nimmer gedacht werden kann. Was hier im Wege steht, das ist die ganze Veranlagung des Menschen als eines Wesens, das Wohlstand zu besitzen wünscht (J. St. Mill), worauf die Nationalökonomie immer wieder als das treibende Element allen Fortschritts hinweist. So paradox es klingen mag, es bleibt nicht minder wahr: es ist das in der menschlichen Natur begründete Bedürfnis nach Ungleichheit, welches die Tendenz zur Gleichheit erzeugt. Simmel[1]) nennt mit Recht die Gleichheit mit denen, die über uns sind, die hauptsächlichste treibende Kraft, die uns im Sinne der Erhebung über uns selbst anspornt. Ein neuerer belgischer Schriftsteller[2]) macht zu diesem Thema einige zutreffende Bemerkungen:

»Der Gedanke ist allzusehr verbreitet, daß die höhere Stellung des einen notwendigerweise die Erniedrigung des andern nach sich ziehe. Indem man als Maßstab für das Glück den Reichtum und die soziale Stellung nimmt, erscheint die Ungleichheit als gleichbedeutend mit Unglück ..... Die Möglichkeit der Aufbesserung des Lebens der niederen Klassen ist sehr groß, aber man wird nicht dadurch die Summe des menschlichen Glückes erhöhen, daß man denen den Kopf abschlägt, die von überragender Größe sind.«

---

[1]) »Zur Philosophie der Herrschaft« im Jahrbuch für S. V. u. V. 1907. S. 446.
[2]) Berthold Missiaen »L' Appauvrissement des Masses«. S. 412.

Adolf Weber[1]) erinnert aus dem gleichen Anlaß an den Ausspruch des Sozialisten Quessel (Sozialistische Monatshefte, 1909, S. 811): »Auch am proletarischen Familientisch sitzt der Individualismus zu Gast . . . Im Gegensatz zu Sombart scheint es mir vollständig ausgeschlossen, daß aus dem proletarischen Leben in den Großstädten die »sozialistischen Ideale gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens« hervorwachsen könnten. Ganz im Gegenteil«. Und Weber bemerkt dazu, wohl ziemlich nahe an die Wirklichkeit heranreichend, daß eine »Sozialisierung« im Sinne eines Füreinanderlebens auch im modernen Proletariat noch durchaus keine festen Wurzeln geschlagen hat. »Die Proletarier sehen, daß sie heute miteinander leben müssen, daß das Interesse des Einzelnen es bedingt, solidarisch gegen den gemeinsamen Feind aufzutreten, aber diesen aus der Not geborenen Solidarismus weiß man heute noch mehr als einst mit ausgesprochen individualistischem, um nicht zu sagen antisozialem Trachten zu verbinden«.

Sonnenschein[2]) hat den leitenden Gedanken mit unübertrefflicher Plastik ausgedrückt, indem er sagt: »Der Durchschnittsarbeiter ins Automobil gesetzt wird zum Durchschnittsfabrikanten mit allen Fehlern, die sie (die Arbeiter) an ihm bekämpfen!«

Selbst Calwer[3]), der mit bemerkenswerter Selbstverständlichkeit den Grundsatz vom gleichen Lohn für die gleiche Leistung fast als Axiom in den Vordergrund stellt, kann nicht umhin, einzugestehen: »Auch Arbeiter sind Menschen, und die Glücklichen, die in . . . . Ausnahmebetrieben sehr viel höhere Löhne hätten, als die große Zahl der Arbeiter in den anderen ähnlichen Betrieben, würden nur zu leicht geneigt sein, ihre privilegierte Stellung innerhalb solcher Ausnahmebetriebe möglichst zu schützen und zu erhalten.«

H. Dietzel[4]) hat offenbar das dem Nationalökonomen so geläufige Übergewicht des Selbstinteresses und als Folge davon das Streben nach Ungleichheit als Grundlage des Gleichheitsverlangens im Auge gehabt, als er folgende Gedankengänge entwickelte:

»Um die Millionen, die der von dem sozialdemokratischen Parteivorstand kommandierten industriellen Armee zugehörten, schlinge sich scheinbar ein eisernes Band aus der vollen Gemeinsamkeit der Interessen des Proletariats. »Keine anderen Rangstaffeln

---

[1]) »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.« S. 82.

[2]) »Ideelle Werte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.« S. 14.

[3]) Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Nr. 24. 1911.

[4]) Zitiert bei Weber op. cit. S. 292.

scheinen zu bestehen als die behufs Durchführung des Schlachtplanes unbedingt erforderlichen Unterschiede — keine anderen als die zwischen gemeinen Soldaten, die wählen, das Parteiorgan lesen, im Streik darben und Offizieren, die sich wählen lassen, Artikel schreiben, Reden halten.« Sobald aber nun das Koalitionswesen emporwachse, so würde diese Armee dem Generalstab nicht mehr so willig als bisher parieren; denn dann müßte sich offenbaren, daß jede Berufsgruppe ihr besonderes Interesse hat und klüger täte, unter ihrem besonderen Banner zu marschieren, zu versuchen, aus eigener Kraft ihre besonderen Ziele zu erkämpfen. Die Macht der Parteichefs würde zunächst gemindert, schließlich gebrochen werden durch die vorerst nur schüchtern, dann immer kecker aufstrebende Macht der Gewerkvereinschefs. Und während heute der Berliner Generalstab der Sozialdemokratie das eine Gehirn sei, das die Arbeiterbewegung einheitlich leite, werde nach dem Erstarken der Gewerkvereinsbewegung »regionaler Partikularismus, Zünftlertum, Kastengeist ins Kraut schießen und das Solidaritätsgefühl, das heute in den Massen lebe, ersticken«.«

Viel offener noch spricht sich Harms[1]) aus:

»Der Trieb mehr zu sein, wie die andern, ist viel stärker ausgeprägt wie der: den andern gleich zu sein. Wer jemals praktische Organisationsarbeit geleistet hat, kann davon ein Lied singen. Jede Schicht, und deren gibt es innerhalb der wirtschaftlich Abhängigen unzählige, hat immer nur das Bestreben, sich selbst vorwärts zu entwickeln. Das Bestreben, tiefergehende Schichten nachzuziehen, macht sich fast nirgends bemerkbar. Es ist sicherlich ein Verdienst der Sozialdemokratie innerhalb der Lohnarbeiterschaft im engeren Sinne dieses »differenzierte Standesbewußtsein« durch die »Idee des Proletariats« teilweise überwunden zu haben. Man täusche sich aber nicht über die Grenzen, welche der Wirksamkeit dieser »Idee« entgegenstehen. Daß die verzweifelten Anstrengungen der Sozialdemokratie in den Kreisen der Privatangestellten so verschwindenden Erfolg haben, obwohl die materielle Lage dieser Schichten vielfach zu wünschen übrig läßt und der moralische Druck, den das Unternehmertum auf sie ausübt, oft größer ist, wie bei den Arbeitern, findet seine Ursache in eben dieser psychologischen Tatsache. Man will mehr sein wie der Arbeiter.«

Und Harms fügt diesen Bemerkungen, die allerdings im Verlaufe der Darstellung eine Einschränkung erfahren werden, den folgenden Hinweis auf die Praxis an:

»Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich aber weiter auch die Erkenntnis auf, daß sogar die Arbeiterschaft wieder beginnt, ein differenziertes Standesbewußtsein herauszukehren. In England war dies bekanntlich von jeher der Fall. Es zeigt sich aber auch in Deutschland. Oder meint man wirklich, daß beispielsweise der hoch qualifizierte Mechaniker den Straßenkehrer so ohne weiteres als gleichwertig anspricht? Man beobachte einmal die feinen gesellschaftlichen Unterschiede, die im Arbeiterleben bis in die Vereine und Stammtischkreise hinein eine so große Rolle spielen und den Verhältnissen in den »oberen Schichten« kaum etwas nachgeben. Solche Imponderabilien übersieht leicht derjenige, für den die Welt letzten Endes nur aus »Bourgeois« und

---

[1]) »Ferdinand Lassalle.« S. 108.

»Proletariern« besteht. Und doch sind sie von ganz eminenter Bedeutung für jede organisatorische Arbeit sowohl wie insonderheit auch für die richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses innerhalb der menschlichen Gesellschaft.«

Ähnliche Beobachtungen wollen auch andere gemacht haben. So schreibt Wygodzinski[1]):

»Heimlich, gleichsam unter der Schwelle des Bewußtseins vollzieht sich eine Klassenbildung innerhalb des Arbeiterstandes, und sie wird eines Tages unwiderstehlich sich öffentlich Anerkennung erringen. Mir ist ein kleiner Zufall unvergeßlich, den ich als Student erlebte. Wir sahen uns die Schultheißbrauerei in Berlin an, ein riesiges Unternehmen, das von dem bekannten höchst arbeiterfreundlichen Sozialpolitiker Rösicke musterhaft geleitet wurde. Für alle Arbeiter der verschiedenen Arten, die dort beschäftigt waren, hatte man in jeder Weise vortrefflich gesorgt; man hatte u. a. auch hübsche Speisesäle für sie geschaffen. Dabei fiel mir eine Trennung dieser Säle auf. Ich fragte unsern Führer, und der sagte lächelnd: »Wir müssen getrennte Säle haben, denn ein gelernter Brauer setzt sich mit einem Handarbeiter nicht an einen Tisch«[2]).«

Solche Erscheinungen können in der Tat nur demjenigen auffallen, der sich daran gewöhnt hat, im Sinne der düsteren Schilderungen Sombarts das Proletariat als eine mehr oder minder homogene Masse anzusehen. Ein wie großer Fehler in dieser Auffassung liegt, darüber möge uns ein aus dem Arbeiterstande hervorgegangener feiner Beobachter belehren. Der evang. Arbeitersekretär Aug. Springer schreibt in einem neuerdings herausgegebenen Werkchen[3]) voll guter Gedanken in Naumannscher Wortprägung:

»Es ist einmal irgendwo gesagt worden, es liegen ganze Kulturfernen zwischen dem einen Arbeiter und dem andern. Das ist so. Man stelle einmal einen Ziegeleiarbeiter einem Buchdrucker gegenüber und man hat zwei Welten. Der eine lebt unstät und flüchtig, seine wirtschaftliche Lage verbietet die Behaglichkeit und die Art der Arbeit läßt nur selten geistiges Leben rege werden. Hingegen der andere hat zumeist bürgerliche Manieren an sich, in seinem Wesen prägt sich das Bewußtsein beruflichen Wertes, gesicherter Stellung aus und zeigt sich das Vorhandensein geistiger Tätigkeit. Und welche Fülle der Unterschiede findet sich nicht bei den Angehörigen der Berufe, die zwischen dem Schriftsetzer und dem Lehmarbeiter liegen. Monteure, Goldarbeiter, Schreiner, Schneider, Schuhmacher, Weber, Bergleute, Glasbläser, Arbeiter in der chemischen Fabrik, Näherinnen, Hilfsarbeiterinnen, Heimarbeiter aller Arten! Tausend Unterschiede, ungezählte Schattierungen.

---

[1]) »Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert«. S. 93.

[2]) Ad. Weber zitiert S. 151 die lebhafte Klage des Proletariers vom freien Fabrikarbeiterverband, daß man bei Arbeitern der höheren Lohnkategorie oft eine Überhebung gegenüber den schlechtgelohnten Hilfsarbeitern finde, die »die Protzigkeit des Unternehmers noch in den Schatten stelle.« »Von solcher Seite hört man die Bezeichnung »Arbeiter« oft mit gesucht affektierter Verachtung und Herablassung aussprechen, weil »man« selbst Schlosser, Dreher oder sonst ein größeres Tier ist.«

[3]) »Arbeiter und Kunst.« S. 1 ff.

Und man würde sich sehr täuschen, wenn man glaubte, die Angehörigen eines Berufes seien sich in ihren Lebensäußerungen, materiellen und geistigen Bedürfnissen alle gleich, ihr Sehnen und ihr Hoffen überall dasselbe. Gewiß, nichts ist so sehr zur Nivellierung geeignet, wie die gleichförmige Arbeit an Maschinen, an die man täglich neun und zehn Stunden oder oft noch mehr gebannt ist und ihre Demokratisierung ist eisern und unerbittlich. Namentlich dann, wenn ihr kein inneres Gegengewicht gesetzt werden kann.

Aber die Herrschaft der Maschinenarbeit ist über ihre meisten Diener eigentlich doch zu jung. Wenn erst mehrere Generationen durch die Fabriksäle und die Bergwerke hindurch gegangen sind und es nicht gelang, innere Werte zu stärken und neu zu schaffen, ja dann mögen sich alle Angehörigen einer Berufsschicht gleichen wie ein Ei dem andern. Doch, soweit sind wir noch nicht und haben nur das zu konstatieren, daß unsere Fabrikarbeiter und Bergleute zu allermeist Fabrikarbeiter und Bergleute in erster oder zweiter, höchstens dritter Generation sind. Denen steckt noch sehr viel Eigenes vom sittlichen und wirtschaftlichen Hinterlande her, von dem sie kamen, im Geblüt und macht, daß sie trotz gleicher Arbeit, gleicher Wohnung, gleicher Nahrung, gleicher Kleidung eigenartige Menschen sind.«

Man lasse sich einmal von dem Leiter einer Vereinigung jugendlicher Arbeiter beschreiben, wie wurzellos trotz unserer jahrzehntelangen industriellen Vergangenheit doch eigentlich das Arbeiterdenken und -Fühlen in der kommenden Generation noch ist. Es fehlt an jedweder Tradition, die irgendein Gefühl der Anhänglichkeit etwa an den Beruf des Vaters selbst in den besseren handwerksmäßigen Berufen vermuten ließe. Der Arbeiter strebt kaum weniger über sich selbst hinaus, wie es beispielsweise der Bürgerliche tut, vorausgesetzt, daß er, der Arbeiter, nicht von vornherein dazu verurteilt wird, nur Geld zu verdienen und so, ohne Rücksicht auf Beruf und Interesse, zum Lohnarbeiter schlechthin verurteilt ist[1]. Und nun denke man sich diese in ihren Interessen und Anschauungen so verschiedenartigen Elemente hineingepreßt in die Schablone »gleiche Arbeit, gleichen Lohn«! Wer übrigens die Praxis des täglichen Lebens beobachtet, muß zu der Überzeugung kommen, daß allen Programmen zum Trotz am allerwenigsten der Verwirklichung dieses Grundsatzes von den bessergestellten Arbeitern zugestrebt wird — wenn man nicht, was eine ganz andere Sache ist, unter Lohn den Minimallohn für ein bestimmtes Gewerbe verstehen will. Die Gefahr liegt eben darin, daß ein derartiger Grundsatz, der nicht mehr wie ein bloßes Schlagwort ist, in der Auffassung sich zurückgesetzt fühlender Massen über Unterscheidungen der letztgenannten Art sich hinwegsetzt. Wer will es beispielsweise verhindern, daß, je mehr die Löhne einer gewissen Grenze sich nähern, nun die

[1]) Es sei beiläufig auf die interessanten, vielen Erfolg versprechenden Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Arbeiterpsychologie verwiesen.

niedrigeren Arbeiterkategorien sich einreden, daß auf Grund dieser Parole auch der jetzt bestehende Unterschied in der Entlöhnung der einzelnen Arbeiterkategorien wegfallen soll? Arbeit ist schließlich Arbeit und namentlich in den Werken mancher sozialistischen Schriftsteller finden sich so viele Werttheorien, daß es unbedingt gelingen muß, eine solche Forderung durch Hinweis auf das, was die Meister gelehrt, zu stützen. Mit derartigen Tendenzen müßte aber um so mehr gerechnet werden als eben die Entwickelung in steigendem Maße zum Industrieverbande geht, als der »angelernte« Arbeiter den eigentlich gelernten derselben Industrie vielfach in der Unentbehrlichkeit für den betreffenden Industriezweig noch hinter sich zurückläßt, als schließlich selbst auch der ungelernte Industriearbeiter in steigendem Maße mehr zu einem Rädchen wird, von dessen richtiger Funktion das glückliche Endergebnis kaum weniger abhängt, wie von der des gelernten und angelernten Arbeiters. Man denke sich, was durchaus nicht im Bereiche der Unmöglichkeit liegt, daß die ungelernten Arbeiter herausrechnen, es komme ihnen auf Grund des von ihnen erzeugten »Mehrwertes« dieselbe Vergütung zu, wie den angelernten oder gelernten Arbeitern — und wir erleben ein Auswachsen unserer zentralisierten Gewerkschaftsbewegung zu einem Syndikalismus allerschärfster Prägung. Nochmals: Wer garantiert dafür, daß derartige Konsequenzen auf Grund von Schlagwörtern der gekennzeichneten Art nicht gezogen werden können und tatsächlich gezogen werden?

Die Sache hat aber noch manche andere Seite. Wer zum Beispiel bestimmt oder stellt fest, daß die eine Arbeit gleich der anderen ist? Wer verhindert die »passive Resistenz«, wenn die Arbeiter eines Betriebes der Überzeugung sind, nicht gemäß dem aufgestellten Grundsatz bezahlt zu werden? Und dann ist ja schließlich der eine Dienst des anderen wert: Die Unternehmer werden für sich das Recht in Anspruch nehmen, die Parole umzukehren und zu sagen: gleicher Lohn nur für gleiche Arbeit! Sie werden die Arbeiter darüber belehren, daß es *ihre* Sache ist, festzustellen, wer das genügende Quantum Arbeit verrichtet hat, um den entsprechenden Lohn zu beanspruchen usw. usw.

Um aber auf die heute übliche Praxis zurückzukommen: machen wir nicht mehr und mehr die Erfahrung, daß die Arbeiter zum Abschluß oder zur Erneuerung von Tarifverträgen nur unter der Bedingung Ja und Amen sagen, daß die Unternehmer die Aufrechterhaltung *besserer* als der Minimallöhne garantieren?

Der Buchdruckertarif wäre in 1911 ohne eine solche Garantie gar nicht mehr unter Dach gekommen. Und die Lithographen und Steindrucker stehen bei der Niederschrift dieser Zeilen bereits ¼ Jahr im Ausstand[1]) hauptsächlich deshalb, weil die Arbeitgeber nicht zugeben wollen, daß bessere Verhältnisse und namentlich höhere Löhne auch für die Zukunft durch ähnliche Vereinbarungen unberührt bleiben sollen. Gleiche Bestimmungen finden sich in den meisten, wenn nicht in allen Tarifverträgen vor, an denen gelernte Arbeiter beteiligt sind, und damit dürfte hinreichend der Beweis geliefert sein, daß die Arbeiter, wenn es darauf ankommt, eifersüchtig darüber wachen, daß ihrem Differenzierungsgefühl Rechnung getragen wird.

Es sei hier wenigstens noch mit einem Wort der hinlänglich bekannten Tatsache Erwähnung getan, daß dieses Gefühl bei den angelsächsischen Arbeitern vielleicht noch stärker ausgeprägt ist, wie bei den deutschen. Insbesondere bleibt der amerikanische Arbeiter ein businessman auch im Arbeiterkittel, und zwar unbeschadet etwaiger Betätigung im Gewerkverein. Und was den englischen Arbeiter anbelangt, so sei auf folgende charakteristische Äußerung in der Cotton Factory Times vom 19. Januar 1912 hingewiesen, d. h. in jenem Blatt, das sich insbesondere an die hochorganisierten Baumwollspinner des Lancashirer Bezirks wendet: Die Leser werden ersucht, den Ergebnissen einer Untersuchung des Nationalökonomen Professor Chapman besondere Aufmerksamkeit zu schenken! Aus diesen Ergebnissen resultiere, daß ein größerer Teil der in Webereien und Spinnereien des Bezirks angetroffenen Farikanten, Fabrikdirektoren und Prokuristen den Kreisen des Arbeiterstandes entstamme. »Damit ist klar bewiesen, daß Verstand und praktische Erfahrung regelmäßig auf die Höhe führen.« Professor Chapman habe aber — und dies ist das Charakteristischste an der Sache — vor allem der folgenden Illusion den Todesstoß versetzt: »Es überwog in gewissen Bezirken die Auffassung, so sagt er, daß der Aufstieg von Männern, die von der Pike an innerhalb der Arbeiterklasse gedient, heute durch den Trade Unionismus unmöglich gemacht würde. Diese Meinung aber, so stellt er fest, ist durch die Untersuchung nicht bestätigt worden. Unsere Leser werden gut tun, Professor Chapman zu folgen und nachzudenken über die ökonomischen Lehren, welche seine Untersuchungen enthalten.«

Nach vorstehenden Ausführungen dürfte man der Schluß-

[1]) Der Kampf ist ausgangs Januar beendet worden.

folgerung zustimmen, daß der Kampf auf der Grundlage des Grundsatzes vom gleichen Lohn für die gleiche Arbeit ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist, weil er auf die Dauer an der menschlichen Natur derjenigen scheitern muß, die ihn führen sollen. Wenn bisher dieser Grundsatz namentlich von den ungelernten Massen mit Begeisterung aufgenommen wird, so scheinen dafür in der Hauptsache zwei Gründe ausschlaggebend zu sein. Einmal lebt das Gros der gewerkschaftlich organisierten Massen im allgemeinen, im Gegensatz zu vielen Führern, noch immer der Überzeugung von der Unbegrenztheit des gewerkschaftlichen Könnens. Kautskys Beweisführungen werden durchweg von der sozialistischen Masse unangefochten hingenommen. So oft er dagegen den Satz von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften proklamiert, stößt er auf den heftigsten Widerstand, was ihn sogar in der Neuauflage seines »Der Weg zur Macht« zu einer Einschränkung jenes Satzes führte oder doch zu Bemerkungen, die von der Masse als etwas derartiges hingenommen werden könnten. Dann aber ist der Grundsatz vom gleichen Lohn für die gleiche Arbeit im Grunde genommen nichts anderes als ein Ableger von der Forderung des Rechtes auf den vollen Arbeitsvertrag. Wer aber weiß, mit welchem Fanatismus diese letztere Forderung in weiten Arbeiterkreisen vertreten wird, der kann sich auch unschwer die Popularität jenes Ablegers erklären.

Das Fazit lautet also dahin, daß die Gewerkschaftsbewegung mangels zugkräftiger Parole in den Sumpf der Phrase hineingezogen werden müßte. In diesem Sumpfe muß sie aber untergehen, da die tägliche Auseinandersetzung mit einem von Tag zu Tag besser vorbereiteten Gegner auf dem Gebiete der Praxis alles eher vertragen kann, wie die Phrase.

Ob es eine ähnlich gerichtete Überzeugung ist, welche neuerdings sozialistische Gewerkschaftstheoretiker zur verstärkten Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen Argumenten führt, bleibe dahingestellt. Ebenso ob diese Beschäftigung aus der Überzeugung der Führer von dem Sichaufdrängen der Begrenztheit des gewerkschaftlichen Könnens erfolgt. Die Tatsache besteht jedenfalls, obwohl beispielsweise das Organ der freien Textilarbeiter wiederholt erklärt hat — womit übrigens nur die Konsequenz revolutionär-sozialistischer Auffassung gezogen wird — auf die Volkswirtschaft könne durch die Gewerkschaften keinerlei Rücksicht genommen werden; wenn sie den gewerkschaftlichen Anforderungen nicht mehr Genüge zu leisten vermöge, müsse sie eben abgeschafft werden. Da ist es denn interessant,

zu sehen, wie der Gewerkschaftstheoretiker Adolf Braun gerade auf die Textilarbeiter exemplifiziert um folgende Ausführungen zu machen: [1])

„Bei dem gewerkschaftlichen Kampfe kommen heute die schwierigsten Probleme für den praktischen Nationalökonomen in Betracht ... Wenn die Organisation der Textilarbeiter es für notwendig findet, ihrem Hauptvorstand einen sachverständigen Observator über die Konjunktur einzugliedern, so erklärt die Verbandsleitung selbst, daß sie sich die Beurteilung der Konjunktur nicht zutraut. Aber jeder Vorsitzende einer Ortsgruppe, jedes Mitglied jeder Versammlung soll diese überaus komplizierten Erscheinungen, über die die geschultesten Nationalökonomen und berufsmäßigen journalistischen Beobachter des Marktes vielfach uneinig sind, besser beurteilen als die sich speziell mit dieser Aufgabe befassenden Personen. Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften noch manche andere Veränderung durchmachen wird. Wir werden auch zu technischen Sachverständigen, zu Verfolgern der neuen Erfindungen, des technologischen Fortschritts, zu Überprüfern des Kalkulationswesens in den Fabriken kommen."

Einstweilen werden freilich solche und ähnliche Maßnahmen, wo sie erfolgen, mit dem Hinweis auf die Anpassung der gewerkschaftlichen Taktik an die komplizierter werdenden Notwendigkeiten des gewerblichen Lebens gewissermaßen entschuldigt. Aber auf die Beweggründe der Rücksichtnahme auf Ergebnisse nationalökonomischer Forschungen kommt es ja auch weniger an. Es genügt für den Zweck unserer Darstellung, zu zeigen, daß die Entwicklung von selbst, und zwar über die Gewalt der Phrase hinweg, zur Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft drängt. Unter diesem Gesichtswinkel verdient die fernere Tatsache Beachtung daß die Generalkommission der freien Gewerkschaften dem radikalen Sozialismus gegenüber immer wieder dem Schriftsteller Calwer den Rücken stärkt, weil gerade dieser das Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen sich bemüht. So nur ist es erklärlich, daß Calwer den geradezu ungeheuerlichen Angriffen auch aus Gewerkschaftskreisen immer noch Stand gehalten hat. Seine Verteidigung solchen Angriffen gegenüber ist der ständige Hinweis auf die wachsende Notwendigkeit genauer wirtschaftlicher Orientierung vonseiten der Gewerkschaften. Im Korrespondenz-

[1]) Die neue Zeit, 1911, Seite 666.

blatt der Generalkommission (Nr. 24, 1911) faßt er diese Verteidigung in folgender Weise zusammen:

»Daß diese Angriffe mich persönlich zu verletzen und zu diskreditieren suchten, mag hingehen, daß sie aber meine Arbeiten in einer Weise zurückwiesen, als ob sie die Sache der Arbeiter schädigen könnten und würden, das ist allerdings eine für meine Tätigkeit sehr ernste Sache. Denn wenn ich auch nicht verlangen darf, daß für solche Arbeiten, wie sie sich aus der Pflege einer systematischen und periodischen Wirtschaftskunde ergeben, sofort das volle Verständnis und der allgemeine Beifall vorhanden ist, so habe ich doch stets damit gerechnet, daß mit der Erstarkung der wirtschaftlichen, insbesondere aber der Arbeiterorganisationen das Bedürfnis nach einer umfassenden Kenntnis der Wirtschaft, ihres Ertrages und dessen Verteilung auf die verschiedenen Faktoren, also z. B. auf Kapital und Arbeit, immer lebhafter wird und Befriedigung heischt. Mag ich auch bei der Art und Weise, wie ich diese Kenntnis zu schaffen suche, nicht immer auf dem schon richtigen Wege sein, so müßte man doch nicht verkennen, daß ich dem richtigen Ziele zustrebe. Trotz der Angriffe und Befehdungen steht aber für mich nach wie vor als Überzeugung fest, daß das Bedürfnis nach einer solchen Wirtschaftskunde gerade auch in den Arbeiterorganisationen schon bald sehr stark heranwachsen wird, da der Kampf um den Anteil am Produktionsertrag immer mehr auf eine so breite Basis gestellt wird, daß er nur nach genauer wirtschaftlicher Orientierung erfolgreich geführt werden kann.«

Die ganze in den sozialistischen Organisationen übliche Erziehung macht es erklärlich, daß derartige Mahnungen doch kaum mehr sind als Stimmen in der Wüste. In den freien Gewerkschaften selbst predigte man bislang Rücksichtnahme auf die Volkswirtschaft nur solange, als es die Taktik ratsam erscheinen läßt. Indessen wird, wie unsere kurze Umschau auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Lebens dargetan haben dürfte, die Not in der Folge von selbst zur Beachtung wirtschaftlicher Momente zwingen. Ich wage sogar der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß auf diesem Wege eine Gesundung des gewerkschaftlichen Lebens überhaupt sich einstellen wird. Das steigende Bildungsniveau in den organisierten Arbeitermassen läßt diesen Ausblick auf eine vielleicht bessere Zukunft zu. Je mehr in der schwieriger werdenden Situation die Phrase ihre Orgien feiert, um so mehr werden die gesund denkenden Elemente abgestoßen und aus ihrem geschärften

Verantwortungsgefühl heraus werden sie dann zu Abwehrmaßnahmen gedrängt, wobei sie nach Lage der Dinge von selbst ihren Blick auf die nationalökonomischen Lehren und Erkenntnisse wenden werden. Diese Aussicht wird noch gestützt durch die unbestrittene Tatsache, daß andere Gewerkschaftsrichtungen, vor allen Dingen aber die christlichen Gewerkschaften, bewußt der Verbreitung volkswirtschaftlichen Denkens vorarbeiten. Möge es keine allzukühne Hoffnung sein, daß aus diesem Streit der Meinungen sich ein positives Ergebnis im bezeichneten Sinne loslöse!

In der Tat dürfte hier der einzige Weg gegeben sein, auf dem es zunächst möglich ist, die in den organisierten Arbeiterkreisen sich ausbreitende Nervosität — die meist unbewußte Folge der Begrenzung der Gewerkschaftsmöglichkeiten als des natürlichen Ergebnisses der heute durchweg üblichen Auffassung des Zweckes gewerkschaftlicher Tätigkeit, und die Ursache von Explosionen nach Art der »Massen- und Führer«-Affäre — zu überwinden, damit aber auch den lähmenden Pessimismus, der, in geradezu unbegreiflichem Gegensatz zu den auch der Arbeiterschaft zugute gekommenen Errungenschaften, die Tatkraft zu positiver, aufbauender Bildungsarbeit unterbindet. Es ist der Weg, die ungeheuer erbitternde Einseitigkeit unseres Erwerbslebens erfolgreich zu bekämpfen und namentlich die Auswüchse des geradezu leidenschaftlichen und blinden Hasses gegen die Unternehmer und der Mißachtung ihrer Tätigkeit. Kaum ein Schauspiel kann beklagenswerter sein, als das, welches unser Erwerbsleben bietet. Die ungeahnten Errungenschaften, auf die das Land mit Stolz und Freude zurückblicken könnte, werden unausgesetzt heruntergemacht. Anstatt uns der Höhe zu erfreuen, die wir erklommen haben, drücken wir uns gewissermaßen wie mißgelaunte Buben am Abgrund der Hoffnungslosigkeit vorbei. Die Parteileidenschaft, der Haß und ihr Werkzeug: die Phrase, zersetzen das Volk und hindern namentlich den Arbeiter seine Gestalt straff emporzurecken und seinen Weg im richtigen Bewußtsein seines Wertes zu gehen. In derselben Stunde, wo man ihm seine gewaltige Kraft mit Schlagern zum Bewußtsein zu bringen sucht, malt man seine Stellung als eine menschenunwürdige und wer weiß was sonst noch aus.

Allerdings, das bedarf kaum der Erwähnung, genügt das Eindringen in die Volkswirtschaft, ihre Lehren und Erkenntnisse allein nicht, um mit alledem aufzuräumen. Aber die Beschäftigung damit dient doch wenigstens dazu, den Schwarzsehern aus Prinzip

den Mund zu stopfen. Hat sich einmal die Überzeugung festgesetzt, daß der Schrei nach unbedingter Gleichheit einer Illusion entspringt, daß darin nicht der Güter höchstes liegt, daß aber andererseits auch das Streben des Arbeiters ein gesundes ist und volkswirtschaftliche Berechtigung hat, so ist eine Grundlage vorhanden, auf der von den Bildungsfaktoren in positivem Schaffen aufgebaut werden kann. Voraussetzung ist allerdings der Nachweis, daß der Arbeiter dieserhalb nicht in seine Isoliertheit zurückzukehren braucht, daß vielmehr die Gewerkschaft nicht nur die Möglichkeit hat, sich innerhalb des Rahmens einer unabhängig aufgefaßten Wirtschaftspolitik zu betätigen, daß sie vielmehr die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten in ihrem eigenen Interesse zu fördern berufen ist. Die Gewerkschaft ist der natürliche Feind des wirtschaftlichen Pessimismus. Auf diese ihre Eigenschaft darf sich die Hoffnung gründen, daß gerade sie zum Vorkämpfer einer besseren Erkenntnis gemacht werden kann.

Das der Volkswirtschaftslehre entnommene Material für die Existenzberechtigung der Gewerkschaften ist, wie die weitere Darstellung ergeben wird, auch heute noch durchweg brauchbar. Worauf es aber ankommt, ist, daß die Gewerkschaften dieses Material nicht lediglich als bloße Agitationshandhabe gebrauchen, sondern daß sie ihre Mitglieder dazu erziehen, unter Rücksichtnahme auf die Ergebnisse der Volkswirtschaftslehre auch dann zu handeln, wenn es sich nicht gerade besonders mit der Agitation verträgt. Die Zeit, wo für das Aufstellen und Bewilligen von Forderungen in der Hauptsache der gute Wille beider Parteien ausschlaggebend war, ist eben in den meisten Gewerben mit starker Organisation vorbei. Heute bildet den Rahmen, innerhalb dessen sich die Möglichkeiten bewegen und daher auch die Wünsche bewegen müssen, die tatsächliche, nicht etwa eine fingierte oder einseitig ausgemalte, Leistungsfähigkeit. Wohlgemerkt: in den meisten Gewerben mit relativ starker Organisation auf beiden Seiten. Ausnahmen, die, an sich betrachtet, von großer Bedeutung sein können, sind damit zugegeben[1]).

[1]) »Der leistet der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst, der sie über die jeweilige Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Lage in Selbsttäuschungen versetzt. Es gibt keine absoluten Grenzen der Lohnsteigerung; aber es gibt bei einem gewissen Stand der Technik und Leistungshöhe Grenzen, die sich ohne Schaden für alle Beteiligten nicht ignorieren lassen.« Bernstein in den Sozialistischen Monatsheften 1911. S. 174.

Stellung der Gewerkschaft zur Volkswirtschaft.

Der rasche Aufstieg der Arbeiterschaft unter den Wirkungen unserer wirtschaftlichen Entwickelung hat die Gewerkschaften um so mehr zu der Auffassung gebracht, auf dem rechten Wege zu sein, als die auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre heute herrschende Schule sich ihrer Bestrebungen mit offener Sympathie angenommen hat. Pohle[1]) nennt den Kathedersozialismus, der diese herrschende Schule darstellt, eine »Richtung, die selbst als ihr Hauptmerkmal und als den Punkt, auf den sie das größte Gewicht legt, ihre prinzipielle Übereinstimmung in der Auffassung der Arbeiterfrage ..... empfindet ...... Wer in der Arbeiterfrage einen anderen Standpunkt als den kathedersozialistischen einzunehmen wagt, der wählt selbst seinen Platz außerhalb der herrschenden nationalökonomischen Richtung .....«. An anderer Stelle (S. 10) führt er die Anschauungen Cohns an, der in der Tatsache, daß jemand eifriger Teilnehmer des Vereins für Sozialpolitik ist, eine Bestätigung dafür erblickt, daß der Betreffende aufs wärmste mit wirksamen Reformbestrebungen zugunsten der wirtschaftlich schwachen und bedrängten Klassen sympathisiert. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß nicht auch noch die Gewerkschaftler selbst sich besonders zumuteten, tief schürfende theoretische Arbeit zu leisten. Sie hatten mit der Praxis des Tages gerade genug zu tun und begnügten sich in der Regel damit, theoretische Bedenken gegen die Folgen ihres Tuns mit dem Hinweis auf die Erklärungen der bekanntesten Nationalökonomen zu zerstreuen. Im übrigen mußte den Arbeitern der Nutzen der Gewerkschaftsbewegung angesichts der überraschenden Veränderungen in ihren Lebensbedingungen, als deren hauptsächlichste Ursache ihnen eben die Gewerkschaften dargestellt wurden, als etwas geradezu mit den Händen Greifbares er-

[1]) »Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre«. S. 128.

scheinen. So könnte man es allenfalls verstehen, wenn Adolf Weber[1]) einen »bekannten Gewerkschaftsführer« sagen läßt: »Erreichen wir das was wir wollen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, dann ist es uns einerlei, welche Wirkung das auf die Volkswirtschaft hat.« Weber spricht zugleich (S. 554) seine Überraschung darüber aus, daß sogar »derjenige Arbeiterführer, der am gründlichsten die deutschen Gewerkschaftsprobleme studiert hat, Eduard Bernstein, sich nicht ausführlicher über die nationalökonomischen Wirkungen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit geäußert habe.« Demgegenüber sei auf folgende Stelle aus Bernsteins »Arbeiter-Bewegung« (S. 174) hingewiesen: »Die Arbeiterbewegung strebt danach, das Maß der von dem Einzelnen in der Wirtschaft (Produktion, Vertrieb, Verwaltung) zu leistenden physischen Anstrengung gewisse Grenzen nicht überschreiten zu lassen, und sie wird diese Grenzen schrittweise enger ziehen.« Über den ökonomischen Effekt dieser Maßnahmen heißt es dann sofort im Anschluß daran:

»Damit ist aber eine Verringerung des wirtschaftlichen Nutzeffektes der Arbeit des Einzelnen weder in der Absicht, noch in der voraussichtlichen Wirkung verbunden. Wie heute schon diejenigen Industrien zeigen, in denen die Arbeiter am stärksten organisiert sind, ist von der Arbeiterbewegung keinerlei Verschlechterung des Arbeiters als Produzenten zu befürchten. Gegenbeispiele finden sich nur dort, wo der Mangel einer Klassenbewegung der Arbeiter ihre gewerblichen Verbindungen hat verzünfteln lassen, und nur solange, als dieser Mangel andauert. Was aber in Ländern mit moderner Entwicklung stets ein Ende findet.«

Hätte Weber diese Stelle zitiert und daran das angefügt, womit er den vorhin erwähnten Ausspruch des »bekannten Gewerkschaftsführers« kommentierte: »So denken gewiß fast alle Gewerkschaftler«, so würde er wohl in der Hauptsache das Richtige getroffen haben. Dieses Verhalten der Gewerkschaftler wurde zudem noch durch die Tatsache gestützt, daß die periodisch gegen ihre Tätigkeit erhobenen Bedenken fast immer gleichlautend waren. In der Tat findet man bei den Webbs (»Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine«) schon eine mehrere hundert Seiten lange Zurückweisung von nationalökonomischen Einwänden gegen die Gewerkschaftsbewegung, auf die man erfolgreich zurückgreifen kann, um den meisten von den heute noch gangbaren antigewerkschaftlichen Theorien entgegenzutreten.

[1]) »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit«. S. 552.

Inzwischen aber ist, wie im vorigen Kapitel ausgeführt wurde, die Situation in praxi eine andere geworden. Trotzdem den Gewerkschaften auch heute noch die Sympathie des größten Teiles der Nationalökonomen zur Seite steht, fühlen sie sich doch nicht immer so sicher, wie es früher der Fall war. Zwar sind es zunächst taktische Momente, geboren aus dem Zwange der Rücksichtnahme auf die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die vor allem die Gewerkschaftsführer zu einer intensiveren Beschäftigung mit den Ergebnissen nationalökonomischer Forschungen bewegen. Dieses Moment ist ebenfalls bereits mit seinen Konsequenzen im vorigen Kapitel berührt worden. Dann aber kamen zwei weitere Momente hinzu. Einmal die Tatsache, daß die ständig zunehmende Wucht der gewerkschaftlichen Bewegungen die öffentliche Meinung heute mehr beängstigt wie früher und damit die ehedem fast selbstverständliche Sympathie der öffentlichen Meinung den Arbeiterorganisationen gegenüber manchmal zu einer direkten Gegnerschaft wird. Zweitens ist es eine natürliche Folge der kathedersozialistischen Stellungnahme, wonach das überwiegende Wohlwollen für die arbeitenden Klassen und deren Reform als die »Hauptangelegenheit« (Cohn) vorangestellt wurde, daß die neuerlichen Auseinandersetzungen über Ziel und Zweck der Volkswirtschaftslehre an den Gewerkschaften am allerwenigsten vorbeigehen. Die entschiedensten Vorkämpfer einer Reform der Volkswirtschaftslehre, zu denen auch Ad. Weber und Pohle gehören, lassen darüber nicht den geringsten Zweifel. Ein Buch wie das Webersche »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit« muß in seiner Wirkung von diesem Standpunkte aus gewertet werden, wie es beispielsweise auch durch Bernstein in den »Sozialistischen Monatsheften« geschehen ist. Zumal wenn den Hintergrund solche tief einschneidenden Fragen bilden, wie das »Massen- und Führer«-Problem, und die unter der Oberfläche brodelnde Erregung, die hinwiederum als der, wenn auch unbewußte, Ausfluß der Begrenzung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten nachgewiesen wurde.

Was ist nun vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Praxis aus zu den Auseinandersetzungen über die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre zu sagen? Die Antwort sei durch die Auffrischung einer Reminiszenz gegeben. Im Juli 1906 hielten die christlichen Gewerkschaften einen Kongreß in Breslau ab. Bei dieser Gelegenheit richtete Werner Sombart eine Ansprache an dieselben. Bei der von früher her bekannten Stellungnahme Sombarts zu den Gewerkschaftsfragen war das keine Kleinigkeit. Sombart konnte

sich auch nur dadurch aus der Klemme ziehen, daß er den Kunstgriff anwandte, die Idee des Klassenkampfes, in allerdings verschleierter Form, auf die christlichen Gewerkschaften zu übertragen, obwohl diese Gewerkschaftsrichtung jene Idee entschieden ablehnt. »Die Gewerkschaftsbewegung«, so sagte er, »hat den klaren Gedanken zur Entwicklung gebracht, daß die Arbeiter ihre eigenen Interessen haben, die sie als solche gegen andere Klassen vertreten müssen.« Die freie Gewerkschaftspresse (z. B. »Der Grundstein« Nr. 35, 1906) hat ihn daraufhin wie folgt apostrophiert:

»In seinem Buche »Sozialismus und soziale Bewegung«, das kürzlich in neuer Auflage erschienen ist (2. Abschnitt, 3. Kapitel), entwickelt er (Sombart) die Ansicht, daß jede Arbeiterbewegung, die wirklich etwas für die Arbeiter erreichen will, ganz notwendigerweise sozialdemokratisch sein müsse; sei sie es nicht von selbst, so werde sie durch die Logik der Tatsachen dazu gebracht; die Ansicht bürgerlicher Kreise, »daß eine sozialistische und eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Arbeiterbewegung sich ausschließende Gegensätze seien«, sei irrig; es sei ganz in seinem Sinne, wenn der französische Sozialpolitiker Halevy das Verhältnis zwischen Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung dahin kennzeichnet: »Die Gewerkschaft ist die Elementarschule des Sozialismus«. Weiter sagt er da: »Die gewerkschaftliche Organisation trägt dazu bei, auch unter den nichtsozialistischen Arbeitern, die noch von bürgerlichen Parteien im Schlepptau gehalten werden, das Klassenbewußtsein zu wecken. Denn wenn die »christlichen« und »liberalen« Gewerkvereine ursprünglich auch in der Absicht gegründet sein mögen, den »sozialen Frieden«, den »Ausgleich der Klassengegensätze« zu fördern, so zwingen ihnen die Tatsachen immer mehr eine proletarische Kampfespolitik auf, wie sie die sogenannten freien Gewerkschaften, oder vielmehr jede gewerkschaftliche Organisation, die diesen Namen verdient, von jeher betrieben haben.«

Man vergleiche damit die direkt und scharf entgegenstehenden Ausführungen, die derselbe Sombart den »christlichen« Gewerkschaften in Breslau gemacht hat. Seiner Inkonsequenz im Urteilen und Ratgeben setzte er die Krone auf, indem er schließlich den »Christlichen« zurief: »Sie aber, meine Herren — und darin erblicke ich Ihre Aufgabe, nachdem Sie einmal da sind — müssen eine solche Macht werden, daß die freien Gewerkschaften mit Ihnen paktieren müssen. Das ist zur Zeit die größte sozialpolitische Aufgabe in Deutschland«.«

Das ist ein Beispiel für viele. Wenn das »Seinsollen« als ein Gegenstand der Wissenschaft hingenommen werden soll, dann sind Erscheinungen wie die Gewerkschaftsbewegung buchstäblich der jeweiligen Stimmung der Volkswirtschaftslehrer ausgesetzt. Die Folge der Hineintragung der Politik in die Wissenschaft und die Auffassung, als ob die Wissenschaft die Richtigkeit einer bestimmten Wirtschaftspolitik beweisen könne, liefern die einzelnen Gewerkschaftsrichtungen auf Gedeih und Verderb den eventuellen Wandlungen des wirtschaftspolitischen Glaubensbekenntnisses hervorragender Nationalökonomen aus. Das ist nicht mehr eine bloße Befürchtung, sondern läßt sich in der Praxis mit einer Wolke von Zeugnissen belegen. Die Gewerkschaften haben die öffentliche Meinung nicht zuletzt dadurch in Stimmung zu halten gewußt, daß sie sich auf das Zeugnis bekannter Nationalökonomen für die Berechtigung ihres Vorgehens berufen konnten. Das geschieht auch heute noch bei irgendwie sich bietender Gelegenheit und daraus stammt wohl der beträchtlichste Teil des Grimms her, mit dem die Arbeitgeber die herrschende nationalökonomische Schule verfolgen. So müßte es schließlich soweit kommen, daß jede einzelne der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen am Ende gewissermaßen ihren eigenen »Propheten« hat, auf dessen Laune sie zuguterletzt angewiesen wäre. In der Tat kann man schon heute das Schauspiel beobachten, daß die eine Gewerkschaftsrichtung sich auf diesen, die andere auf jenen markanten Vertreter der Nationalökonomie beruft, und zwar gehören zumeist beide Vertreter einer und derselben nationalökonomischen Richtung an. So wird eine Situation geschaffen, zu deren Kennzeichnung man unter Abänderung eines bekannten Wortes sagen könnte: »Die Nationalökonomie hat gesprochen, die Sache ist erledigt«, wobei nur der Entscheid der »Nationalökonomie« in die verschiedensten Richtungen auseinanderstreben kann. Malt man sich diese Situation in ihren Konsequenzen weiter aus, so werden wir auf die Dauer die Arbeitgeber und Unternehmer zu dem gleichen Aushilfsmittel der öffentlichen Meinung gegenüber greifen sehen. Wer dann Sieger bleibt, mag vorläufig dem dunklen Schoße der Zukunft noch anvertraut bleiben.

Unter den Einwirkungen dieser Strömungen ist der Gewerkschaftsbewegung gegenüber von seiten der nationalökonomischen Wissenschaft vieles vernachlässigt worden. Dieser Vorwurf läßt sich wohl am treffendsten dadurch beweisen, daß noch heute keine Klarheit darüber besteht, wie die Gewerkschaften volks-

wirtschaftlich zu klassifizieren sind. Pohle[1]) will die Arbeiterkoalitionen ebenso wie die Verbände der Unternehmer (Kartelle, Syndikate, Konventionen usw.) ihrem Wesen nach der Klasse der Monopolbildungsbestrebungen zugeteilt wissen. Nach ihm — auf die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Ansicht wird später zurückzukommen sein — stimmen die Kartelle der Unternehmer mit den Gewerkschaften trotz aller äußeren Verschiedenheit sowohl in den letzten Zielen wie in den angewandten Mitteln prinzipiell vollkommen überein. Oppenheimer pflichtet bei der Besprechung des Pohleschen Buches in den Annalen für Sozialpolitik und Gesetzgebung (S. 353 ff.) dieser Ansicht bei, indem auch er die Gewerkschaften »in die Nähe der Unternehmerverbände« stellt »und zwar aus dem von ihm (Pohle) angegebenen Grunde, weil sie auf ein Monopol ihres Marktes genau so hinstreben wie Kartelle«. Die Oppenheimer'sche Ansicht scheint allerdings, nach den weiteren Ausführungen zu schließen, kein Produkt voraussetzungsloser Erkenntnis zu sein, sondern aus seiner Theorie von der Notwendigkeit der Durchführung der freien Gesellschaftswirtschaft zu fließen. Seine Ansicht (S. 363): »Die von allen Rechtsmonopolen erlöste Wirtschaft ist die reine, »harmonische« Ökonomie, und alle Sozialpolitik hat nichts weiter zu leisten als jene Rechtsmonopole abzubauen«, sowie seine Forderung, diese Behauptung als wissenschaftliche Erkenntnis hinzunehmen, scheint diese Annahme zu stützen. Adolf Weber dagegen, der sonst in seinen Ansichten mit Pohle vielfach übereinstimmt, läßt im allgemeinen den Vergleich zwischen Kartell und Gewerkschaft nicht zu. In seinem »Kampf zwischen Kapital und Arbeit« (S. 551) macht er folgende Unterscheidungen:

»Ein künstlich vermindertes Warenangebot durch die Kartelle bedeutet in der Regel nur eine Verschiebung der Produktion. Ein künstlich vermindertes Angebot von menschlicher Arbeitskraft hat dagegen eine dauernde Produktionsverminderung zur Folge. Die Leiter eines Kartells wollen natürlich mit möglichst wenig Kosten viel Gewinn erzielen. Sie werden daher bestrebt sein, nur soviel Kapital und so viel Arbeitskraft zu verwenden, als notwendig ist. Tritt daher eine Kontingentierung der Produktion ein, so wird das dadurch überflüssig gewordene Kapital und die nicht mehr notwendige Arbeitskraft sich zu einer anderen Beschäftigung wenden müssen. Das eine wie das andere wird volkswirtschaftlich nicht

---

[1]) op. cit. S. 46.

verloren sein. Dagegen ist eine Kontingentierung der Arbeitskraft, um deren Wert hoch zu bringen und hoch zu halten, gleichbedeutend mit dem dauernden Verlust wertvoller sozialökonomischer Leistungen. Man kann Gewerkschaften, die künstlich den Wert der Arbeitskraft hoch bringen wollen durch Kontingentierung, nicht vergleichen mit Kartellen, die künstlich die Preise hochhalten, sondern nur mit den Kartellen, die volkswirtschaftliche Werte vernichten, um dadurch privatwirtschaftliche Vorteile zu erzielen.«

Hier fällt somit die Unterscheidung sogar noch zu ungunsten der Gewerkschaften aus und insbesondere (gegenüber Oppenheimer) wird die Unterscheidung noch weiter geführt, indem auch volkswirtschaftlich günstige Monopolwirkungen hervorgehoben werden. Indessen wird, wie gesagt, auf die Materie selbst später zurückzukommen sein.

Derartige Mängel lassen sich in großer Anzahl feststellen. Es schien aber gut, zunächst einmal das Fehlen einer übereinstimmenden Klassifizierung zu unterstreichen, um wenigstens anzudeuten, wie wenig eigentlich bisher die Nationalökonomie sich um eine wirklich wissenschaftliche Behandlung des Gewerkschaftsproblems bekümmert hat. Denn wenn nicht einmal die Grundlage theoretisch feststeht, wie sollen dann die Beziehungen zwischen Praxis und Wissenschaft so festgestellt werden, daß darauf event. Anklage und Verteidigung aufgebaut werden kann?

Nach diesen Darlegungen erscheint es vor allem notwendig, den Versuch zu machen, den Begriff »Gewerkschaft« volkswirtschaftlich zu fassen, ohne einstweilen auf die Frage der Klassifizierung hier näher einzugehen. Die Praktiker gehen aus begreiflichen Gründen zumeist hieran vorbei. Für sie kommt eine „Gewerkschaftswissenschaft", soweit sie eine solche für zulässig erachten, nur in Betracht als eine Wissenschaft, welche auf das menschliche Handeln einzuwirken unternimmt und daher einerseits auf den Willen des Menschen einwirkt, andererseits den Menschen lehrt, wo und wie er den Willen zur Tat bringt. In dem einen Falle handelt es sich danach, wie H. Dietzel[1]) dartut, um Ethik, im anderen um Politik. Beide müssen somit in das Gebiet der Wirtschaftspolitik verwiesen werden und scheiden damit für die rein wissenschaftliche Betrachtung des Seienden aus. Auf jenem Gebiete spricht die Weltanschauung mit, was sich in Deutschland praktisch in dem Vorherrschen mehrerer, in ihren Zielen sehr weit auseinandergehenden Gewerkschaftsrichtungen dokumentiert.

[1]) »Theoretische Sozialökonomik«, S. 6.

Die Sache kann aber nicht damit als erledigt angesehen werden, daß man sie in das heißumstrittene Gebiet der Wirtschaftspolitik herüberzerrt und so eine Gewerkschaftswissenschaft überhaupt ablehnt mit der Motivierung, daß die Gewerkschaften nicht von feststehenden Grundsätzen ausgehen können, sondern sich den Verhältnissen von Fall zu Fall anpassen müssen. Auch die Begriffsbestimmung von Brentano im Handwörterbuch der Staatswissenschaften: »Die Gewerkvereine (Gewerkschaften, Fachvereine) sind der Versuch der lohnerhaltenden Arbeiterklasse, von Gewerbe zu Gewerbe sich korporativ zu gestalten. Indem sie ihre Mitglieder, falls sie arbeitslos werden, unterstützen, geben sie dem Lohnarbeiter bei Wahrnehmung seiner Interessen den Rückhalt, welchen andere Interessenten im Besitze eines Vermögens finden . . . Somit versteht man unter Gewerkvereinen Interessentenverbände, bestehend aus Lohnarbeitern eines und desselben Gewerbes, die durch Fürsorge für ihre Mitglieder bei Arbeitslosigkeit deren gemeinsame Interessen, namentlich beim Abschluß des Arbeitsvertrages, wahren . . . Die Rechtfertigung ihres Bestehens liegt darin, daß nur durch sie die Voraussetzungen verwirklicht werden, von denen die moderne Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag ausgeht« — auch diese Begriffsbestimmung kann unter dem beschriebenen Gesichtswinkel nicht genügen. »Nationalökonomen . . . werden das Gewerkvereinswesen nicht danach beurteilen, inwieweit es die Lage einer einzelnen Klasse von Arbeitern zu einer gegebenen Zeit gebessert hat, sondern nach dem Einfluß, den es auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Nation ausübt«[1]). Bei dem heutigen Stand der Frage ist es darum erforderlich, die nationalökonomische Verantwortlichkeit der Gewerkschaften von vornherein in die Begriffsbestimmung mit hineinzunehmen. Danach wird man vielleicht sagen können:

»Die Gewerkschaft ist eine dauernde Verbindung von Lohnarbeitern des gleichen (industriellen) Berufes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Zwecke der Vergrößerung des Anteiles der Lohnarbeit am Ertrage der privatwirtschaftlichen Produktion, unter gleichzeitiger Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen.«

Diese Definition scheint mir den Vorteil zu haben, daß sie in jedem Falle angewandt werden kann, ohne daß, sei es auf bestimmte Voraussetzungen, sei es auf mehr oder minder wesentliche Ausnahmen, Rücksicht genommen zu werden braucht. Die volks-

[1]) Webb »Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine«, II. Bd. S. 227.

wirtschaftliche Verantwortlichkeit insbesondere erwächst daraus, daß auf die Lebensbedingungen der Privatwirtschaft, durch welche die Grenzen des volkswirtschaftlichen Handelns im allgemeinen, wenn auch nicht immer[1]), gegeben sind und worin sich in der Praxis diese Grenzen insbesondere dem Arbeiter aufdrängen, der Nachdruck gelegt ist. Auch die Beschränkung auf die bestehende, d. h. die kapitalistische Gesellschaftsordnung entspricht der Auffassung der Praktiker, wie sie insbesondere auch immer wieder durch die freien Gewerkschaftsorgane kundgegeben wird. Somit ist dem Nationalökonomen der Maßstab in die Hand gegeben, an dem er den volkswirtschaftlichen Wert oder Unwert der Einrichtung messen kann, mittels dessen es ihm aber auch möglich ist, deren Tätigkeit abzugrenzen, notfalls neue Wege zu weisen oder gar die Einstellung dieses oder jenes Teiles der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu fordern. Es wird die Aufgabe eines folgenden Kapitels sein, innerhalb des hier gezogenen Rahmens die neuesten kritischen Einwände gegen die Gewerkschaftstätigkeit zu prüfen. Unzweifelhaft aber ist auf diesem Boden die Aufstellung einer nationalökonomisch orientierten gewerkschaftlichen Theorie möglich. Und einer solchen rein wissenschaftlichen Theorie bedarf es dringend, von später zu erörternden Gründen abgesehen in der Hauptsache deshalb, weil die Verbindung der Gewerkschaften mit andern Organisationen der Arbeiterbewegung die Gefahr in sich birgt, daß die Gewerkschaften nicht mehr als Selbstzweck, sondern als bloßes Mittel zum Zweck der Erzielung von Idealen der betreffenden Arbeiterbewegung verwandt werden und zwar unter alleiniger Rücksichtnahme auf diese Ziele, nicht aber auf die ökonomischen Voraussetzungen der Gewerkschaften selbst. Es sei statt weiterer Beispiele nur der sogenannten Meliorationstheorie von Rudolf Goldscheid gedacht. Ich zitiere folgende Stelle aus Goldscheids Schrift[2]):

»Als Mittel können (danach) die Gewerkschaften nicht hoch genug eingeschätzt werden, wenn sie auch nirgends als Selbstzweck erachtet werden dürfen. Denn endlich und schließlich wird es doch wohl eine Revolution von oben sein, die dem sozialisierten Staat zum Leben verhilft, nämlich die Revolution der nach oben gekommenen Arbeiterklasse. Von der Konstitution, von der Aktivität, von der Kulturhöhe der Arbeiterklasse, von ihrem Wachs-

[1]) Es sei beispielsweise an »parasitische« und solche Betriebe oder Gewerbe erinnert, von denen volkswirtschaftliches Gedeihen und Entwicklung nicht abhängig sind.

[2]) »Verelendungs- oder Meliorationstheorie?« S. 39.

tum gleichsam von innen heraus, hängt darum heute die Entwicklung zum Sozialismus am stärksten ab, und auf all dies wirkt gerade der gewerkschaftliche Fortschritt am nachhaltigsten ein. Der gewerkschaftliche Fortschritt ist es, welcher die innere Muskulatur der Arbeiterklasse kontinuierlich stärkt und ihr damit die Kraft zur Entfaltung jener psychologischen Gegentendenzen gegen die rein ökonomischen Tendenzen des Kapitalismus gibt, die schließlich über den Kapitalismus Herr werden.«

Damit ist auch schon gesagt, daß es eine Illusion sein würde zu erwarten, als ob die Ergebnisse einer etwaigen Gewerkschaftstheorie unmittelbar bestimmend sein würden für die Entscheidungen der Gewerkschaftsträger: »Die Theorie mag das Seiende widerspruchslos und so vollständig, »daß kein Eckchen unerhellt bleibt« (Hasbach), beschrieben und erklärt haben, — ist damit der Politik eine zwingende Direktive gegeben? Durchaus nicht; einem gleichen Tatsachenbestande gegenüber ergibt sich, je nach dem ethischen Standpunkte, von welchen aus er betrachtet wird, eine vielleicht sehr verschiedene Kritik und eine sehr verschiedene Taktik.«[1]) Immerhin hat eine solche Theorie den Vorzug, daß auf Grund derselben im Namen der Wissenschaft unter bestimmten gegebenen Verhältnissen ein bestimmtes Verhalten der Gewerkschaften gefordert werden kann. Eine derartige Grundlage aber ist ohne Zweifel von eminent höherem Werte, als der bisher übliche empirische Nachweis für Notwendigkeit und Berechtigung der Gewerkschaften, mit Hülfe dessen man gewissermaßen auf einem Umwege zur Definition von Begriff und Wesen der Gewerkschaft kam. Für die letztere Methode bietet das vorhergehende Zitat aus Brentanos Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften ein Beispiel. Daß sich Brentano dabei auf dem Wege rein wissenschaftlicher Darlegung zu befinden glaubt, geht mit voller Deutlichkeit hervor aus dem Aufsatz, den er neuerdings unter dem Titel: »Über Werturteile in der Volkswirtschaftslehre« im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik XXXIII. Band, 3. Heft wieder hat zum Abdruck bringen lassen. Brentano beantwortet dort die Frage, wie er zu der Lehre gekommen, daß die heutige Wirtschaftsordnung das Bestehen von Arbeiterorganisationen zu selbständiger Wahrung der Arbeiterinteressen erheische. Er geht dort auf jene Periode in der Zunftzeit zurück, wo erstmals besondere, den Meisterinteressen

---

[1]) Dietzel, op. cit. S. 36.

vielfach entgegengesetzte Geselleninteressen zu besonderen Gesellenorganisationen führten. Das Schwinden der alten Ordnung brachte zwar mit der Gewerbefreiheit den sogenannten freien Arbeitsvertrag, jedoch auch das Verbot der Organisationen, in denen der Arbeiter seine Interessen wahrnehmen und somit den Arbeitsvertrag zu einem wirklich freien gestalten konnte. Zugleich blieb aber ihren Gegenkontrahenten die Organisation gestattet und dieser Widerspruch führte allenthalben zu Bewegungen, die auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet waren.

»Umgekehrt aber erstarben unter den Arbeitern alle revolutionären Gelüste, wo immer Berufsorganisationen ihnen die Möglichkeit boten, auf Grundlage des Bestehenden ihre Lage zu bessern. Damit zeigte sich eine große Gefahr als beseitigt, welche unser jetziges Entwicklungsstadium bedroht. Denn welches ist das Entwicklungsstadium, in dem wir uns befinden? Die Beobachtung zeigt, daß, wie seit dem Ausgang des Mittelalters die steigende Bedeutung des beweglichen Besitzes ein allmähliches Aufsteigen des Bürgertums mit sich brachte, so die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen heute, indem sie die bloße Lohnarbeit zum einzigen Einkommenszweig eines immer größeren Bruchteils der Nation machen, der Arbeiterklasse eine steigende Wichtigkeit beilegen. Jenes Aufsteigen des Bürgertums hat damals dazu geführt, daß die Regierenden fortan durchtränkt von bürgerlichen Gesichtspunkten regierten. Damit haben sie sich am Ruder erhalten. So gilt es auch heute, um die mit dem Aufsteigen der Arbeiterklasse verbundenen Gefahren zu vermeiden, deren Interessen in steigendem Maße zu berücksichtigen. Die Erfahrung aller Zeiten aber zeigt als die größte Klugheit die Gerechtigkeit und als die beste Grundlage für die Erhaltung der bestehenden Ordnung eine Gesetzgebung, welche den Gesellschaftsklassen Sonne und Wind gleichmäßig zuteilt.«

Brentano fordert nun sozusagen gegenüber dieser seiner Darstellung, mit der man sich persönlich gewiß sehr gut befreunden kann, den Nachweis eines Fehlers in seiner Begründung heraus, wenn er zu der Überzeugung kommen soll, daß seine Lehre auf einer individuellen Weltanschauung beruhe. Das ist aber augenscheinlich etwas sehr viel verlangt. Denn es hieße die Wirkung einer Entwicklung im voraus feststellen, in der wir erst mitten drin stehen. Wer will denn heute schon zwingend beweisen, daß es mit steigender Berücksichtigung der Interessen

der Arbeiterklasse möglich sein wird, daß die »Regierenden sich am Ruder erhalten«? Auf diese Lehre Brentanos trifft zu, was Bernstein[1]) von dem Versuch, soziale oder allgemein geschichtliche Notwendigkeit gleich immanenter Notwendigkeit zu deuten, sagt: ». . . . so macht man eine restlose wissenschaftliche Beweisführung erst recht unmöglich, weil die alsdann in Rechnung zu stellenden subjektiven Faktoren keine zwingende Beweisformel zulassen. Die Menschen sind keine Automaten.« Die historische Wissenschaft hat eben, das läßt sich hier allgemein anwenden, »in ganz anderer Weise als die übrigen empirischen Disziplinen mit der Schwierigkeit einer Feststellung des von ihr zu bearbeitenden Tatbestandes zu tun, denn wenn irgendwo von bloß wahrscheinlichen Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung die Rede sein muß so ist das hier der Fall[2]).« Auf die Versuche nach der Art Brentanos — und seiner Praxis begegnet man in mehr oder minder übereinstimmender Form in den meisten Werken, die zu der Gewerkschaftsfrage begriffs- und wesensbestimmend Stellung nehmen — ist die Bezeichnung »soziale Doktrin« anzuwenden. Die sozialen und politischen Doktrinen unterscheiden sich aber, wie Bernstein[3]) treffend bemerkt, »u. a. dadurch von den entsprechenden Wissenschaften, daß sie gerade da abgeschlossen sind, wo jene offen bleiben. Sie stehen unter dem Diktat bestimmter Zwecke, bei denen es sich nicht um ein Erkennen, sondern um ein Wollen handelt, und die ihnen, selbst wenn sie in gewissen Punkten neuen Erkenntnissen Raum offen lassen, den Charakter des Fertigen und Dauernden verleihen. Die wissenschaftliche Soziologie aber ist nie abgeschlossen, weil ihr Objekt, die Gesellschaft, ein lebendiger Organismus ist und weil sie hinsichtlich der

---

[1]) »Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?« S. 47.

[2]) Külpe »Einleitung in die Philosophie«. S. 100/103 passim. Gegenüber Brentanos Schlußfolgerung ist folgende resignierte Feststellung der Londoner »Times« vom 18. März 1912 bei Gelegenheit des Generalstreiks der Bergarbeiter von Interesse: »It was pointed out in these columns six years ago that the great increase in the Labour representation proved that the classes enfranchised some thirty years before had learned their power and were going to use it. We also pointed out that, as history shows, every new class thus entering upon political power insists upon making its own experiments, and pays very little heed to the experiences of its predecessors or the practical deductions drawn from them. The coal miners are bent upon the experiment of the minimum wage. There is no argument that will turn them aside, and, that being the case, it is mere waste of time to put forth academical reasoning against it.«

[3]) op. cit. S. 33.

für diesen Organismus geltenden Gesetze keine endgiltigen Wahrheiten letzter Instanz kennt.«

Im übrigen sei beiläufig hingewiesen auf das, was Pohle[1]) von jenem Teile der wirtschaftlichen Gesetzgebung bemerkt, der unter dem Gesichtspunkte politischer Beruhigungsmittel zu betrachten ist — Brentano wird es nicht verhindern können, daß man von den von ihm geforderten Maßnahmen zu mindest einen größeren Teil auf dieses Konto setzt —: »Er soll dazu dienen, die öffentliche Meinung, die über die Aufdeckung gewisser als »Mißstände« empfundener Erscheinungen erregt ist, dadurch zufrieden zu stellen, daß sie sieht, daß von der Regierung Gegenmaßregeln ergriffen werden. Die öffentliche Meinung, die nach einem treffenden Wort von G. Brandes weit mehr von der Phantasie als von der Vernunft geleitet wird, fragt ja nicht danach und vermag nicht zu beurteilen, ob die Maßregeln, die getroffen sind, wirklich etwas Erhebliches zu bessern vermögen. Sie begnügt sich damit, daß überhaupt etwas geschieht, wenn auch die eingeführten Reformen vielleicht nur den Schein für die Wirklichkeit bieten und im Grunde alles beim alten lassen.«

Ein Beispiel aus der Praxis mag schließlich noch dartun, zu welchem Dilemma eine Behandlung der Angelegenheit unter dem utilitaristischen Gesichtspunkte Brentanos[2]) unter Umständen führen kann Bekannt ist der sogenannte Fall Osborne in England. Nach der höchstgerichtlichen Entscheidung über diesen Fall ist es den englischen Gewerkvereinen untersagt worden, Gewerkvereinsgelder zu politischen Zwecken zu gebrauchen. Die Beurteilung dieser Angelegenheit muß nun aber sehr verschieden ausfallen je nach dem Standpunkte, von welchem aus man an denselben herantritt. Legt man den Standpunkt Brentanos zugrunde, so würde man wahrscheinlich dazu kommen, „um die mit dem Aufsteigen der Arbeiterklassen verbundenen Gefahren zu vermeiden" und „den Gesellschaftsklassen Sonne und Wind gleichmäßig" zuzuteilen, die höchstgerichtliche Entscheidung zu verurteilen. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn man das rein gewerkschaftliche Interesse der Mitglieder in Betracht zieht. Die Erfahrung gerade in England bestätigt, daß die politische Betätigung der Gewerkvereine für die reinen Gewerkschaftsinteressen sehr unheilvoll sein kann.

---

[1]) op. cit. S. 114.

[2]) Gegen die Anwendung der historischen Methode an sich ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Ich schließe mich da vollständig den bekannten Ausführungen H. Dietzels an.

Seitdem eine solche Betätigung stattfindet, ist die englische Gewerkvereinsbewegung zu einem großen Teil geradezu aus den früheren bewährten Bahnen hinausgedrängt worden. Insbesondere ist die höchste Errungenschaft, als die man das Einigungswesen anzusehen pflegte, seitdem aufs äußerste gefährdet. Die Schwierigkeit bei Anwendung der Brentanoschen Lehre erwächst eben daraus, daß sie die „Willkür in der Folgerungsweise" nicht zu unterbinden vermag. Es dürfte also die Schlußfolgerung gerechtfertigt sein, daß es auch bezüglich der Gewerkschaftsbewegung vor allen Dingen einmal darauf ankommt, festzustellen, was ist.[1]) Alles das, was die Gewerkschaft angeht, kann nicht auf die Dauer der Spielball von mehr oder weniger geistreichen Hypothesen oder gar schöngeistiger oder gefühlsmäßiger Beurteilung bleiben. Es muß eine Gewerkschaftswissenschaft entstehen, die unbefangen und tendenzlos sich zum Ziele setzt, aus dem großen Komplex, den das Wort Gewerkschaftsbewegung umfaßt, das herauszugreifen, was man die volkswirtschaftliche Grundlage nennen könnte. Das bleibt immerhin noch ein sehr großes Gebiet, dessen Durchforschung angestrengteste Geistesarbeit erfordert. Es wäre müßig, sich in Klagen zu ergehen über das, was bisher auf diesem Gebiete nicht getan worden ist. Aber wenn man bedenkt, daß ein Privatschriftsteller (Calwer) bisher noch allein steht in der Erforschung des Anteils, den das Unternehmerkapital auf der einen, die Arbeit auf der anderen Seite an dem Unternehmungsertrag haben, daß also für die elementarste volkswirtschaftliche Gewerkschaftsfrage ein Privatmann mit Mühe und Not und last not least großen Kosten und immerhin nur zweifelhaftem Erfolg das unentbehrlichste Material zusammenschleppen muß, dann ist auf die heutige Situation ein Licht geworfen, wie es greller nicht möglich ist. Eine derartige Forschungsarbeit kann auch dem ehrlichen Interessenten selbst nur angenehm sein. Heute tobt der Kampf zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, ohne daß eine Verständigung abzusehen ist. Sie ist ja auch nicht möglich. Denn man kämpft ja im Grunde genommen nicht um eigentliche Gewerkschafts-, sondern um Weltanschauungsprobleme. Daß aber da eine

[1]) In einer Polemik gegen Professor Sir H. Jones in der Oktober- (1911) Nummer des »Hibbert Journal« hebt Ramsay Mac Donald, der Führer der englischen Arbeiterpartei, u. a. hervor: »The Labour movement lives in its ideal city, the walls and the streets, the temple and the dwellers of which it describes with a fond and rich idealism. But it is sojourning amidst injustice, amidst ill, amidst ugliness. It is scientific, and not metaphysical, however; it is oppressed too closely by the is to allow it to do nothing but dream sweet dreams of the ought to be.«

Verständigung ausgeschlossen ist, ist selbstverständlich, weil sich eben Axiome gegenüberstehen, von denen keine Partei ein Titelchen preisgeben kann. Sombart hat den christlichen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß von 1906 gesagt:

»Damit sind Sie echte Deutsche: Sie können Ihre Interessenvertretung nicht anders zum Ausdruck bringen, als in der Vereinigung mit der ganzen Weltanschauung; und weil Sie eben andere echte Deutsche, die Sozialdemokraten, als Gewerkschafter fanden, deshalb mußten Sie beiseite gehen und eine besondere Gewerkschaftsbewegung gründen. Das ist ein großes Unglück für die Gewerkschaftsbewegung, es ist zwar die Entwicklung, aber ein großer Schaden für die Arbeiter. Weil die Weltanschauung in den Mittelpunkt gestellt wurde, konnten Sie mit den anderen nicht zusammengehen.«

Er hat jedenfalls kaum daran gedacht, wie sehr an diesem »Unglück« die nationalökonomische Richtung schuld ist, der er selbst angehört. Dadurch, daß sie sich selbst in die Kämpfe hineinstellte und Partei ergriff, ist das Augenmaß verloren gegangen für das, was an der Gewerkschaft rein theoretische Grundlage und was Bewegung, d. h. der Beeinflussung durch die Weltanschauung ausgesetzt ist. Ich verkenne durchaus nicht, daß die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen dem Kathedersozialismus ungeheuer viel, wenn nicht alles an ihrer heutigen großartigen Stellung in Deutschland verdankt. Aber wir stehen doch immer erst — was zählen ein paar Jahrzehnte im Leben eines Volkes! — am Anfange derjenigen Entwicklung, in der die Gewerkschaftsbewegung ihren realen Wert zu beweisen hat. Wären die Gewerkschaften in dieser Zeit so tendenzlos betrachtet und erforscht worden, wie es tendenziös der Fall gewesen ist, dann wäre die Perspektive eine größere und, ich glaube, eine erfreulichere. So aber kommt es, daß die Vertreter der Nationalökonomie, wie von Zwiedineck-Südenhorst in der Frankfurter Zeitung bei Besprechung der jüngsten Tilleschen Veröffentlichung sagt[1]), es beklagen müssen, »daß die dem ganzen Arbeitsgebiete der Wissenschaft nahestehenden Kreise von dem Verständnis dafür noch recht weit entfernt sind, daß die wissenschaftliche Arbeit dem Streben nach und der Liebe zur Wahrheit um dieser selbst willen entspringt, daß auch in der Nationalökonomie der Wille zur Wahrheit primäre Wertung geworden ist und es immer noch vollständiger wird«.

[1]) Frankfurter Zeitung. Erstes Morgenblatt. 28. Jan. 1912.

Es muß mit einem Wort Verständnis dafür geweckt werden, daß von einer wissenschaftlichen Gewerkschaftstheorie nur insofern die Rede sein kann, als das Tun der Gewerkschaftsbewegung und dessen Einwirkungen auf die Volkswirtschaft mit den Mitteln reiner, tendenzloser Wissenschaft erfaßbar sind und daß erst außerhalb und oberhalb dieser Grundlage von einer sozialistischen oder christlichen oder katholischen Gewerkschaftslehre[1]) gesprochen werden kann. Von hier an mag die Ethik ihre »Gebote in herrischem Ton« stellen (Dietzel); dann ist es Sache der Politik, mit der Verwirklichung dieser jeweiligen Gebote zu beginnen.

So ergibt sich denn, daß die neuerdings wieder mit Wucht einsetzende Bewegung zur Entfernung des Politisierens aus der Nationalökonomie, soweit sie nicht auch ihrerseits wieder über die Stränge schlägt, von ehrlichen Freunden der Gewerkschaft mit Sympathie begrüßt werden kann, mögen die Folgen sich auch hier und da unbequem bemerkbar machen. Nach Erfüllung dieser Forderung erst wird eine ersprießliche Diskussion möglich sein. Erfolgt die Abgrenzung so, wie hier vorgeschlagen, »dann ist es den Volkswirtschaftslehrern möglich, über die Schranken der parteipolitischen Gegensätze hinweg, gestützt auf die Autorität wahrer Wissenschaft, »an der ökonomischen Erziehung der Nation mitzuwirken und sie zum Eintritt in die zukünftige Universalgesellschaft« (List) vorzubereiten. Insbesondere wird dann die Wissenschaft mit Erfolg Vorurteile mancherlei Art beseitigen können.«[2])

Was Weber hier von der Volkswirtschaftslehre im allgemeinen sagt, trifft auf die Behandlung des Gewerkschaftsproblems im besonderen zu. Allerdings, das sei nochmals wiederholt, wäre es eine Illusion, allzu große Erwartungen an diese Veränderung zu knüpfen. Wer beispielsweise erwarten wollte, daß nach dem eventuellen Nachweis, daß die Volkswirtschaft eine gewisse Solidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern als notwendig dartut, nunmehr eine derartige Solidarität der Volkswirtschaft zuliebe sofort eintreten würde, sähe sich schnell enttäuscht. Von

---

[1]) Bei dieser Lehre kann es sich nur um eine Theorie der christlichen, sozialistischen, katholischen usw. Gewerkschaftspolitik handeln, die mit reiner Wissenschaft nichts zu tun hat. Insofern ist es auch irreführend — und durchaus unberechtigt, weil vom wissenschaftlichen Standpunkte aus unbegründet —, wenn Ad. Weber den christlichen Gewerkschaften das Fehlen einer »christlichen Gewerkschaftstheorie« vorwirft.

[2]) Weber, »Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft«. S. 76.

einer solchen Solidarität gilt, was Calwer am Schluß seines Werkes »Die Weltwirtschaft« in anderem Zusammenhange sagt, daß sie nicht eintritt, weil sie als richtig erkannt wurde, sondern als das Ergebnis des Kampfes. Immerhin aber darf gehofft werden, daß im Falle eines solchen Nachweises starke ideelle Unterströmungen auf eine derartige Solidarität hinwirken und sie so eher realisieren würden. Damit wäre dann aber, was jeder zugeben muß, schon außerordentlich viel gewonnen.

* * *

Derjenige Teil der Sozialökonomik (im Sinne von Dietzel) und der Wirtschaftsgeschichte, unter dem die wissenschaftliche Behandlung des Gewerkschaftsproblems zu erfolgen hätte, müßte sich insbesondere mit folgenden Haupt- und Nebenfragen befassen:

I. Wesen, Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Geschichte und Entwicklung. Nationale und internationale Statistik.

II. Die zur Anwendung gelangenden Mittel (Beeinflussung des Angebots von Arbeit; Unterstützungswesen; Bildungswesen usw.).

III. Wirkungen der Gewerkschaftsbewegung:
  a) Auf die Personen in der Privatwirtschaft.
    1. Auf den Arbeiter als Produzenten und als Konsumenten.
    2. Auf den Unternehmer.
  b) Auf das Gewerbe (Technik; Betriebsorganisation; Leistungsfähigkeit).
  c) Auf die Volkswirtschaft.

IV. Wirkungen des bewußten Zusammengehens von Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen (Tarifbewegung; Beeinflussung der Arbeitsvermittlung usw.).

V. Gewerkschaftsbewegung und Recht:
  a) Einwirkung der jeweiligen rechtlichen Stellung auf Umfang, Art und Erfolg der Gewerkschaftsbewegung.
  b) Einwirkung der Gewerkschaftsbewegung auf das Recht, insbesondere auf den Ausbau und die Ausgestaltung des Arbeitsrechts.

VI. Gegenseitige Beeinflussung von Gewerkschafts- und allgemeiner Arbeiterbewegung im Hinblick

a) auf größtmögliche Zentralisation der Gewerkschaften (Industrieverbände),

b) auf streng berufliche Gliederung.

Alle diese Fragen, mit deren Aufführung auch nicht entfernt ein erschöpfendes Schema gegeben ist, lassen sich leidenschaftslos und tendenzlos erforschen und erörtern. Einen bemerkenswerten Versuch einer umfassenden Systematisierung bringt Adolf Webers Buch: »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.«

Volkswirtschaftlich begründete Einwände gegenüber den Gewerkschaften.

Die Einwände, welche von nationalökonomischer Seite gegen die Gewerkschaften erhoben werden, lassen sich heute leidenschaftsloser erörtern, als es früher der Fall war. Das liegt in der Hauptsache daran, daß die ehemals mit wahrem Fanatismus verfochtenen Theorien vom Lohnfonds und vom ehernen Lohngesetz allgemein als unhaltbar aufgegeben worden sind. (Neuerdings hat Keßler[1]) gegenüber dem Buch von Adolf Weber: »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit« den Vorwurf erhoben, daß darin die alte Lehre vom Lohnfonds unter einem anderen Namen wieder eingeschmuggelt sei. Formell wendet sich Weber ganz entschieden gegen diese Lehre. Wir zitieren von Seite 537 folgende Sätze: »Theoretisch hatte schon 1832 Hermann in seinen »Staatswissenschaftlichen Untersuchungen« die Unhaltbarkeit der nachklassischen Lohnfondstheorie nachgewiesen. Noch gründlicher erkannte deren Irrtümer die tiefgehende Arbeit des englischen Advokaten Francis D. Longe, die 1866 veröffentlicht wurde und sich ausdrücklich gegen die damaligen Hauptvertreter der Lohnfondstheorie John Stuart Mill und Fawcett richtete«.)

Die noch bestehenden Einwände können zweckmäßig in dem zusammengefaßt werden, was Ad. Weber in seinem genannten Buch und Oppenheimer vorbringen. In einem wesentlichen Punkte gesellt sich dann zu letzterem der früher zitierte Pohle.

Wie aus der im vorigen Kapitel gegebenen Definition hervorgeht, liegt bei den Gewerkschaftsbestrebungen der Nachdruck auf der Erringung eines größeren Anteils der Lohnarbeit am Ertrage der Produktion. Das Räsonnement des Durchschnittsge-

[1]) Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. 1911. S. 371.

werkschaftlers klammert sich an den ungeheuren Aufschwung unserer Volkswirtschaft an und reklamiert einen entsprechenden Anteil für den Arbeiter von dem Segen dieses Aufschwunges. Der Arbeiter hat das dunkle Gefühl, daß durch diesen Aufschwung das »strittige Grenzland« im Webbschen Sinne, wo sich Unternehmer- und Arbeiterinteressen gegenüberstehen, gewaltig an Ausdehnung gewonnen und den Anteil des Unternehmers auf Kosten des Anteils der Arbeiter unverhältnismäßig gesteigert hat. Daher soll — und kann, nach J. S. Mill in der berühmten Kritik des Thorntonschen Buches (vergl. dieserhalb Weber a. a. O. S. 538) — die Macht der Gewerkvereine dazu verwandt werden, den arbeitenden Klassen einen relativ und absolut größeren Anteil an dem Arbeitsprodukte zu verschaffen. Natürlich können die Arbeiter hierbei nicht die Volkswirtschaft als Ganzes heranziehen, sondern müssen von Gewerbe zu Gewerbe, also gegen die privatwirtschaftliche Produktion, vorgehen. Allerdings ist diese Unterscheidung den Arbeitern durchaus nicht allgemein geläufig und daraus erklärt sich auch ihre oft vom nationalökonomischen Standpunkte aus schwer begreifliche Stellungnahme gegenüber Betrieben und Gewerben, die um ihre Existenz zu kämpfen haben. Der Arbeiter hält sich eben viel zu sehr an das für die Volkswirtschaft allgemein Erreichte und glaubt seinen Anteil unter allen Umständen dementsprechend normieren zu können. Infolge der häufigen Mißerfolge, welche Lohnbewegungen, die auf dieser Grundlage inszeniert werden mußten, beschieden waren, haben die Gewerkschaften nach und nach sich zu der vorhin erwähnten Unterscheidung von selbst gezwungen gesehen. Ich glaubte im übrigen in einer Besprechung des Weberschen Buches im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 8 ff. 1911) die allgemeine Anschauung über die Gewerkschaften dahin zusammenfassen zu können, daß sie die Arbeiter einzelner Gewerbe in den Stand setzen, »ihren Lohn und damit den Durchschnittslohn aller Arbeiter zu erhöhen«.

Es muß zugegeben werden, daß sich in der Gewerkschaftsliteratur kaum irgendwo eine bestimmte Umgrenzung der Arbeiterforderungen vorfindet. Die Webbs[1]) sprechen einmal von der Voraussetzung, »daß die Löhne und die anderen Arbeitsbedingungen, wie dies fast immer der Fall ist, noch nicht die Grenzen der vollsten physiologischen Leistungsfähigkeit erreicht haben.

---

[1]) »Theorie und Praxis der Englischen Gewerkvereine.« Bd. II, S. 258, Anm.

Solange das Familieneinkommen des typischen qualifizierten Handwerkers, sogar in England, weniger als 100 £ jährlich beträgt und seine Arbeitszeit sich auf mehr als 40 oder 50 Stunden pro Woche beläuft, ist die Möglichkeit einer Verbesserung der physischen und geistigen Leistungsfähigkeit im Familien- und öffentlichen Leben, wie in der Industrie sehr groß.«

Andererseits redet Bernstein gelegentlich von der Erringung eines »Minimums an Lebenskomfort und seiner schrittweise durchgeführten Erhöhung.« In diesem oder ähnlichem Sinne lauten auch die meisten anderen gewerkschaftlichen Äußerungen über diesen Punkt. Jedenfalls besteht darüber hinaus wenigstens in Deutschland die Auffassung, daß die Bessergestaltung auf die Dauer der Gesamtheit der Arbeiter zugute kommen müsse.

Bei dieser Auffassung nun setzt die Kritik mit ihrem schwersten Geschütz ein. Vorläufig ausscheiden können wir den Einwand Webers, daß die wohlverstandenen dauernden Interessen der Arbeiterschaft nur innerhalb enger Grenzen durch eine ihren Wünschen angepaßte Verteilungspolitik gefördert werden könnten. Wichtiger sei dafür die durch eine geeignete Produktionspolitik zu erstrebende Hebung der Produktivität der Arbeit[1]). Ich habe in der erwähnten Besprechung des Weberschen Buches darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften grundsätzlich den Boden einer bloßen Verteilungspolitik von dem Zeitpunkte an verlassen hätten, als sie durch den Tarifvertrag ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, nicht mehr bloß Objekt der Produktion zu sein, sondern subjektiv an ihr mitzuwirken. Doch mag dieser Punkt für die spätere Erörterung im Zusammenhange zurückgestellt werden.

Ein zweiter Punkt, bei dem sowohl Weber wie Oppenheimer und mehr oder minder auch Pohle einsetzen, ist die Auffassung, gegenüber der schon Sombart[2]) erklärt, es komme ihn schwer an, die völlige Haltlosigkeit derselben noch besonders dartun zu müssen: die Auffassung, daß das post hoc nicht notwendigerweise als ein propter hoc anzusehen sei.

---

[1]) op. cit. S. 50.

[2]) »Dennoch!« S. 68.

Die Lohnsteigerung zeitliche oder ursächliche Folge der Gewerkschaft?

Weber[1]) hält es für jedenfalls sicher, »daß die Löhne auch steigen können und vielfach sehr beträchtlich gestiegen sind, ohne Koalition der Arbeiter und ohne Streik«. Er führt zum Beweise dafür eine Reihe von Beispielen aus England an, aus der Zeit zwischen dem Tode Jakobs und der Wiedereinsetzung der Stuarts, dann wiederum aus der Mitte des 18. Jahrhunderts; ferner aus Frankreich aus der Zeit von 1847 bis 1870 und aus Java vom Jahre 1880. Ebenso dient ihm zum Beweise die beispiellose Aufbesserung der Lage der Dienstboten. »Ihre Löhne stiegen in den letzten 30 Jahren durchweg um 50 %, und da Ausgaben für höhere Wohnungsmieten und teureren Lebensunterhalt für die im Hause der Herrschaften wohnenden Dienstboten nicht in betracht kommen, ist der Reallohn der Dienstboten gleichfalls mindestens um 50 % gestiegen, trotzdem die Dienstboten zu den Arbeiterschichten gehören, die vorläufig noch so gut wie unorganisiert sind.«

Oppenheimer sagt[2]), daß die bisherige Auffassung von der Wirksamkeit der Gewerkschaften den Zusammenhang umkehre, indem sie Ursache und Folge verwechsele.

»In der Tat blühen die Gewerkschaften, weil der Lohn steigt, nicht aber steigt der Lohn, weil die Gewerkschaften blühen. Das läßt sich mit mathematischer Sicherheit durch eine einzige Tatsache erweisen: nirgend ist eine Klasse höher im Lohn gestiegen als die Landtagelöhner; man kann die Steigerung ihres Reallohns in England seit etwa 60 Jahren auf 150 %, in Deutschland auf ungefähr ebensoviel veranschlagen; hier aber bestand niemals eine Andeutung einer Gewerkschaft, eines irgendwie gearteten Zusammenschlusses zur Hebung der Lebensbedingungen. Der Lohn ist gestiegen lediglich aus dem einen Grunde, weil, dank der Abwanderung, der Kurs der landwirtschaftlichen Arbeit auf ihrem Lokalmarkte stieg, weil mit andern Worten das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich für die Arbeiter günstig einstellte«.

Eigentlich liegt ein Widerspruch schon in dieser Auseinandersetzung. Denn nach dem Vordersatz müßte man geradezu er-

---

[1]) op. cit. S. 542.

[2]) Ich beziehe mich für diese und weitere Angaben auf einen in der Westdeutschen Post Nr. 14, 15, 16 1911 abgedruckten Artikel der deutschen Rundschau, worin Oppenheimer seine »Theorie der reinen und politischen Ökonomie« für dieses Spezialgebiet zusammengefaßt hat. Die »Theorie« selber zu lesen hatte ich keine Gelegenheit.

warten, daß unter den Landtagelöhnern, weil ihre Löhne so ungewöhnlich stark gestiegen sind, eine starke gewerkschaftliche Organisation anzutreffen sei. Doch kommen wir gleich auf die Sache zurück. Pohle schließlich[1]) will für die Hebung der Arbeiterschaft und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen die steigende Produktivität der menschlichen Arbeit angesehen wissen.

»Dieses Wachsen der Produktivität war aber wieder die Folge der Fortschritte der Technik in diesem Zeitraum, und zwar kommen dabei weniger die Fortschritte der industriellen Technik in Betracht, an die man bei der Erörterung dieser Frage gewöhnlich zuerst denkt, als vielmehr in erster Linie die Fortschritte der Verkehrstechnik und die durch sie bewirkte Verbilligung des Personen- und des Warenverkehrs. Auf dieser Verbilligung des Verkehrs beruht hauptsächlich diejenige Erscheinung, die wir kurz als »Entstehung der modernen Weltwirtschaft« zu bezeichnen gewöhnt sind, und deren Wesen darin besteht, daß in den letzten Jahrzehnten in den Warentauschverkehr zwischen den verschiedenen Ländern und Erdteilen auch eine Reihe der wichtigsten Güter des Massenverbrauchs, wie vor allem Brotgetreide und andere Agrarprodukte, teilweise ja auch schon frisches Fleisch, in gewaltigen Mengen einbezogen worden sind. Dadurch ist die ganze Erde auch für diese Artikel ein einziges Wirtschaftsgebiet mit einheitlicher Preisbildung geworden. Diese Entwicklung bedeutete aber für die alten Kulturstaaten Europas, wie hier nur kurz angedeutet werden kann, die Möglichkeit, sich aus dem Auslande zu wesentlich billigeren Preisen mit einer Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel zu versorgen, als sie die inländische Produktion liefern konnte, zumal wenn sie die Deckung des einheimischen Bedarfs allein hätte übernehmen sollen.«

Wenn Pohle an der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre und an der Auffassung der Gewerkvereine bemängelt, daß sie den Fortschritten der Technik und des Verkehrswesens als der Voraussetzung der gesteigerten Produktivität und damit der Schaffung der Grundlage für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu wenig Rechnung trage, so sei demgegenüber auf das Kuriosum verwiesen, daß Weber im genauen Gegenteil die Gewerkvereine davor warnt, der Technik zuviel zuzumuten. Nach ihm ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die durch den Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ohnehin geschwächten Faktoren Er-

---

[1]) »Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre«. S. 104 ff.

findungsgeist und Unternehmungslust auch ihre Grenzen u. a. an der bereits erreichten Höhe des Standes der Technik finden. Das Tempo des technischen Fortschritts im 19. Jahrhundert sei als gewaltige Ausnahme anzusehen und dürfe nicht etwa als die Regel betrachtet werden. Er warnt sogar davor, eine etwa aufsteigende Furcht vor zu rascher Bevölkerungsvermehrung durch die Versicherung zu beschwichtigen, die ökonomischen Verhältnisse würden sich schon von selbst der Bevölkerungsziffer anpassen und Malthus könnte heute sein Menetekel an die Wand malen [1]). Stellt man die letzten Sätze des Zitats aus Pohle und diese Weberschen Befürchtungen einander gegenüber, so kommt ein völliger Gegensatz zustande. Denn Pohle gibt implicite die Möglichkeit der Anpassung der ökonomischen Verhältnisse an die neuen Notwendigkeiten glatt zu, die Weber als fraglich hinstellt und höchstens durch eine geeignete Lösung des Produktionsproblems für möglich hält. Was die zu erwartende Entwicklung der Technik selbst anbelangt, so scheint Jentsch in dieser Beziehung wohl das Richtige getroffen zu haben, indem er auf der letzten Seite seiner Volkswirtschaftslehre von einer »automatischen« Entwicklung auf diesem Gebiete spricht. Wenn man zudem den Bericht von Prof. Kammerer auf der Wiener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik (1909) gelesen hat, oder etwa Grunzels »Sieg des Industrialismus«, so erscheint Webers Auffassung durch nichts begründet. Die von Kammerer entwickelten Gedanken eröffnen die Aussicht auf einen heute noch gar nicht übersehbaren technischen Fortschritt. In sehr wichtigen Industrien, wie im Bergwerk, hat diese Entwicklung noch gar nicht Fuß gefaßt. Vielleicht hat Pohle insofern recht, als dem Verkehrswesen nicht immer die Bedeutung beigemessen wird, die ihm tatsächlich zukommt. Hellmann [2]) sagt beispielsweise von den Beziehungen zwischen dem Verkehrswesen und dem staatlichen Leben: »Seine (des Verkehrswesens) Ausbildung ist die Voraussetzung einer starken Zentralgewalt. Man kann behaupten, daß bis zu einem gewissen Grade die Geschichte eines Staates zugleich eine Geschichte seiner Verkehrsmittel ist. Alle Eroberer, von den persischen Großkönigen bis auf Napoleon, zeugen dafür mit dem Straßennetz, mit dem sie ihre Reiche überspannten. Wo umgekehrt die Staatsgewalt nicht jederzeit von den Vorgängen im Staatsgebiet unterrichtet werden und allerorten ihr Wort geltend machen kann, ist gedeihliche politische Arbeit unmöglich.« Eine

[1]) op. cit. S. 43.

[2]) »Wie studiert man Geschichte«. S. 11.

andere Frage indessen ist, ob man die Ausgestaltung der Verkehrstechnik, auf deren Grundlage zweifellos erst die große Produktion der Gegenwart möglich gewesen ist, unmittelbar mit einer Steigerung der Produktivität gleichsetzen will. Legt man den von Philippowich auf der erwähnten Versammlung des Vereins für Sozialpolitik angewandten Maßstab an, so wird man diese Frage zumindest nicht ohne weiteres und in vollem Umfange bejahen. Philippowich bemerkt mit Recht, daß ein Teil der technischen Produktivität durch früher nicht gekannte Einrichtungen und Berufstätigkeiten konsumiert werde, welche notwendig seien, damit das Leben der Gesellschaft überhaupt möglich ist[1]).

Was ist nun zu dem, was von den drei genannten Schriftstellern an Einwendungen vorgebracht wurde, bezw. was nach dem Gesagten davon noch übrig bleibt, zu halten? Zunächst machen alle drei Schriftsteller Einschränkungen. Weber[2]) gibt wenigstens die Möglichkeit zu, »daß es den Koalitionen (der Arbeiter) in einzelnen Fällen, wenn sie vorsichtig und umsichtig zu Werke gehen, möglich ist, Lohnerhöhungen dadurch zu »beschleunigen, daß sie die vis inertiæ, die in der Praxis die theoretisch als richtig erkannte Tendenz verlangsamen mag, beseitigen . . .« Oppenheimer[3]) sagt ausdrücklich: »Wenn die Gewerkschaft auch nicht in der Lage ist, die Basis der (sozialen) Pyramide und damit die sämtlichen Lohnklassen, ihre eigene inbegriffen, mit ihren bisherigen Mitteln emporzuschieben, so ist sie doch sehr wohl in der Lage, unter nicht allzu ungünstigen Umständen für ihre eigene spezielle Klasse Löhne und Lebenshaltung zu erhöhen.«

Dann wäre also die Gewerkschaftsarbeit, wenn auch in beschränkter Weise, doch Ursache?! Pohle[4]) endlich sagt bestimmt, »daß die Gewerkschaften nur geholfen haben, die Früchte für die Arbeiter zu pflücken, die auf einem nicht von den Gewerkschaften gepflanzten Baume gewachsen sind . . .«

Und damit hat Pohle nichts anderes gesagt, als was die Gewerkschaften selbst sich von ihrer Tätigkeit versprechen. Im letzten Grunde wollen die Arbeiter nichts anderes,

---

[1]) Verhandlungen S. 365. Auch Bernstein hat in der Einleitung zu der erwähnten Besprechung des Weberschen Buches auf die Belastung der Produktion mit den steigenden »sozialen Unkosten«, die hauptsächlich aus dem notwendigen Ausbau des Verkehrswesens entspringen, hingewiesen.

[2]) op. cit. S. 561.

[3]) a. a. O.

[4]) op. cit. S. 109.

als durch ihre Gewerkschaften an den Ergebnissen der gesteigerten Produktivität teilnehmen, mag das nun ihnen klar zum Bewußtsein kommen, oder mehr als ein gewissermaßen instinktives Gefühl sich ihnen aufdrängen. Als einzelner fühlt sich der Arbeiter nicht in der Lage, das zu erringen, was ihm vermeintlich auf Grund der verbesserten Situation zusteht. Wenn die Gewerkschaft besonders in Zeiten günstiger Konjunktur soviel Werbekraft hat, so eben deshalb, weil die Masse der Arbeiter in dem bezeichneten Sinne innerlich vorbereitet ist. Sie wollen den Segen nicht an sich vorbeigehen lassen. Wie gesagt, ist dies oft mehr Sache des Gefühls als des klaren Bewußtseins. Die Position des isolierten Arbeiters den sich neu bildenden Verhältnissen gegenüber beschreiben die Webbs[1]) treffend wie folgt:

»Das »strittige Grenzland« hat aber in diesen Zeiten hoher Profite enorm an Ausdehnung zugenommen und nur der Unternehmer weiß, wie groß der Zuwachs ist. Hier wird der Unterschied zwischen größerer und geringerer Kenntnis der Verhältnisse von der allergrößten Bedeutung und für den isolierten Arbeiter von verhängnisvollem Nachteil. Der Unternehmer weiß ungefähr, was die anderen Firmen für die Arbeitskraft gezahlt haben und in welcher Ausdehnung ein wirklicher Mangel an Arbeitern vorhanden ist; er kann sich daher ein Urteil darüber bilden, wie wenig er anzubieten braucht, um die Stelle einem unbeschäftigten Arbeiter annehmbar zu machen. Der isolierte Arbeiter dagegen weiß nicht, ob der Arbeitsmangel auch außerhalb seiner Stadt vorhanden ist und vielleicht noch länger dauern wird; und er hat nicht die geringste Idee davon, wieviel er fordern kann, ohne die Stelle zu verscherzen. Kurz, es ließe sich leicht nachweisen, daß trotz des tatsächlichen Steigens der Löhne in Zeiten guten Geschäftsganges der isolierte Arbeiter gerade dann in der ökonomisch nachteiligsten Lage für die Verteilung des »strittigen Grenzlandes« ist, wenn die Profite am größten sind.« Die Gewerkschaftsidee fließt aus diesen Voraussetzungen mit der größten Natürlichkeit heraus.

Bleiben also einerseits die von Weber zitierten Beispiele aus verschiedenen Ländern und sein sich auf die Lage der Dienstboten stützendes Argument; außerdem die Exemplifizierung Oppenheimers auf die Lage der ländlichen Arbeiter. Um mit letzteren zu beginnen, so sei zunächst hingewiesen darauf, daß Oppen-

[1]) op. cit. S. 189.

heimers mit »mathematischer« Sicherheit begründeter Hinweis dadurch verdächtig erscheint, daß er sich ausschließlich auf die Wirkung von Angebot und Nachfrage stützt. Damit allein aber wird eine so starke Steigerung des Lohnes im allgemeinen nicht erklärt, sondern, wie das Beispiel von Weber und Pohle zeigt, es muß eine gesteigerte Produktivität als zweiter Faktor hinzukommen, der durch die Vergrößerung des Rendiments erst die Möglichkeit zu solchen Lohnerhöhungen schafft. Nun liegen aber bekanntlich auf diesem Gebiete die landwirtschaftlichen Verhältnisse höchst eigenartig. Ich zitiere Pohle[1]): »Die europäische Industrie konnte die höhere Bewertung der menschlichen Arbeitskraft, die sich von Amerika aus seit den 70er Jahren nach Europa verbreitete, ertragen, sie konnte ihren Arbeitern höhere Löhne gewähren, ohne daß darunter ihr Gewinn leiden mußte, die Landwirtschaft dagegen geriet hierdurch in eine äußerst schwierige Situation. Denn während sie höhere Löhne zahlen sollte, gingen unter dem Drucke der billigeren überseeischen Konkurrenz zugleich die Preise ihrer wichtigsten Produkte in starkem Maße zurück; ein Prozeß, der auch durch die Einführung von Agrarzöllen nur abgeschwächt, aber nicht etwa aufgehoben worden ist. Das ist die letzte Ursache der gegenwärtigen kritischen Lage der west- und mitteleuropäischen Landwirtschaft, insbesondere des Getreidebaues dieser Länder: beständig steigende Löhne bei gesunkenen Preisen der Produkte.«

Aus diesen Andeutungen schon würde sich das Beispiel der Landarbeiter jedenfalls als eine starke Ausnahme herausheben lassen. Aber schließlich ist es gar nicht einmal nötig, auf diesem Umwege dem Ziele zuzustreben. Es bedarf doch nur eines Momentes der Überlegung, um darauf zu stoßen, daß gerade die Veränderung in den Lohnbedingungen für die Landarbeiter eines der schlagendsten Beispiele ist für die Fernwirkungen der Gewerkschaft. Dieser ist es gelungen, nach dem Pohleschen Wort, die Früchte zu pflücken von dem nicht von ihr gepflanzten Baume, nämlich von den Ergebnissen der gesteigerten industriellen Produktivität; das treibt die ehemaligen Landarbeiter mit der Aussicht, an der Ernte teilnehmen zu können, in die Industrie; so wird das Land entblößt und trotz gesunkener Preise der Produkte müssen höhere Löhne bezahlt werden. Das ist das »innere Muß«, von dem Weber einmal spricht, das hinter den Erscheinungen

[1]) op. cit. S. 108.

steht. Das Oppenheimersche Beispiel besagt gar nichts gegen die allgemeine Auffassung von der Gewerkschaft, weil es an der Oberfläche haftet und nicht zum Kern vordringt. Es würde sich gegebenenfalls mit dem gleichen Recht gegen die Theorie von der gesteigerten Produktivität als Grundlage der Hebung der Löhne verwenden lassen, mit dem es hier gegen die allgemeine Auffassung eingesetzt ist[1]).

Was hier von dem »inneren Muß« gesagt worden ist, läßt sich auch gegen Webers Beispiel von der Sonderstellung der Dienstboten in mehr oder minder großem Umfange vorbringen und ich habe das in der mehrfach erwähnten Buchbesprechung auch getan. Ungleich durchschlagender aber ist es, was die Webbs[2]) zu dieser Sache zu sagen haben. Schon in dem Webbschen Buche wird das Beispiel der Dienstboten als ein solches erwähnt, »mit dem man einen einschneidenden Trumpf gegen die Notwendigkeit des Gewerkvereinswesens und seine Fähigkeit, die Löhne zu steigern, auszuspielen glaubte.« Dagegen wird aber eingewandt, daß es an jeder Analogie fehle »zwischen dem Engagement der häuslichen Dienstboten, die dem persönlichen Lebensbehagen verhältnismäßig reicher Leute dienen und dem Lohnvertrag der Arbeiter, die der Profitmacher einstellt«. In der Tat ist die Stellung der Dienstboten eine ungleich günstigere. Sie sind einfach nicht entbehrlich, haben überdies ihren »Arbeitgeber« gewissermaßen in der Hand, da das häusliche Wohlbehagen in großer Ausdehnung von dem guten Willen der Dienstboten abhängt. Ein guter Dienstbote kann sich bis zu einem gewissen Grade unersetzlich machen usw. Die Konkurrenz findet einen Ausdruck nur in dem Streben, »erwünschten Gästen behaglichere Quartiere und vollkommenere Bewirtung zu liefern, und hat daher positiv die Tendenz, die Löhne zu steigern, die geschickten und zuverlässigen Dienstboten gezahlt werden.« Schließlich ist noch der Tatsache Erwähnung zu tun, daß »die Ausnahmeverhältnisse, deren sich die Dienstboten erfreuen, sofort verschwinden, wenn der Profitmacher dazwischen tritt. Trotz der steten Nachfrage nach Dienstboten in privaten Haushaltungen sind die Frauen, die in den gewöhnlichen Hotels, Pensionen, Logierhäusern, Kaffeeläden oder Restaurants kochen, scheuern, putzen

[1]) Ich nehme als selbstverständlich an, daß Oppenheimer die Mitwirkung der gestiegenen Produktivität stillschweigend voraussetzt. Der Fehler liegt aber darin, daß er das in einem für die breiteste Öffentlichkeit bestimmten Aufsatz nicht zur Geltung bringt und so falschen Schußfolgernngen mindestens nicht vorbeugt.

[2]) op. cit. S. 201.

oder aufwarten, ebenso schlecht bezahlt, schlecht behandelt und überarbeitet, wie ihre Arbeitsgefährtinnen in anderen unorganisierten Gewerben.«

So bleibt von dem sich auf die Dienstboten stützenden Einwand offensichtlich nichts mehr übrig.

Gegenüber den weiterhin sich auf diesen Punkt beziehenden und oben erwähnten Weberschen Einwänden sei auf das verwiesen, was ich in der Buchbesprechung (a. a. O.) geschrieben: Indes bringt Weber auch noch weiteres Material bei, das jedoch den Fehler hat, daß man es nicht oder nur sehr schwer kontrollieren kann. Denn dieses Material liegt entweder Jahrhunderte zurück oder betrifft einen in Java passierten Fall. Und was sich kontrollieren läßt, hält der Prüfung nicht stand. Weber schreibt (S. 542): »In Frankreich hatten wir recht beträchtliche Lohnsteigerungen in der Zeit von 1850 bis 1870 ... und doch waren in der Zeit von 1850 bis 1870 Arbeitseinstellungen in Frankreich sehr selten.« Demgegenüber berichtet Bernstein (»Die Arbeiterbewegung« S. 53 ff), daß allein in den Jahren 1848 bis 1860 mehr Arbeiter wegen Übertretung des Koalitionsverbots verurteilt wurden, als in den vorhergegangenen 23 Jahren, »nämlich 4845 von 6812 Angeklagten. Von noch nicht 200 steigt die Zahl auf 400 Verurteilte im Jahr, ein Zeichen, daß mit zunehmender Industrialisierung auch das Koalitionsbedürfnis sich ununterbrochen steigerte«. Und von der Zeit nach Freigabe des Koalitionsrechtes (1868) heißt es: »Allein in Paris wurden nun in nicht viel mehr als Jahresfrist 67 Arbeitergewerkschaften ins Leben gerufen.«

Es darf damit dieser Punkt wohl verlassen werden.

Sehr viel schwieriger gestaltet sich die Beschäftigung mit dem weiteren Einwande, daß die Gewerkschaften bestenfalls den Lohn im einzelnen Gewerbe, nicht aber den Durchschnittslohn aller Arbeiter zu erhöhen vermögen. Und dieser Einwand geht in den meisten Fällen sogar weiter, indem behauptet wird, daß die Erhöhung des Reallohnes in dem einen Gewerbe nur auf Kosten niedriger stehender Arbeiterschichten durchgeführt werden könne. Ad. Weber hat ebenfalls auf diesen Einwand zurückgegriffen, ohne indes denselben durch irgendwelches Tatsachenmaterial zu belegen. Er beruft sich allerdings[1]) darauf, daß es durchaus nicht so unmöglich sei, »daß die hohen Löhne, die ein Teil der Arbeiterschaft sich erzwingt, von den Unternehmern auf schwächere

---

[1]) op. cit. S. 155.

Schultern, namentlich auf die Heimarbeiterinnen abgewälzt werden«. Einige Seiten weiter (162) drückt er sich noch positiver aus: »Die Möglichkeit, daß ein Teil der Arbeiterschaft materiell vorwärts gekommen ist auf Kosten eines anderen Teiles, ist nicht zu bestreiten.« Im übrigen aber beruft er sich auf einige nationalökonomische Schriftsteller, begnügt sich indes damit, deren Schlußfolgerungen anzuführen. Da die weitestgehende dieser Schlußfolgerungen von Oppenheimer herrührt, so gehen wir wohl am besten gleich dazu über, Oppenheimers Prämissen zu prüfen. Wir finden sie in dem vorhin zitierten Aufsatz[1]), wo er sich auf sie als die von ihm in seiner »Theorie der reinen und politischen Ökonomie« entwickelte »Monopollohntheorie« beruft. Der Einfachheit halber drucken wir die Zusammenfassung dieser Theorie nachstehend ab.

Oppenheimers Theorie.

Je höher die Qualifikation der Arbeitskraft entweder durch besondere Begabung des Körpers, Geistes oder Willens oder durch besondere Vorbildung und Ausstattung, um so höher ist der Lohn der einzelnen Lohnklasse. »Die absolut unseltenste Qualifikation der rohen ungelernten Arbeit bildet die tiefste Stufe, die Basis der Pyramide; darüber bauen sich«, sagt Oppenheimer, »eine immer kleinere Zahl von Arbeitenden umfassend, die höheren Stufen in der Reihenfolge ihrer Seltenheit auf, bis oben die allerseltensten Qualifikationsstufen der höchstbegabten Gelehrten, Künstler, Techniker, kaufmännischer Organisatoren die Spitze bilden.

Alle diese Lohnklassen stehen unter sich in einem zwar etwas elastischen, aber unzerreißbaren Zusammenhang, in einer »natürlichen Distanz« der Entlohnung, die durch die Konkurrenz bestimmt und nach jeder Störung wieder hergestellt wird. Wenn eine besondere Lohnklasse durch irgendwelche augenblicklichen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage aus ihrer natürlichen Distanz zu den benachbarten Klassen herausgeworfen wird, stark steigt oder fällt, dann setzt sofort die Konkurrenz ein mit dem Resultat, die natürliche Distanz wieder herzustellen. Und zwar fließen Arbeitende ab, wenn der Lohn fällt, und strömen zu, wenn er steigt. Im ersten Falle sinkt das Angebot gegenüber der Nach-

[1]) a. a. O.

frage, und der Lohn hebt sich wieder, im zweiten Falle steigt das Angebot gegenüber der Nachfrage, und der Lohn senkt sich wieder. Um ein Beispiel aus der neuesten Zeit zu geben: in der ersten Zeit des Automobilismus standen die Löhne der Chauffeure sehr hoch. Das war für viele tüchtige Schlosser, Monteure usw. ein Ansporn, sich dem hochbezahlten Beruf zuzuwenden; darum sank in ihrer bisherigen Lohnklasse das Angebot von Arbeit und der Lohn hob sich, und umgekehrt stieg in der Klasse der Chauffeure das Angebot, und der überhohe Lohn senkte sich; und das setzte sich fort, bis die natürliche Distanz zwischen den Löhnen der Schlosser usw. einerseits und der höheren Qualifikationsstufe der Chauffeure anderseits wieder hergestellt war.

Dieses pyramidenförmige System der Lohnstufen nennt die Theoretik den »Lohn« schlechtweg. Bis hierher habe ich nichts dargestellt als die alte Theorie, wie sie bereits von Adam Smith in allem Wesentlichen entwickelt worden ist. Aber, wenn sie auch grundsätzlich völlig richtig war, so hat sie doch angebrachtermaßen in einem sehr wichtigen Punkte geirrt; sie glaubte, die niedrigste aller Lohnstufen, die Basis der Pyramide, werde gebildet durch die Lohnklasse der städtischen unqualifizierten Tagelöhner. Das ist aber falsch. Vielmehr wird die Klasse dargestellt überall dort, wo Freizügigkeit besteht, durch die Lohnklasse der ländlichen unqualifizierten Tagelöhner. Ihre Zuwanderung in die Städte bestimmt durch ihre Konkurrenz den Lohn der städtischen Tagelöhner, und dieser Lohn wieder durch ihre Konkurrenz nach dem geschilderten Zusammenhang die Löhne aller oberen Stufen bis empor zur Stufe der technisch-industriellen Beamten und darüber hinaus. Was aber bestimmt nun den Lohn der landwirtschaftlichen Tagelöhner? Um diese Frage zu beantworten, muß man das Lohnsystem nicht in seiner örtlichen Erscheinung, sondern in seinem weltwirtschaftlichen Zusammenhang ins Auge fassen, muß den Weltarbeitsmarkt betrachten. Und da zeigt sich auf den ersten Blick: jeder lokale Tagelohn landwirtschaftlicher Arbeit bestimmt sich durch die Kosten der Heranschaffung auswärtiger Landarbeiter. Der Lohn zum Beispiel des deutschen Landarbeiters im Osten unserer Monarchie wird bestimmt durch die Kosten, die der galizische, russische, ungarische Sachsengänger bei gleicher Arbeitsleistung verursacht, das heißt durch seinen Lohn zuzüglich der Reisekosten, Grenzüberwachungskosten, Impfkosten usw. usw. Und wenn man diesen Dingen in ihrer vollen Weite nachgeht, so erkennt man, daß das Niveau jedes landwirtschaftlichen Tagelohns

im westlichen Europa und in Amerika bestimmt wird durch die Löhne, die im äußersten Osten, in den »Gebieten des höchsten sozialen Druckes«, der fast noch hörige Tagelöhner von seinem Grundherrn bewilligt erhielt. Hier, im feudalen Rußland, in dem vom Großgrundeigentum ausschließlich beherrschten Polen und Ungarn, ist die Landbevölkerung noch stark gestaut, durch Auswanderung und Abwanderung noch nicht so stark gelichtet wie weiter westlich. Die Arbeiter konkurrieren daher leidenschaftlich um die Arbeitsgelegenheit, die ihnen das heimische Großgrundeigentum darbietet; und daher steht ihr Lohn dem Existenzminimum nahe, als ein echter »Monopol-Lohn«, da sie gezwungen sind, das Existenzminimum zu akzeptieren, wenn sie nicht verhungern wollen. Dieser winzige Lohn ist somit der Bestimmgrund aller landwirtschaftlichen Arbeitslöhne weiter westlich bis nach Colorado und Texas hinein; und da jeder lokale Landarbeiterlohn die Basis der lokalen Pyramide aller höheren Lohnklassen ist, so kann man aussprechen, daß der Lohn oder das Gehalt jedes höheren Arbeiters und Angestellten bestimmt ist durch das notdürftige Einkommen des »Grenzkulis« im Gebiet des höchsten sozialen Druckes.

Diese Lohntheorie, die klar für sich selber spricht, die niemals bestritten worden ist und niemals bestritten werden kann, gestattet das Problem der sozialpolitischen Wirksamkeit der Gewerkschaften zu lösen.«

Etwas weiter sagt Oppenheimer über die Bestimmung der Lohnhöhe noch präziser: »Für jede einzelne Lohnklasse ist der natürliche Satz ihres Speziallohnes nach dem vorhin dargestellten Zusammenhang der lokale Landarbeiterlohn mit einem bestimmten Zuschlage, der der natürlichen Distanz der Qualifikation oder m. a. W. der relativen Seltenheit der Vorbedingungen entspricht.« Der lokale ländliche Tagelohn hat aber seine heutige Höhe deswegen erreicht, »weil die Heranschaffung der Grenzkulis von immer weiter her immer mehr Kosten bedang, in dem Maße, wie das Grenzgebiet des höchsten sozialen Druckes sich weiter nach Osten vorschob. Mit ihrer lokalen Basis hoben sich nun alle höheren städtischen Löhne, und das ermöglichte es den städtischen Arbeitern, ihre Gewerkschaften auszubauen, und steifte ihnen den Nacken zum Widerstand gegen das sie bedrängende Kapital«. Es dürfte sich empfehlen, zunächst einmal diese Theorie als die erste der Voraussetzungen Oppenheimers zu prüfen. Ist diese Theorie nun wirklich derart, »daß sie niemals bestritten werden kann?«

In Beantwortung dieser Frage sei auf folgende Momente

hingewiesen. Es sei vor allem der früheren Angabe Oppenheimers gedacht, wonach die Landtagelöhner eine Steigerung ihres Reallohnes seit etwa 60 Jahren um ungefähr 150 % gesehen hätten. Diese Steigerung wäre, nach den weiteren Angaben Oppenheimers, lediglich das Ergebnis einer entsprechenden Verteuerung der Kosten der Heranschaffung von »Grenzkulis.« Mit dieser Annahme, in solch absolute Form gebracht, dürfte Oppenheimer jedenfalls allein stehen. Es sei versucht, Oppenheimers Angaben auf Grund eines Rechenexempels auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Nehmen wir den durchschnittlichen Lohn eines ländlichen Arbeiters heute — es kommt mehr auf die Gegenüberstellung, als auf die Übereinstimmung der Ziffern mit den Tatsachen an — mit 250 Mk. an. Vor etwa 60 Jahren hätte dieser Lohn dann 100 Mk. betragen. Es ist nun zweifellos, daß das Ursprungsland der »Grenzkulis« dem Landarbeiter diese 100 Mk. nicht bezahlt, da Oppenheimer das Grenzgebiet des höchsten sozialen Druckes weit im Osten annimmt, wo eben die Verhältnisse durchweg noch nicht so weit vorgeschritten sind, wie sie vor 60 Jahren es bei uns, geschweige denn in England, waren. Es würden sonach die Herbeischaffungskosten jedes dieser Kulis nach den Oppenheimerschen Angaben zumindest nicht weniger wie 150 Mk. betragen. Schon diese Vorstellung läßt die geringe Haltbarkeit der Oppenheimerschen Angaben erkennen.

Dazu kommt aber nun das früher bereits hervorgehobene Moment, das Oppenheimer vollständig außer acht läßt oder wenigstens nicht ausdrücklich betont, daß der Lohn sich durchweg nicht nur nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage richtet, sondern daß seine Steigerung von der Erhöhung des Unternehmungskapitals abhängig ist und diese hinwiederum eine gestiegene Produktivität zur Voraussetzung hat. Es steigt, wie Adam Smith[1]) sagt, »die Nachfrage nach Leuten, die von ihrem Lohn leben, im natürlichen Zusammenhang mit dem Nationalreichtum, und kann nicht füglich anders steigen«. Nun hat uns aber Pohle belehrt, daß trotz gestiegenen Nationalreichtums die Entlohnung der Arbeiter der Landwirtschaft infolge des Sinkens der Preise immer schwerer fällt, während die Industrie, ohne daß ihr Gewinn darunter zu leiden hätte, den Arbeitern beständig steigende Löhne zuzuwenden vermöchte. Die notwendige Folge

[1]) »Über die Quellen des Volkswohlstandes«. Ausgabe Ascher. S. 66.

wäre, daß der Landwirtschaft die Konkurrenz um die Arbeitskräfte immer schwieriger würde: die Industrie nehme nicht nur den natürlichen Zuwachs auf, sondern auch einen großen Teil der einheimischen Landarbeiter sowie den größten Teil der ausländischen. In der Industrie aber hätten die Gewerkschaften dafür gesorgt, daß den Arbeitern die Früchte, welche die gestiegene Produktivität zur Reife gebracht, mindestens in größerem Umfange zukämen, als wenn den Dingen der Lauf gelassen worden wäre.

Als Fazit ergibt sich demnach das folgende: Der Lohn, der den Arbeitern zufällt, ist das Ergebnis der Konkurrenz zwischen der Industrie und der Landwirtschaft um den Arbeiter, im letzten Grunde beeinflußt durch das Maß der beiderseitigen Produktivität und Gewinnmöglichkeit, einerseits, und der Wucht der gewerkschaftlichen Einwirkung auf die Anteilnahme der Arbeiter an der gestiegenen Produktivität andererseits. Damit bleibt allerdings die Einwirkung des ausländischen Zuwachses bestehen. Aber offenbar ist es ein sehr großer Unterschied, ob dieser Zuwachs nur ein Faktor unter vielen oder aber der ausschlaggebende Faktor überhaupt ist, wie es Oppenheimer darstellt. Damit wird vor allen Dingen der Arbeitslohn in viel höherem Maße beeinflußbar, als wenn er nur das Ergebnis der automatischen Regelung zwischen dem Einkommen des »Grenzkulis« und dem Maße der Vorbildung wäre, welche jeder einzelne Beruf erfordert. Natürlich wachsen damit die Chancen der Gewerkschaftsbewegung sehr wesentlich. Insbesondere aber auch gestaltet sich die Beantwortung der Frage ganz anders, ob die Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, den Durchschnittslohn aller Arbeiter zu heben. Darauf wird gleich zurückzukommen sein. Der Fehler Oppenheimers liegt darin, daß er zwar den Lohn bestimmt sein läßt durch Angebot und Nachfrage, dabei aber außer acht läßt, daß dabei auf die Dauer die Produktivität der Arbeit ausschlaggebend ist.

Aber auch die Herstellung der »natürlichen Distanz« zwischen den einzelnen Lohnklassen erfolgt durchaus nicht in der schematischen Weise, wie es nach Oppenheimer der Fall zu sein scheint. Der unzerreißbare Zusammenhang, in dem alle Lohnklassen angeblich stehen und die Ausfüllung der entstehenden Lücken nach jeder Störung der »natürlichen Distanz« würden zunächst zur Voraussetzung haben, daß jeder Arbeiter imstande wäre, die in seiner jetzigen Lohnklasse übliche Arbeit in einem verhältnismäßig geringen Zeitraum mindestens mit der Arbeit der höherstehenden Lohnklasse zu vertauschen. Daß hieße aber ein Maß von Weiter-

4*

bildungsfähigkeit und -Willigkeit voraussetzen, das unter keinen Umständen als allgemein vorausgesetzt werden darf.

Übrigens regeln sich die Verhältnisse in der Praxis durchaus nicht in der einfachen Weise, wie es Oppenheimer darstellt. Es kommen für die Verschiebungen zwischen den einzelnen Berufen eine Reihe von Faktoren in Betracht, die nicht ohne weiteres durch die Lohnverhältnisse ausgeschaltet werden können. Auf Arbeiterseite ist dies zunächst einmal das Vertrauen in den Beruf selbst. Wäre, auch abgesehen einmal von dem Einfluß der Produktivität, die Lohnhöhe maßgebend für die Anziehungskraft eines Berufes, dann würden wir nicht die von den Vertretern des Handwerks immer wieder aufgestellte und bewiesene Behauptung hören, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil von Handwerken trotz verhältnismäßig hoher Entlohnung nur eine sehr geringe Zugkraft besitzt. Es sei dieserhalb namentlich auf die Studien verwiesen, die der Syndikus Wilden von der Düsseldorfer Handwerkskammer unter anderem noch im Vorjahr in der M.-Gladbacher »Sozialen Kultur« veröffentlicht hat. Ebenso auf die Verhandlungen der Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt vom vorigen Jahre in Elberfeld. Hier ist die »natürliche Distanz« seit langem bereits gestört, ohne daß sich Anzeichen dafür finden, daß sie selbst in Jahrzenten wieder hergestellt wird. Daneben bringt es die beklagenswerte Kurzsichtigkeit vieler großstädtischer Eltern mit sich, daß die Söhne von vornherein zum Geldverdienen benutzt werden, ohne daß irgendwelche Rücksicht darauf genommen wird, daß ihnen eine etwaige Vorbildung später vielleicht zu erfolgreicher Konkurrenz um höhere Entlohnung verhelfen könnte. Und damit geht wiederum ein Stück der Naturnotwendigkeit, welche nach Oppenheimer das Spiel und Gegenspiel der Konkurrenz haben müßte, verloren, indem manchen Gewerben der natürliche Zuwachs unterbunden wird. Und schließlich — darauf muß vor allen Dingen hingewiesen werden — ist es ein sehr großer Unterschied, welches Land und damit welche Unternehmungsverhältnisse bei der Beobachtung der Verschiebungen in den Lohnverhältnissen in Betracht gezogen werden. Um zunächst bei den zuziehenden Arbeitern zu bleiben: es liegt auf der Hand, daß deren Aussichten in einem Land mit hochqualifizierter Produktion, wie Deutschland, wesentlich geringer sind, wie beispielsweise in Amerika mit seiner überwiegenden Produktion von Rohmaterial und Halbfabrikaten. Die Betriebszählung von 1907 hat mit unverkennbarer Deutlichkeit dargetan, daß die ausländischen Arbeiter fast nur als minderwertige

Arbeitskräfte in den qualitativ wenigst entwickelten Unternehmungszweigen zur Verwendung gelangen[1]. Die Bedürfnisse unserer Industrie scheiden aber auch einen sehr großen Teil der in Deutschland landgeborenen Arbeiter als ernsthafte Lohnkonkurrenten aus. Und das wird in dem Maße mehr der Fall sein, als wir durch die Entwicklung zu immer größerer Verfeinerung unserer Fabrikation gezwungen werden.

Von einem allgemeinen Übergang zu qualifizierter Arbeit wollen nun freilich manche Nationalökonomen nichts wissen. Harms[2] nennt den bezüglichen Einwand »recht töricht: in solchem Umfange kann kein 70 Millionenvolk (das wir doch bald sein werden) zu qualifizierter Arbeit übergehen«. So extrem braucht man die Sache auch durchaus nicht aufzufassen. Es erscheint aber angebracht, einige von den Schlußfolgerungen hier einzuschalten, die Kammerer auf der Wiener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik in dieser Beziehung gezogen hat. Eine der wesentlichsten Schlußfolgerungen ist diese[3]: »Am letzten Ende führt die Entwicklung überall zur Ausschaltung des Handlangers.« In diesem Sinne hat auch der Satz von dem allgemeinen Übergang zu qualifizierter Arbeit seine Berechtigung, die dann noch durch den Schlußsatz Kammerers dahingehend unterstrichen und bekräftigt wird[4]: »In gleicher Weise wird man aus der Erkenntnis der jüngsten maschinentechnischen Entwicklung die Schlußfolgerung ziehen dürfen, daß die industrielle Zukunft nicht dem Staat mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staat mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.«

Indessen wirft Harms ein, daß auch bei qualifizierter Arbeit das internationale Konkurrenzmoment mehr und mehr wirksam würde. Hier scheint er die Voraussetzungen für die in größerem Umfange erfolgende Heranbildung der Völker zu qualifizierter Arbeit außerordentlich zu verkennen. Es sei dieserhalb verwiesen auf die äußerst interessanten Vergleiche, die Schuhmacher zwischen der »Arbeitsorientierung« in Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits zieht[5]. Mit den nach-

[1] Vergl. insbesondere die Ausführungen und Nachweise bei Neuhaus »Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes«.

[2] »Ferdinand Lassalle«. S. 87.

[3] Verhandlungen. S. 224/25.

[4] Verhandlungen. S. 425.

[5] Vergl. den Aufsatz »Wanderungen der Großindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten«. Abgedr. in »Weltwirtschaftliche Studien«. S. 401/29 passim.

stehenden kurzen Ausführungen wird zugleich — um auf den Ausgangspunkt wieder zurückzukommen — aus dem von Oppenheimer aufgerichteten Gebäude der »natürlichen Distanz« ein weiterer Stein herausgenommen. Nach Schuhmacher sind bei uns im Gegensatz zu den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten gerade die höchstentwickelten Industriekreise zum großen Teil »arbeitsorientiert«.

»Unsere hochqualifizierte Fertigindustrie baut sich nun auf zwei grundverschiedenen Klassen hochstehender Arbeiter auf, die, beide lokalgebunden, in ihrer Existenz an einem bestimmten Ort festgewurzelt sind. Die eine ist die alte wurzelständige Arbeitsbevölkerung, die vielfach in die Zeit gesunden Zunftwesens noch unmittelbar zurückreicht und ein hohes Spezialistentum der Arbeit von einer Generation auf die andere vererbt; sie ist ein Geschenk der sonst so vielfach uns heute hemmenden Vergangenheit und bildet beispielsweise in der Kleineisenindustrie des Bergischen Landes die solide Grundlage ihrer Weltstellung. Das ist die Arbeiterschaft, die für die Aufrechterhaltung guter alter Traditionen von der größten Bedeutung ist. Sie ist in einem neuen Kolonisationslande am schwersten zu ersetzen.

Die zweite lokalgebundene Klasse bilden die gebildeten und gewandten Arbeiter der modernen europäischen Großstadt. Sie zieht die strebsamsten und entwicklungsfähigsten Arbeitskräfte an sich. Sie stellt die Arbeiterschaft, die dank ihrer außerordentlichen Anpassungsfähigkeit für die Durchführung der immer neuen Aufgaben, die insbesondere in allen technischen Industrien, die noch in starker Aufwärtsentwicklung begriffen sind, immer wieder hervortreten, besonders geeignet ist. Es ist für die deutsche Elektrizitätsindustrie z. B. ausgeführt worden, daß sie auf ein hochqualifiziertes Arbeitermaterial angewiesen sei, das in »anderer als Großstadtluft nicht gedeihen« könnte. Was somit für die deutsche Industrie im ganzen gegenüber der amerikanischen Industrie gilt, gilt für die deutsche Großstadt noch im besonderen: auf der Elitearbeiterschaft muß eine Eliteindustrie sich aufbauen. Wie hier die moderne Großindustrie in Porzellan- und Seidenfabriken begonnen hat, so hat unsere höchst entwickelte Qualitätsindustrie zum Teil hier noch heute ihren Sitz[1].«

Gerade die einwandernde Arbeiterschaft verursacht das Defizit in dieser Beziehung, das für die Industrie der Vereinigten

---

[1]) Interessant sind in dieser Beziehung auch die Ausführungen Kammerers (a. a. O.) über »Siedlungstechnik«.

Staaten so verhängnisvoll werden kann und zum Teil schon geworden ist. Auf deutscher Seite werden andernteils die Ausführungen Schumachers dadurch bestätigt, daß mehr und mehr die eingewanderten Arbeitskräfte, soweit sie von der Industrie aufgesogen werden, zu ganz bestimmten Verrichtungen zur Verwendung gelangen, und damit, wie das namentlich bei den Italienern in die Erscheinung tritt, von der einheimischen Arbeiterschaft zum guten Teil isoliert werden.

Soweit aber die deutsche landgeborene Arbeiterschaft in die Industrie übergeht, ist zu beachten, daß sie sich schnell an die Lebenshaltung ihres neuen Wirkungskreises gewöhnt und damit aufhört, ein lohndrückender Faktor zu sein, wie es Oppenheimers Theorie zur stillschweigenden Voraussetzung hat. Auf diese Erscheinungen hat mit feiner Beobachtung Naumann aufmerksam gemacht[1]: Nach ihm nimmt mit der wachsenden Dichtigkeit der Menschen — der natürlichen Folge der Industrialisierung — der Verbrauch an Materie relativ zu. Dem Menschen der Industriestadt rennt alles durch die Finger. »Will man diese sehr vielgestaltige Sache auf einen allgemeinen Ausdruck bringen, so ist es der, daß die vermehrte menschliche Masse mehr Stoffe zerreibt. Je konzentrierter die Menschen wohnen, desto mehr Durst nach Materie haben sie und desto mehr Materialverschleuderung tritt ein. Wieviel Papier wird hergestellt, um weggeworfen zu werden! Wieviel Obst und Gemüse wird schlecht, ehe es genossen wird. Wieviel Schund wird produziert! . . . Die Hauptursache des unsinnigen Materialverbrauches ist irgendwie der ungestillte Durst der Natur, den der in den Städten zusammengedrängte Mensch nicht los wird. Es ist, als ob der Verlust von freier Luft, Sonne, Raum und Bewegung durch eine Menge anderer Genüsse ausgeglichen werden müßte.«

Die sich naturgemäß ergebende bessere Lebenshaltung hat aber zur Voraussetzung gestiegene Löhne. Es ist übrigens eine Binsenwahrheit, daß die landgeborene Arbeiterschaft, wenn sie in die Großstädte verschlagen wird, viel eher dem eigenartigen »Zauber« der Großstadt verfällt, d. h. viel schleuniger seine Ansprüche steigert, wie der stadtgeborene Arbeiter.

Oppenheimers »natürliche Distanz« hätte ferner zur Voraussetzung eine fast unbeschränkte Beweglichkeit der Arbeiter. Dieser aber wird bereits widersprochen durch die oben wiedergegebenen

---

[1] »Neudeutsche Wirtschaftspolitik«. S. 51/52.

Ausführungen Schuhmachers. Außerdem sei hier auf den Satz von Adam Smith[1]) verwiesen: »Trotz allem, was von der Leichtfertigkeit und Unbeständigkeit des Menschen gesagt wird, lehrt die Erfahrung doch, daß er schwerer zu transportieren ist, als irgendeine Ware.« Die geistreichen Schilderungen Sombarts von der Wurzellosigkeit des Proletariats sind längst als übertrieben abgewiesen worden.

Es müßte schließlich auch noch der in vielen Berufen anzutreffenden besonderen Voraussetzungen gedacht werden, welche die Arbeitgeber an ihr Personal in moralischer Beziehung zu stellen gezwungen sind. »Die Arbeitslöhne,« sagt Smith[2]), »sind verschieden je nach dem größeren oder geringeren Maße von Vertrauen, das den Arbeitern geschenkt werden muß.« Diese Vertrauensstellungen nehmen selbstverständlich in dem Maße zu, in welchem nicht nur die Arbeitsleistung den Arbeiter mit größeren Werten in Beziehung bringt, sondern in welchem auch die Arbeit selbst diffiziler, gewissermaßen von der Charakterverläßlichkeit des Arbeiters abhängiger wird.

Alle diese Momente mögen dartun, wie wenig die Oppenheimerschen Voraussetzungen einer ins einzelne gehenden Prüfung standhalten. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Einflußsphäre der Gewerkschaft bei weitem größer ist, als es Oppenheimer darstellt. Wenn der von ihm vorausgesetzte mechanische Ausgleich in der Wirklichkeit nicht existiert — und daß er nicht existiert, dürften die oben hervorgehobenen Momente hinreichend dartun —, dann fällt damit zugleich auch die Schranke, welche durch ihn der gewerkschaftlichen Wirksamkeit mit dem Ergebnis der Beschränkung derselben auf einzelne Berufe gezogen sein würde.

Das hier gezogene Fazit läßt also wenigstens die Möglichkeit der Nutzbarmachung der gewerkschaftlichen Kräfte für einen größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft eines Landes zu. Es wird nachzuweisen sein, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Tätigkeit geradezu auf diese größere Wirksamkeit von vornherein eingestellt haben. Die Betrachtung dieser Seite der Sache bietet zugleich Gelegenheit, darzutun, daß Oppenheimer auch sonst von durchaus unhaltbaren Voraussetzungen, so weit wenigstens die deutschen Gewerkschaften in Betracht kommen, ausgeht.

Oppenheimer hatte zugegeben, daß wenigstens für eine

---

[1]) op. cit. S. 71.

[2]) op. cit. S. 99.

einzelne Lohnklasse die Aufbesserung nicht bloß zeitliche, sondern ursächliche Folge der Gewerkschaftsarbeit sein könne, daß also im Einzelfalle das post hoc als ein propter hoc angesehen werden dürfe. Indessen folgte dieser Feststellung auf dem Fuße die Einschränkung, daß sich alsbald nach erfolgter Aufbesserung in der einen Lohnklasse das dadurch gestörte Gleichgewicht zwischen den einzelnen Lohnklassen von selbst wieder herstelle, indem die Arbeiter aus der niedriger stehenden Lohnklasse in das Arbeitsgebiet der aufgebesserten nachdrängen und das Angebot über das normale Verhältnis hinaus erhöhen, damit aber auch das Lohnniveau wieder in seine normale Lage hineindrücken würden. So betrachtet, würde allerdings die Gewerkschaft, vom wirtschaftlichen Standpunkte aus bewertet, im letzten Grunde doch nur Sisyphusarbeit zu leisten imstande sein. Nun haben aber die angeführten Nachweise wenigstens das eine klar ergeben, daß für eine absolute Beweglichkeit nach Art der von Oppenheimer angegebenen die tatsächlichen Voraussetzungen fehlen. Um das Ergebnis in einem Satze festzuhalten: Die vorhandenen Reserven verringern sich in dem Maße, in welchem die Arbeit höher qualifiziert ist. Je höher qualifiziert aber die Arbeit ist, um so individueller gestaltet sich ganz naturgemäß die Auslese unter den Arbeitern und zwar auch ohne Zutun der Gewerkschaft aus den natürlichen Verhältnissen heraus. Es kann allerdings zugegeben werden, daß der Druck der Gewerkschaft die Auslese noch etwas verschärft. Ist das aber, volkswirtschaftlich betrachtet, nicht eher eine begrüßenswerte als eine beklagenswerte Erscheinung? Im Hinblick auf die Untersuchungen und Forderungen Kammerers würde sich offenbar diese gewerkschaftliche Wirkung durchaus dem Zuge anpassen, dem die heutige Entwicklung Rechnung trägt und dessen bewußte Verstärkung geradezu eine Lebensfrage für eine Produktion wie die deutsche ist.

Monopolbestrebungen?

Die zuletzt erörterte Erscheinung wird denn auch von gewerkschaftlicher Seite besonders unterstrichen, um die volkswirtschaftlichen Vorteile der Gewerkschaftstätigkeit darzutun. Freilich wird nun demgegenüber eingewendet, daß man zwar nationalökonomisch den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit in dem beschriebenen Sinne anerkennen könne und es doch von ethischen Gesichtspunkten aus bedauern müsse, daß diese Erscheinung einer

Bereicherung der bessergestellten Arbeiter auf Kosten der schlechtergestellten gleichkomme. Diesen Gedanken hebt Weber[1]) hervor, indem er anfügt, daß die Erkenntnis dieser Wirkung der gewerkschaftlichen Tätigkeit die heutige Sympathie der öffentlichen Meinung gegenüber den Gewerkschaften vielleicht sogar in eine Antipathie könne umschlagen lassen. Allerdings fügt er gleich hinzu, daß auch dann, wenn die Lehre richtig wäre, daß eine Lohnerhöhung in einem Gewerbe nicht möglich sei, ohne daß der Lohn in einem anderen Gewerbe entsprechend sinke, deshalb den Arbeitern eines Gewerbes von nationalökonomischer Seite nicht zugemutet werden könne, auf die Benutzung günstiger Gelegenheiten zu Lohnerhöhungen zu verzichten.

Obwohl es nicht dem Zweck dieser Schrift entspricht, andere als volkswirtschaftliche Momente in den Bereich der Erörterungen zu ziehen, empfiehlt es sich doch, Webers Einwand etwas genauer zu betrachten und zwar deswegen, weil er, wie gesagt, sich auf Oppenheimer stützt und so Gelegenheit geboten ist, die Ansichten beider im Zusammenhang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Wie kommt nun Oppenheimer zu seiner Ansicht? Nur dadurch, daß er von der natürlichen Entwicklung, welche die Gewerkschaftsbewegung der letzten 15 Jahre deutlich aufzeigt, absieht und einen gewerkschaftlichen Zwang als Ausgangspunkt nimmt, der weder ein integrierender Bestandteil der modernen Gewerkschaftsauffassung noch ein allgemeines Requisit der heutigen praktischen Gewerkschaftsarbeit, nach ihrem Durchschnitt betrachtet, ist. Weber[2]) zitiert folgende Äußerung Oppenheimers im »Großbetrieb« (1902):

»Die Gewerkschaften der oberen Lohnklassen aber können die unteren höchstens niederhalten, indem sie durch irgend eine Bestimmung über Lehrzeit oder Mindestlohn den Zugang der untersten Schichten absperren. So ist also nichts weniger geeignet, das Emporsteigen dieser unteren Lohnklassen zu erklären, als die gewerkschaftliche Organisation. Man mag sie noch so hoch schätzen, wie der Verfasser dieser Zeilen sich bewußt ist, dies zu tun, aber daß ihr günstiger Einfluß auf Lohn- und Stundenarbeit der Arbeiter sich ausschließlich auf ihre eigene Lohnklasse und allenfalls in etwas auf die darüberstehenden, nie aber auf die darunterstehenden erstreckt, erscheint mir völlig gesichert. Die starke deutsche Schule, die in der gewerkschaftlichen Organisation die soziale

---

[1]) op. cit. S. 543.

[2]) op. cit. S. 540.

Panacee erblickt, ist auch wohl zu dieser Überzeugung nur aus dem einen Grunde gelangt, weil jede andere genugsam plausible Erklärung der Lohnbewegung bisher mangelte.«

Oppenheimer hat von dieser Auffassung, für die man vor 10 Jahren allenfalls eher hätte eine Erklärung finden können, auch heute noch nicht Abstand genommen. Wenigstens vertritt er denselben Standpunkt auch in der Studie, die diesen Ausführungen mehrfach zugrunde gelegt wurde. So schreibt er a. a. O.:

»Was ist nun die Wirkung einer solchen glücklichen Hebung eines Sonderlohnniveaus auf die Gesamtarbeiterschaft? Die Gewerkschaft wirkt so, wie nach einem prachtvollen Bilde von Henry George die Gesetze der sozialen Entwicklung überhaupt auf die Kulturvölker wirken: sie dringen wie ein Keil in die ursprünglich einheitliche Masse ein und heben empor, was darüber liegt, während sie herabdrücken, was darunter liegt.

Wenn eine Gewerkschaft ihr Sonderlohnniveau über ihre natürliche Distanz zu den unteren Klassen hebt, so drängt sie gleichzeitig die unteren Lohnniveaus herab. Ein Beispiel wird das klarer machen als alle theoretisierenden Auseinandersetzungen: vor dem großen Dockarbeiterstreik in London fand die ganze ungeheure Menge der Gelegenheitsarbeiter von London ab und zu Arbeit in den Docks. Nach dem Streik aber und nach Schaffung der Docker-Gewerkschaft hatte zwar ein Teil dieser Masse regelmäßige und relativ hochbezahlte Beschäftigung, der Rest aber fand überhaupt keine Arbeit und keinen Verdienst mehr. So wirkt alle Gewerkschaft: wenn sie nur solche Mitglieder zuläßt, die einen bestimmten Minimallohn zu verdienen imstande sind, so dringt der verhängnisvolle Keil an dieser Stelle in die Masse ein, und alles, was nur um ein weniges geringerwertig ist, wird in tiefere Schichten des Proletariats, unter Umständen bis in den fünften Stand der Boothschen Skala herabgedrückt.«

Indem hier Oppenheimer ein Beispiel aus der Praxis anführt, ist es leichter, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Vor allen Dingen einmal muß es auffallen, daß er auf ein so weit liegendes und geradezu anormales Beispiel zurückgreift. Die britischen Hafen- und Transportarbeiterkämpfe vom vergangenen Jahre haben, weil von denselben Leuten und auf derselben Grundlage wie 1889 (wo der von Oppenheimer angeführte Dockarbeiterstreik in London stattfand) inszeniert, dargetan, daß es nicht angängig ist, diese Vorkommnisse als typische Beispiele der Beurteilung gewerkschaftlicher Tätigkeit zugrunde zu legen. In Auffrischung einer Remi-

niszenz aus dem bekannten Buche von Sydney Buxton über den genannten Streik macht eine englische Zeitschrift[1]) auf den Zusammenhang zwischen den Streiks von 1889 und 1911 aufmerksam: »in . . . . . 1888 verteidigte ein anarchistischer Pariser Arbeiter namens Tortellier den Generalstreik auf einem Londoner Kongreß der vereinigten britischen und kontinentalen Gewerkvereine . . . . . Es ist bezeichnend im Hinblick auf neuerliche Vorkommnisse, daß in 1889, dem Jahre, das auf diesen gemeinsamen Kongreß folgte, der größte, bis zu den Ergebnissen des verflossenen Sommers, in diesem Lande bekannte Streikausbruch stattfand; daß der hauptsächlichste dieser Streiks, der historische Londoner Dockarbeiterstreik, in der Herausgabe eines Manifests mit der Aufforderung zum Generalstreik gipfelte und daß der Autor jenes Vorschlages, Mr. Tom Mann, jetzt die führende Persönlichkeit des Syndikalismus in England ist.« Und ein Organ der gemäßigt sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (J. L. P.)[2]) sagt von den Streiks des letzten Sommers — diese Charakteristik trifft auch auf den 1889er Dockarbeiterstreik zu —: »So paradox als es scheinen mag, es war gerade der Mangel an Organisation, der dieses Jahr die Forderungen unterstüzte. Männer, die eine Woche vorher sich weigerten, einer Gewerkschaft beizutreten, konnten beobachtet werden als Teilnehmer an einem Streik zum Zwecke der »Anerkennung ihrer Gewerkschaft.« Die Leute kamen scharenweise in Bewegung und handelten plötzlich in Massen. Sie warteten nicht die vernünftige Überlegung ab, sondern handelten impulsiv. Es war der Tag des Massenredners und dieser verfügte über die Macht. Das ganze Ding war unvorhergesehen, unorganisiert und vollzog sich ohne jede Kontrolle . . . . . Die Chancen eines derartigen Ausbruches werden eher vermindert als vermehrt durch die Organisation.«

Nimmt man nun noch dazu, daß Oppenheimer selbst von den am Streik Beteiligten als Gelegenheitsarbeitern spricht, während er sonst erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit nur gelten läßt auf der Basis vorgeschrittener Berufe, so dürfte zur Genüge dargetan sein, daß von dem durch ihn vorgeführten Beispiele nicht als von einem typischen geredet werden kann.

Nun aber die sonstigen Voraussetzungen Oppenheimers. In dem einen Falle wird vorausgesetzt, daß die Gewerkschaft nur

---

[1]) Fortnightly Review, Februarheft. Artikel »Strikes«.

[2]) The Socialist Review, Januarheft 1912. S. 466/67.

solche Mitglieder zuläßt, die einen bestimmten Minimallohn zu verdienen imstande sind; im anderen, daß sie durch irgendeine Bestimmung über Lehrzeit oder Mindestlohn den Zugang der untersten Schichten absperrt. Es darf wohl angenommen werden, daß Oppenheimer diese Voraussetzungen zugrunde legt, wenn er (s. oben) Pohle darin zustimmt, daß es sich bei den Gewerkschaftsbestrebungen um Monopolbestrebungen handele. Pohle[1]) scheint wenigstens die Monopolbestrebungen dahin aufzufassen, daß die Gewerkschaft sich bemühe, für die organisierte Arbeiterschaft monopolartige Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Wenigstens rühmt er an Zwiedineck-Südenhorst, daß er »das Kind beim richtigen Namen« genannt habe, indem er offen anerkenne, »daß die Koalitionsbewegung der Arbeiter auf Monopolstellungen, monopolartige Verwertung der Arbeitskräfte abziele, gleichviel ob sich die Koalition fallweise auf die Lohnhöhe oder Arbeitszeit oder andere prinzipielle Fragen konzentriere.« Etwas weiter spricht er dann von den Bestrebungen, »die vom Unternehmer die ausschließliche Beschäftigung organisierter Arbeiter fordern«.

Was ist nun von diesen Voraussetzungen zu halten? Oppenheimer denkt offenbar zunächst an englische Verhältnisse. Für eine Beurteilung des gewerkschaftlichen Verhaltens in der Art, wie er es tut, würden auch nur englische Gewerkschaften in Betracht kommen können. Damit ist auch schon gesagt, daß diese Voraussetzungen, wie es bei Pohle geschieht, nicht als allgemeine hingestellt und etwa auch auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können — ein Fehler, dem ebenso Oppenheimer und Weber nicht entgangen sind. Aber auch so weit die englischen Gewerkvereine in Betracht kommen, hat man heute kein Recht mehr, von solchen Voraussetzungen auszugehen, wie sie hier gekennzeichnet worden sind. Es hat allerdings eine Zeit gegeben, wo die englischen Gewerkvereine das Mittel der Zahlbeschränkung zu einer relativen Sperrung des Berufes mit dem Zweck der Steigerung der Löhne in umfassender Weise angewandt haben. Die Webbs[2]) sind aber boshaft genug, darauf hinzuweisen, daß sie dabei nur die landläufigen Lehren der Nationalökonomen anwandten. Zur Bekräftigung wird insbesondere der Satz von J. S. Mill herangezogen: »Jede erfolgreiche Koalition, deren Zweck die Hochhaltung der Löhne ist, verdankt ihren Erfolg den Vorkehrungen, durch die sie die Zahl der Mitbewerber beschränkt.«

---

[1]) »Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre«. S. 46ff.
[2]) op. cit. S. 234.

Indessen geht aus der Webbschen Schrift mit aller Deutlichkeit hervor, daß man auch in England zu einer wesentlich von der früheren verschiedenen Auffassung der Dinge gekommen ist. Die Beurteilung der Wirkungen des Mittels der Zahlbeschränkung wird in folgender Weise zusammengefaßt:

»Das Hilfsmittel der Zahlbeschränkung verhindert fortwährend die freie Auswahl der fähigsten Arbeiter wie Unternehmer; es nimmt beiden Klassen den Antrieb, der aus der Furcht, von anderen ersetzt zu werden, entsteht; es erhält veraltete Arbeitsprozesse am Leben und beschränkt die Produktion; es hindert hartnäckig die Neuorganisation der Industrie auf der bessen Basis — es drückt also überall das Niveau der produktiven Leistungsfähigkeit herab. Gegenüber der »vollkommenen Konkurrenzfreiheit« hat es dagegen den ökonomischen Vorzug, einzelne Familien, Grade der Klassen, vor der allgemeinen Erniedrigung zu bewahren und dadurch der Gemeinschaft in diesen privilegierten Gruppen einen Vorrat von industriellen Traditionen, einen hohen Grad spezieller technischer Fertigkeit und eine Höhe der körperlichen und geistigen Ausbildung zu erhalten, die bei nackten Subsistenzlöhnen nicht erreichbar wären. Wenn man daher zu wählen hätte zwischen vollkommener »Konkurrenzfreiheit« und einer gemäßigten, aber wirksamen Anwendung der Zahlbeschränkung — z. B. zwischen der ungeregelten Fabrikarbeit in Lancashire zu Beginn unseres Jahrhunderts auf der einen Seite, und der mittelalterlichen Handwerkergilde auf der anderen —, so würde der heutige Nationalökonom lange zögern, ehe er die vollkommene Aufgabe des alten Hilfsmittels anraten würde.«

Im Anschluß daran heißt es dann, dieser schwierigen Wahl sei man heute glücklicherweise enthoben, indem eine wirksame Anwendung des Hilfsmittels der Zahlbeschränkung heutzutage einfach nicht mehr ausführbar sei. Im Gegenteil wird darauf hingewiesen, daß, je offener (bis zu einem gewissen Grade) das Gewerbe sei, um so mehr und sicherer sich die »Auslese« infolge des einfachen Druckes der Gewerkschaft vollziehe; worauf bereits oben aufmerksam gemacht worden ist. Aus der Reihe von Beispielen welche die Webbs bringen, sei das folgende wiedergegeben[1]). Es werden insbesondere die Mulespinner angeführt, »von denen jeder von zwei Anknüpfern bedient wird — das Verhältnis der Lernenden ist zehnmal so groß, als für die Erhaltung des Ge-

---

[1]) op. cit. S. 255.

werbes notwendig ist —, als eine viel »auserlesenere« Klasse wie die qualifizierten handarbeitenden Schneider des Westendgewerbes, die überhaupt keine Jungen zur Seite haben und in großer Ausdehnung von Frauen bedient werden, die nicht imstande sind, sie zu ersetzen«. Allerdings heißt es nicht mit Unrecht in unmittelbarem Anschluß daran: »Wir wollen nicht die gesellschaftliche Nützlichkeit einer Einrichtung untersuchen, die jährlich Tausende von Jungen in einen Beruf lockt und dann neun Zehntel von ihnen früher oder später in ihrem Leben, nachdem sie die Reifezeit erreicht und sich in diesem für sie aussichtslosen Berufe ausgebildet haben, zwingt, denselben aufzugeben und sich nach einem anderen Verdienste umzusehn.«

Soweit für die englischen Verhältnisse. Was die deutschen Verhältnisse betrifft, so kann hier verwiesen werden auf einen Aufsatz von Ed. Bernstein »Gewerkschaftswesen und soziale Auslese« in Nr. 5 der Sozialistischen Monatshefte, Jahrgang 1905. Bernstein weist dortselbst u. a. auf jene englischen Gewerbe als abschreckendes Beispiel hin, die sich nicht oder nur wenig konkurrenzfähig erwiesen hätten, »wo die Arbeiter zwar gut organisiert waren, aber ihre Kunst hauptsächlich darauf verwendeten, durch Niederhaltung ihrer Zahl sich eine Art Monopol zu sichern. Diese Zunftpolitik führt da, wo sie Erfolg hat, beziehungsweise solange sie Erfolg hat, zu technischer Stagnation, wie sie jede rationelle Auslese unter den Arbeitern erschwert oder gar unmöglich macht. Sie ist aber mit dem entwickelten Verkehr unverträglich und muß daher, wo sie nicht auf rein örtliche Besonderheiten sich stützt, früher oder später zusammenbrechen. Im allgemeinen haben die zunftartigen Abschließungsmaßregeln bloß die Wirkung, außerhalb des Machtbereichs der Organisation Konkurrenzgeschäfte entstehen zu lassen, die den von ihr besetzten Unternehmungen den Markt entziehen«.

Dann fügt Bernstein die folgende Verhaltungsmaßregel an, die in den deutschen Gewerkschaften fast aller Berufe auch in der Tat berücksichtigt worden ist:

»Es ist dies beiläufig ein Punkt, den die Gewerkschaften bei Bestimmungen über die Lehrlingsfrage nicht übersehen sollten. So begreiflich es ist, daß sie der Lehrlingszüchterei entgegenzuwirken suchen und so wenig sich gegen die Festsetzung von Normen für die Lehrlingsproportion einwenden läßt, so sehr ist vor Übertreibung in dieser Hinsicht zu warnen. Im Einzelgewerbe führt sie bloß zur Entstehung von Lehrlingsbrutanstalten, die durch

Schmutzkonkurrenz den Fortschritt erschweren, für die Gesamtwirtschaft ist sie einfach unmöglich. Denn schließlich tritt nun einmal alljährlich eine bestimmte Anzahl heranwachsender junger Leute ins Wirtschaftsleben ein, die untergebracht sein wollen und Unterkunft suchen, wo sie sie finden. Man kann durch Heraufsetzung des Schulalters und gesetzliche Festsetzung des Mindestalters für gewerbliche Verwendung die Gesamtzahl in vernünftigen Grenzen halten; aber ihre Zahl im Einzelgewerbe auf einen Prozentsatz reduzieren, der die Ausdehnung der Industrie unterbindet und jede Auslese verhindert, ist eine Politik, die als widersinnig und in der Regel auch zweckwidrig unbedingt zu verwerfen ist.

Die Gewerkschaft, die auf modernem Boden steht, das heißt, die erkannt hat, daß es unmöglich ist, sich den technischen Umwälzungen und den auf Arbeitsersparnis gerichteten Reformen der Produktionsordnung hemmend in den Weg zu stellen, wird auf solche und ähnliche Mittel der Sicherung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder verzichten. Sie wird nie außer acht lassen, daß sie nur ein Glied im großen Organismus der gesamten Volkswirtschaft ist, deren Gedeihen an den Produktionsfortschritt, die Hebung der Produktivität und die Verbesserung des Geschmacks gebunden ist. Der Gewerkschaftsbewegung als Ganzem kommt nur das wirklich zu gute, gereicht nur das wirklich zum Vorteil, was überhaupt auf der Linie des gesellschaftlichen Fortschritts liegt. Wäre die Industrie durch irgendwelche Kunstmittel vor jenen großen Umwälzungen bewahrt worden, welche die alten Gewerberegeln durchbrochen haben, wo wäre da die Gewerkschaftsbewegung? Sie selbst ist ja ein Kind der modernen Entwicklung.«

Die in den Worten Bernsteins liegende Warnung ist, wie gesagt, de facto in der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchweg beachtet worden. Sieht man von einzelnen Ansätzen namentlich in den graphischen Gewerben ab, so kennen die in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge kaum Bestimmungen über eine wesentliche Beschränkung der Lehrlingszahl. Jedenfalls kann nirgends die Rede davon sein, daß der Zugang zum Berufe, soweit die Lehrlingsfrage in Betracht kommt, in ungebührlicher Weise unterbunden wäre.

Viel weniger aber noch kennt die deutsche Gewerkschaftsbewegung die zweite der oben den Gewerkschaften zum Vorwurf gemachten Maßnahmen: die Zugrundelegung eines bestimmten Minimallohnes, der verdient werden müsse, um in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden. Der ganze Aufbau der deutschen Ge-

werkschaftsbewegung ist eben ein von demjenigen der angelsächsischen Trade Unions wesentlich verschiedener, was sich nicht zuletzt aus der eigentümlichen Entwicklung der deutschen Gewerkschaften erklärt. In Deutschland hat es nie die beispielsweise in England früher beobachtete zünftlerische Abschließung zwischen einer gelernten Arbeiteraristokratie und den ungelernten Massen gegeben. (Darauf ist wesentlich die Tatsache zurückzuführen, daß in Deutschland die sonst anzutreffende verhältnismäßig große Spannung in der Entlöhnung der gelernten und ungelernten Arbeiter nicht bekannt ist.) Vielmehr geht bei uns seit langem das Streben dahin, die Arbeiter nach Industrien zu organisieren[1]) und so alle Kategorien der in der betreffenden Industrie beschäftigten gelernten und ungelernten Arbeiter in einem Verband zu vereinigen. Diese Erscheinung wird namentlich auch auf das Tarifwesen zu übertragen gesucht. In einer ganzen Reihe der wichtigsten Tarifverträge ist eine gewissermaßen vertikale Gliederung vorgesehen, indem nicht nur auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen für bestimmte Kategorien von gelernten Arbeitern eines Berufes Rücksicht genommen ist, sondern vielmehr das Streben dahingeht, auch die Hilfsarbeiter (wenn nötig sogar, wie im Baugewerbe, die ausländischen) in die tarifliche Regelung einzubeziehen. Bekannt ist auch das enge Verhältnis zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien in den graphischen Gewerben einschließlich der Hilfsarbeiter. In dieser Beziehung verdient eine Resolution Interesse, welche auf der Ende Februar 1912 stattgehabten Generalversammlung des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen in Anwesenheit von Vertretern von Gewerkschaften gelernter Berufe im graphischen Gewerbe angenommen worden ist. Darin heißt es unter anderm:

[1]) Die in Deutschland übliche Auffassung findet ihren Ausdruck in folgenden Sätzen der freien »Holzarbeiter-Zeitung« (Nr. 11 1912): »Der wichtigste Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung ist die Solidarität. Das heißt auf der einen Seite: gelernte und ungelernte Arbeiter des gleichen Berufes dürfen sich nicht voneinander absondern, und um jederzeit imstande zu sein, eine Aktion durchzuführen, werden sie am besten in eine gemeinsame Organisation zusammengefaßt. Auf der anderen Seite ist es ein Erfordernis der Solidarität, daß die Organisationen aufeinander Rücksicht nehmen, insbesondere in den Fällen, wo das Vorgehen der einen Organisation geeignet ist, andere in Mitleidenschaft zu ziehen. Unter allen Umständen zu verwerfen ist der vom »Zimmerer« gepredigte Grundsatz, daß jede Arbeitergruppe, ohne Rücksicht auf die anderen, nur für die eigenen unmittelbaren Interessen zu kämpfen kat, denn das führt zur gewerkschaftlichen Anarchie.« Daß diese Tendenz besteht und ihr durchweg auch entsprochen worden ist, nimmt natürlich die früher und im weitern Verlauf der Darstellung noch hervorgehobenen Schwierigkeiten, die aus dem Gedanken des Industrieverbandes fließen, nicht hinweg.

»Der außerordentliche Verbandstag ist nach eingehender Beratung über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluß der Bewegung im Steindruckgewerbe zu der Überzeugung gekommen, daß es für die Zukunft unmöglich ist, im Steindruckgewerbe einseitig solche Bewegungen vorzubereiten und durchzuführen. Der spätere Anschluß des Hilfspersonals an das Vorgehen der Gehilfen kann niemals für beide Teile die Erfolge auslösen, die im Interesse der im Gewerbe beschäftigten Gesamtarbeiterschaft errungen werden müssen.

Aus diesem Grunde erwartet der Verbandstag, daß auch der Deutsche Senefelderbund sich dieser Auffassung anschließt und in Zukunft bei geplanten Bewegungen rechtzeitig unsern Verbandsvorstand informiert und ihm das Recht der Mitentschließung und Mitleitung einräumt.«

Was schließlich den Einwand Pohles anbelangt (s. o.), daß es das Bestreben der Gewerkschaften sei, ihre Errungenschaften nur auf die Kreise der organisierten Arbeiter zu beschränken, so weist die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung allerdings bis in die letzten Jahre hinein Versuche, zum Teil geglückte, in dieser Beziehung auf. Einer breiteren Öffentlichkeit sind auch die Kämpfe mehr oder minder bekannt geworden, welche die christlichen Gewerkschaften gegen derartige, von seiten einzelner freier Gewerkschaften unternommenen Versuche geführt haben und zum Teil noch führen. Es handelt sich namentlich um Vorgänge im Buchdruckgewerbe und einigen der künstlerischen Nebenberufe desselben. Diese Kämpfe haben eine Klärung bereits insofern gebracht, als der deutsche Buchdruckertarif wenigstens im Prinzip als ein für die Allgemeinheit der Arbeiter abgeschlossener Vertrag offiziell erklärt worden ist. Es steht zu erwarten, daß in nicht zu ferner Zeit mit allen anderen Überbleibseln solcher Abschließungspolitik aufgeräumt sein wird. Was die sonstigen großen Reichstarife anbelangt, so hat in ihnen eine solche Abschließung von vornherein keinen Platz gefunden. Vielmehr kommt das durch die Organisationen der Arbeiter in den betreffenden Gewerben Erreichte dort, wo der Arbeitgeber organisiert ist, allen Arbeitern, also sowohl den organisierten wie den nichtorganisierten, zugute. Dieses Prinzip wird nach dem Vorhergesagten in Zukunft voraussichtlich allgemein Eingang finden.

Im großen und ganzen aber kann schon heute gegenüber der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Monopolbestrebungen im Sinne Oppenheimers und Webers nicht die Rede sein.

Damit ist zugleich auch schon angedeutet, daß die Errungenschaften der deutschen Gewerkschaften sich nicht in ihrer Wirkung auf die Mitgliedschaft der einzelnen Gewerkschaften beschränken. Die deutsche Gewerkschaft geht vielmehr bewußt davon aus, daß es nicht auf den Aufstieg einer einzelnen Lohnklasse ankommt, sondern daß ein dauernder Aufstieg der gesamten Arbeiterschaft erstrebt werden müsse als Voraussetzung für den Aufstieg jeder einzelnen Gruppe. Es hat denn auch nachgewiesen werden können, daß die Errungenschaften der deutschen Gewerkschaften in weitestem Maße sowohl der gelernten wie der ungelernten Arbeiterschaft zugute gekommen sind. Es sei in dieser Beziehung verwiesen auf die von der Generalkommission der freien Gewerkschaften in dem Broschürchen »Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?« veröffentlichten Statistiken der verschiedensten Verbände. Bestehen bleibt freilich immer die fast unbegrenzte Reservearmee für unspezialisierte Handarbeit, die allerdings, das muß wohl beachtet werden, bei uns durchaus nicht etwa den Umfang derjenigen annimmt, die in England zu beobachten ist. Die Bedürfnisse der deutschen Industrie saugen vielmehr diesen Reservebestand wenigstens saisonweise gierig auf. Dazu kommen dann ferner die gewöhnlichen Arbeiterinnen, die auch nur zu einem geringen Teil von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt werden. Das alles sind zweifellos Faktoren, die das vorgenannte Bestreben der deutschen Gewerkschaften in hohem Maße durchkreuzen. Aber in etwas kommt doch auch ihnen die Wirksamkeit der Gewerkschaften zugute. Die gewerkschaftliche Propaganda reicht heute bis ins entlegenste Dörfchen, und wenn sie auch in sehr vielen Fällen positiv nichts erreicht, so rüttelt sie doch die Massen auf und zieht insbesondere die öffentliche Aufmerksamkeit auf anormale Löhne und Arbeitszeiten in einer Weise hin, daß auch diese Kategorien einen, wenn vielleicht auch geringen Anteil an dem Segen der gestiegenen Produktivität haben. Die indirekte Wirksamkeit der Gewerkschaften kommt in nichts mehr zum Ausdruck, als in den für die Heimarbeiter erzielten Verbesserungen. Die für diese »Ärmsten der Armen« in der Öffentlichkeit unternommenen Schritte wären ohne durchgreifende Mitwirkung der Gewerkschaften einfach undenkbar gewesen. Man denke nur an die Heimarbeitausstellungen und die umfassende öffentliche Aufklärung über die Zustände in der Heimarbeit. So kann mit Recht geschlossen werden, daß die Gewerkschaftsarbeit der gesamten Arbeiterschaft in mehr oder minder hohem Grade zugute kommt, sei es nun direkt oder indirekt.

Als Fazit ergibt sich also, daß die Gewerkschaft geeignet ist, das »strittige Grenzland« zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn unmittelbar in den einzelnen Gewerben zugunsten der Arbeiter zu verringern und mittelbar es für die gesamte Arbeiterschaft einzuengen.

Ist die Lohnerhöhung eine bloß nominelle?

Allerdings taucht nun die andere Frage auf, ob es sich letzten Endes nicht doch bloß um eine Erhöhung des Nominallohnes handele, während die Kaufkraft des Lohnes im großen und ganzen gleich bleibt, indem die Arbeiter zuguterletzt die Kosten der Lohnerhöhung in den gestiegenen Preisen selbst zu tragen haben.

Diese Ansicht vertritt mit besonderer Entschiedenheit Weber[1]. Er wendet sich vor allen Dingen gegen die Lehre Brentanos, daß die Kosten einer künstlichen, d. h. durch die Einwirkung der Gewerkschaft bewirkten Lohnerhöhung den Arbeitern keines Gewerbes zur Last fiele, vielmehr von den übrigen Gesellschaftsklassen außer den Arbeitern getragen würde. Diese Auffassung ist in der Tat zu extrem und läßt sich in dieser Ausdehnung nicht aufrecht erhalten. Schon Adam Smith[2]) macht darauf aufmerksam, daß das Steigen der Arbeitslöhne notwendig auch den Preis vieler Waren erhöhe, indem es denjenigen Teil desselben steigert, der sich in Lohn auflöst. Daß davon auch Waren getroffen werden, die der Arbeiter kauft, dürfte kaum in Abrede gestellt werden können. Nun dreht aber Weber den Spieß um und will die Arbeiterklassen als in erster Linie von den Preiserhöhungen betroffen hinstellen. Er schreibt (S. 547), es sei nötig, daran zu erinnern, »daß die weit überwiegende Mehrzahl der Streiks Gewerbe trifft, die unentbehrliche Lebensbedürfnisse (Wohnung, Kleidung, Nahrung) befriedigen. Nun ist es ja richtig, daß auch die Nichtarbeiter Wohnungen, Kleider, zubereitete Nahrungsmittel haben müssen, aber das Gesamtbedürfnis der reicheren Leute an volkswirtschaftlichen Gütern, die durch die Streikerfolge verteuert worden sind und fortdauernd verteuert werden, beträgt infolge ihrer geringen Gesamtzahl nur einen sehr kleinen Bruchteil der Gesamtbedürfnisse der sozialabhängigen Arbeiterschichten (Land-, Industrie-Arbeiter, kleinere, mittlere Beamten usw.), so daß also die Folgen

[1]) op. cit. S. 539.
[2]) op. cit. S. 83.

der durch Streik erzwungenen Lohnerhöhungen die breite Masse der Bevölkerung ungleich schwerer treffen würden als die Reichen.«

Webers Ansicht sei zunächst diejenige gegenübergestellt, die bereits Adam Smith[1]) zu seiner Zeit vertrat:

»Die großen Fortschritte in der Verfertigung der gröberen Leinen- und Wollenwaren machen es möglich, daß der Arbeiter mit wohlfeilerer und billigerer Kleidung versorgt wird, und die Verarbeitung der unedlen Metalle liefert ihm teils wohlfeileres und besseres Handwerksgerät, teils manche angenehme und nützliche Hausstandsgegenstände. Seife, Salz, Lichter, Leder und gegorene Getränke sind allerdings teurer geworden, besonders durch die darauf gelegten Abgaben, indessen ist das, was der Arbeiter von diesen Gegenständen notwendig zu verbrauchen hat, der Menge nach so wenig, daß die Erhöhung in deren Preisen der Verminderung desselben bei so vielen anderen Dingen nicht gleich kommt. Die so oft vernommene Klage, daß der Luxus selbst die niedrigsten Volksklassen ergreift, und daß die ärmeren Arbeiter nicht mehr mit der Nahrung, Kleidung und Wohnung sich begnügen, mit denen sie ehemals zufrieden waren, kann uns als Beweis dienen, daß es nicht nur der Geldpreis der Arbeit, sondern ihre wirkliche Belohnung ist, die zugenommen hat.«

Im übrigen habe ich in der mehrfach erwähnten Kritik der Weberschen Schrift den Verfasser an eine Stelle aus Lexis' Allgemeiner Volkswirtschaftslehre erinnert, die er in seiner Schrift (S. 128) in zustimmendem Sinne zitiert, des Inhalts, »daß im ganzen die für die besitzenden Klassen bestimmten Konsumtionsgüter von den preiserhöhenden Faktoren mehr betroffen werden, als die Lohngüter der Arbeiter, teils weil diese Klassen dem nach ihren Ansprüchen eingerichteten Detailhandel höhere Preise bezahlen müssen, teils weil alle allein den Wohlhabenden zugänglichen Luxusstoffe nur mit steigenden Kosten beschafft werden können«.

Im Anschluß daran habe ich alsdann noch folgende Ausführungen gemacht: Letztere Bemerkung läßt zugleich schon erkennen, daß es Fälle gibt, wo eine Lohnerhöhung die Arbeiter überhaupt nicht trifft, sondern allein von den Wohlhabenden getragen wird. Und dann: wie verschieden wirkt beispielsweise die Mode ein! Der unbestreitbaren Tatsache, daß die Arbeiter auf vielen Gebieten die Hauptkonsumenten der Masse nach sind, steht die andere gegenüber, daß der Arbeiterkonsum durchweg solche

---

[1]) op. cit. S. 75.

Waren betrifft, die nur einen geringen Grad von Veredelungsarbeit erfordern, nur wenig über das Stadium des »Rohstoffes« sich erheben. Je wohlhabender aber die Volkskreise, um so größer ist das von ihnen beanspruchte Maß von Veredelungsarbeit. Auf diese aber entfällt vor allem die Preiserhöhung[1]).

Man stelle sich den Arbeiter vor, der jahraus jahrein Werktags seinen fertig gekauften billigen Arbeitsanzug trägt und für den Sonntag vielleicht sich einen Anzug nach Maß anfertigen läßt — wenn er nicht vorzieht, auch den fertig zu kaufen —, um ihn dann jahrelang zu tragen; und auf der anderen Seite den Wohlhabenden, der saisonweise Anzug, Überzieher, Hut, Schuhe usw. wechselt, für jede Kleinigkeit den Schneider usw. aufs neue in Anspruch nimmt — wievielmal kann er nicht schon die Preiserhöhung für das laufende Jahr für den Arbeiter mitbezahlt haben, ehe diesen überhaupt erst der erste Wellenschlag der Erhöhung erreicht! Und in bezug auf die Verteuerung der Baukosten werden sich die Unternehmer zweifelsohne größtenteils schadlos halten an den kostspieligeren Bauten, die nicht durch und für die Arbeiter errichtet werden. Zudem spricht die Tatsache, daß die Arbeiter in steigendem Maße Wert auf bessere und geschmackvollere Befriedigung ihres Wohnungsbedürfnisses legen, eher gegen, als für die Behauptung, daß sie unter der Verteuerung der Wohnung im Verhältnis zu ihrer Einkommenssteigerung besonders schwer zu leiden hätten.

Weber hat daraufhin in einer Antikritik unter anderem folgendes erwidert:

Ich weiß nicht, ob ich da das Gegenargument richtig verstehe. Wahrscheinlich bringe ich aber das, was der Verfasser sagen will, richtig zum Ausdruck an folgendem Beispiel: Nehmen wir an, in einem Lande gäbe es eine Million Arbeiter und 30000 »Besitzende«. Die Textilarbeiter etwa erreichen nun eine solche Lohnerhöhung, die die Unternehmer veranlaßt, die Preise der Ware um 10 % in die Höhe zu setzen. Nehmen wir nun ferner an, jeder Arbeiter habe bis dahin für die durch die Preiserhöhung betroffenen Waren 100 Mk. ausgegeben, jeder Besitzende durchschnittlich 1000 Mk. Nun meint der Kritiker, entscheidend sei, daß jeder Arbeiter nur 10 Mk., der Besitzende dagegen 100 Mk. infolge des glücklich ausgegangenen Streiks und der dadurch bedingten Preiserhöhung der Waren mehr aufwenden

[1]) »Mit dem höhern Wert des Fabrikats steigt der Anteil der Arbeitslöhne an den Produktionskosten.« Grunzel »Der Sieg des Industrialismus.« S. 109.

müsse. Ich betone demgegenüber, daß die Gesamtheit der Arbeiter nunmehr 10 Millionen mehr aufbringen muß, die Gesamtheit der Besitzenden dagegen nur 3 Millionen Mk. Ein großer Teil der durch den Streik erzwungenen Erhöhung des Arbeitslohnes wird jedenfalls schließlich von den Arbeitern als Konsumenten aufgebracht werden müssen. Das gibt auch der Kritiker zu. Ein weiterer Teil geht den Arbeitern indirekt verloren durch die eigentlichen Kosten des Streiks, und so ziemlich der ganze Rest muß schließlich von den Arbeitern als Produzenten aufgebracht werden, denn deshalb, weil der Reiche nunmehr statt 1000 Mk. 1100 Mk. ausgeben muß, wird er sich nicht schlechter kleiden als das bisher der Fall war, er wird vielmehr lediglich 100 Mk. weniger zurücklegen mit der Wirkung, daß nunmehr insgesamt 3 Millionen Mk. weniger zur Ausdehnung der Produktion zur Verfügung stehen. Entsprechend muß auch demgemäß die Nachfrage nach Arbeitskraft sinken, und unter im übrigen gleich bleibenden Umständen wird sich das irgendwo als Lohndruck schließlich geltend machen. Das ist der Regelfall, eine Regel, von der es Ausnahmen gibt, die ich ausdrücklich in meinem Buche feststellte.

Danach habe ich in einer Duplik, obwohl ich mir der Schwierigkeit durchaus bewußt war, versucht, wenigstens einiges Material auf induktivem Wege zu liefern. Hier ist der betreffende Passus:

Die von Weber versuchte zahlenmäßige Illustrierung der Einwirkung einer Preiserhöhung auf Arbeiter und »Besitzende« berücksichtigt zu wenig den von uns gemachten Einwand, die Preiserhöhung treffe durchweg die Waren etwa in dem Maße stärker, in welchem dieselben der Veredelungsarbeit bedürfen. Dazu kommt, wenn man das von Weber gebrauchte Beispiel der Ausgabe für Kleidung nimmt, daß der Minderbemittelte sich vielleicht noch eher einschränkt, als notfalls eine wirklich fühlbar werdende Preiserhöhung auf sich zu nehmen, während eine solche Einschränkung beim Wohlhabenden, wie Weber schreibt, nicht eintritt. Das zahlenmäßig nachzuweisen, ist, darin geben wir Weber recht, fast nicht möglich. Immerhin zeigt die 1909 vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene »Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien«, daß beispielsweise das Steigen der Kopfzahl solcher Familien in der Ausgabe für Kleidung fast gar nicht zum Ausdruck kommt. Dieselbe Statistik, auf die wir sonst gewiß nicht schwören, die aber mangels besseren Materials als Notbehelf dienen kann, beweist auch, daß

Webers Beispiel, trotzdem darin mit einem zehnfach stärkeren Verbrauch des Wohlhabenden im Vergleich zum Minderbemittelten gerechnet wird, der Wirklichkeit nicht entspricht. Es ergibt sich dort nämlich folgende Gegenüberstellung:

Gesamtausgabe der Familien	Ausgabe für Kleidung, Wäsche, Reinigung	Anteil an der Gesamtausgabe
unter 1200 Mk.	98,76 Mk.	9,2 %
1200—1600 „	136,29 „	9,5 „
1600—2000 „	207,42 „	11,5 „
2000—2500 „	278,95 „	12,6 „
2500—3000 „	387,54 „	14,3 „
3000—4000 „	475,87 „	14,0 „
4000—5000 „	637,71 „	14,7 „
über 5000 „	875,34 „	14,9 „

Während also die Ausgabesumme von der untersten bis zur obersten Stufe sich verviereinhalbfacht, verneunfacht sich der Betrag für die Kleiderausgabe. Nach Berufen der an der Erhebung Beteiligten betrachtet, ergab sich folgende äußerste Spannung: gelernte Arbeiter der Bekleidungsindustrie gaben 7,8 %, Schlosser 9,5 %, Kutscher und Fuhrleute 9,7 %, dagegen etatsmäßige mittlere Beamte 14,3 %, Lehrer 14,8 % und Ingenieure und Bauführer gar 16,4 % der Ausgaben für Kleidung aus. Nun denke man diese Verhältnisse in angemessener Weise fortschreitend bis zu den eigentlich »Besitzenden«. Dann wird man mit uns zu der Überzeugung kommen, daß der Produzent die Lohnsteigerung längst glatt von den Wohlhabenden und Besitzenden hereingeholt haben kann, ehe er sich der unangenehmen Aufgabe unterzieht, mit dem kleinen Mann um eine Preiserhöhung zu handeln. Deshalb gaben wir wohl zu, daß ein Teil der Preiserhöhung auf die Arbeiter entfallen kann, bestreiten aber, daß dies ein großer Teil sei. Es gibt zweifellos noch Unternehmungen, um nicht zu sagen Industrien, wo der Unternehmerprofit so hoch ist, daß Lohnsteigerungen bis zu einer gewissen Höhe ganz von ihm bestritten werden können, unbeschadet einer normalen Rentabilität des Unternehmens auch dann, wenn eine Abwälzung der Steigerung auf die Konsumenten nicht möglich ist. Aber auch sonst werden die Arbeiter, wir wiederholen das, in vielen Fällen überhaupt nicht getroffen, vor allem diejenigen nicht, die einen so geringen Ausgabeetat haben, daß die tatsächlich eintretende Erhöhung der Preise gewissermaßen darüber hinweggeht.

In dieser Duplik ist nicht eingegangen auf das von Weber vorgebrachte Moment, wonach ein Teil der Lohnerhöhungen den Arbeitern indirekt durch die eigentlichen Kosten des Streiks verloren gehen. Und zwar deswegen nicht, weil die Streikkosten unter keinen Umständen als verloren gehende Gelder angesehen werden können. Will man dies unbedingt hervorheben, so muß zugleich gesagt werden, daß mindestens der gleiche Betrag den Arbeitern durch diejenige gewerkschaftliche Tätigkeit fortgesetzt zugute kommt, die sich mit der Abwehr von drohenden Verschlechterungen zuzeiten von Krisen und schlechter Konjunktur befaßt. Es könnte weiter hingewiesen werden auf alle die sonstigen Errungenschaften, welche die Arbeiter den Gewerkschaften inbezug auf die Ausnutzung ihrer gegen früher gebesserten Lage verdanken. Weil aber diese Errungenschaften mehr geistiger oder kultureller Art und daher nicht abschätzbar sind, ist davon abgesehen.

Schädigung der Arbeiter als Produzenten?

Weber hat aber noch zwei andere Momente hervorgehoben. Zunächst das auch in der Antikritik kurz berührte, wonach die Arbeiter sich durch eine erzwungene Lohnerhöhung als Produzenten dadurch schädigen, daß der Unternehmer einen entsprechenden Betrag weniger zur Ausdehnung der Produktion verwende, was dann wiederum auf die Nachfrage nach Arbeitskräften hemmend einwirke und unter im übrigen gleich bleibenden Umständen sich irgendwo als Lohndruck bemerkbar mache. In zweiter Linie zeichnet er dann die Gefahr, daß die ständige Beunruhigung des Gewerbes die Unternehmungslust überhaupt herabmindere, eine Gefahr, die um so größer sei, als bei uns die durchschnittliche Verzinsung des Unternehmungskapitals bereits so weit gesunken wäre, daß sie eine weitere Herabminderung kaum noch zulasse. Weil beide Momente vielfach und in der Hauptsache von denselben Voraussetzungen ausgehen, kann auf beide zugleich geantwortet werden, worauf sich dann anschließend Veranlassung bieten wird, einiges zu sagen über die Mittel und Grenzen der Gewerkschaftsbewegung.

Zunächst noch das: In der Besprechung des Weberschen Buches hatte ich unter anderem darauf hingewiesen, daß sich die Gewinnmöglichkeit für den Unternehmer durch die schnelle Vermehrung des Leihkapitals mannigfaltiger gestalte und es so

dem Unternehmer auch bei kleinem Gewinn in der eigenen Unternehmung möglich sei, dennoch insgesamt aus seinem Kapital mindestens so viel herauszuschlagen, als es früher vor Reduzierung der Unternehmergewinnrate möglich gewesen sei. Dabei hatte ich mich, wie das übrigens auch Bernstein in der Besprechung der Schrift Webers tut[1]), unter anderem auf einen Aufsatz von R. E. May berufen, in dem es zur Kennzeichnung der herrschenden Tendenz der schnelleren Zunahme des Leihkapitals im Vergleich zum Unternehmerkapital heißt: »wir wachsen also in den Rentnerstaat hinein.« Darauf nun erwiderte Weber in seiner Antikritik, daß die Verwirklichung dieser Hoffnung den Ruin unserer sozialen Kultur bedeuten würde. »Ein Staat wie Frankreich mit seinem gewaltigen Kapitalreichtum und vor allem mit seiner minimalen Bevölkerungszunahme kann sich den Luxus leisten, Rentnerstaat zu sein; Deutschland muß für unabsehbare Zeit Unternehmerstaat bleiben, wenn sich nicht unser sozialer Fortschritt in einen rapiden sozialen Rückschritt verwandeln soll.«

Zu einer derartigen Einwendung kann man m. E. nur kommen, wenn dem Ausdruck »Leihkapital« eine Auslegung gegeben wird, die einseitig ist. Danach müßte man annehmen, als ob Leihkapital und Unternehmungskapital unter allen Umständen Gegensätze sind. Wie verhält es sich nun in der Tat? Ich verweise auf Adam Smith (4. Buch, IX. Kap.), wo es heißt:

»Eine Vermehrung in der Menge nützlicher Arbeit innerhalb eines Gemeinwesens ist lediglich durch die Zunahme des darin angelegten Kapitals bedingt; und die Zunahme dieses Kapitales muß wiederum völlig gleich sein den Ersparnissen aus dem Einkommen, sei es derjenigen, welche die Verwendung des Kapitals leiten und verwalten, oder anderer, die es ihnen leihen.«

Hier wird somit auch die Verwendung des Kapitals als Leihkapital zu der Vermehrung in der Menge nützlicher Arbeit in Beziehung gebracht. In der Tat bedarf es ja auch unter den heutigen Verhältnissen kaum noch eines Hinweises auf die von Tag zu Tag steigende Verwendung des Leihkapitals gewissermaßen als indirekten Unternehmungskapitals. Man braucht sich nur etwa den preußischen Staat als Unternehmer vor Augen zu führen, oder auch jede größere in eigener Regie arbeitende Gemeinde, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß das in den betreffenden Unternehmungen investierte Leihkapital letzten Endes kaum etwas anderes ist wie Unternehmungs-

---

[1]) Sozialistische Monatshefte. Nr. 3. 1911.

kapital. Insofern kommt also der Bezeichnung »Rentnerstaat« durchaus nicht die alarmierende Bedeutung zu, die Weber ihr zuweist. Wenn aber Weber auf das Sinken der durchschnittlichen Verzinsung des Unternehmungskapitals als einen Grund für die Herabminderung der Unternehmungslust hinwies, so war es nur selbstverständlich, daß demgegenüber das Moment der größeren Vielgestaltigkeit der Gewinnmöglichkeit hervorgehoben wurde.

Im übrigen ist es sonderbar, daß Weber von seinen Lesern den unbedingten Glauben verlangt, als ob der Unternehmer für den entgangenen Gewinn eine entsprechende Summe weniger zur Ausdehnung der Produktion verwende. Daß der Unternehmer in entsprechender Weise an seinen privaten Ausgaben spare, will Weber nicht zugeben. Dagegen verlangt er auf der anderen Seite die Annahme, daß jedes Mehr an Gewinn der Produktion in der Vergrößerung des Unternehmungskapitals zugute kommen soll. Weber weist also — alles das ist natürlich immer nur für den Regelfall gemeint — die Möglichkeit ab, daß der Unternehmer seinen Ausgabeetat bei schlechtem Wirtschaftsergebnis kürze; bei gutem Wirtschaftsabschluß dagegen wird er nicht seinen Ausgabeetat erhöhen, sondern nur auf die Vergrößerung der Produktion bedacht sein. Diese Auffassung enthält offenbar einen, ich möchte sagen, psychologischen Widerspruch, da sie zugleich einen übermäßigen Altruismus und ein befremdendes Maß von Selbstliebe bei demselben Unternehmer voraussetzt. Ein Mann von der Welterfahrenheit wie Adam Smith ist in dieser Beziehung denn auch vollständig anderer Ansicht wie Weber. Im VII. Kapitel des 4. Buches schreibt er unter anderem:

»Abgesehen von allen schlechten Wirkungen für ein Land, die eine hohe Profitrate im allgemeinen nach sich zieht, gibt es noch eine Wirkung, die vielleicht verhängnisvoller ist als alle anderen zusammen, die aber, soweit wir der Erfahrung trauen dürfen, stets mit derselben verbunden ist. Eine hohe Profitrate scheint überall die Sparsamkeit zu zerstören, die unter anderen Umständen eine natürliche Charaktereigenschaft der Kaufleute ist. Wenn die Profite groß sind, so scheint diese nüchterne Tugend überflüssig und kostspieliger Luxus dem Überflusse seiner Stellung besser angemessen zu sein. Diejenigen also, die von Natur am meisten zur Akkumulation geneigt sind, werden auf diese Weise an derselben gehindert; und die für den Unterhalt produktiver Arbeit bestimmten Fonds erhalten aus dem Einkommen derjenigen keinen Zufluß mehr, die naturgemäß sie am meisten vermehren

sollten ... Wie gewonnen, so zerronnen, sagt das Sprichwort; und die gewöhnliche Art und Weise der Ausgabe scheint überall nicht so sehr durch die wirkliche Ausgabefähigkeit, als durch die Leichtigkeit bedingt zu sein, mit der man sich Geld zu Ausgaben verschaffen zu können glaubt.« Smith zieht daher den Schluß, daß auch nach einer Reduktion des Kapitalprofites das Kapital nicht nur weiter wächst, sondern sogar viel schneller als zuvor.

An der Hand von Adam Smith ist es aber auch möglich, Weber noch einige andere Einwände entgegenzuhalten, die sich wesentlich anders anhören wie das, was er vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus gegen die Wirkung hoher Arbeitslöhne zu sagen hat. Zunächst heißt es zum Schluß des IX. Kap. des 1. Buches:

»Unsere Kaufleute und Fabrikbesitzer klagen allerdings oft über die nachteiligen Folgen hoher Löhne, indem der hohe Warenpreis den Absatz im In- und Auslande schmälere; sie sagen aber nichts von den nachteiligen Folgen hoher Kapitalgewinne. Sie schweigen von dem Schädlichen des eigenen Gewinnes und beschweren sich über den anderer.« Unmittelbar vorher aber heißt es noch: »In der Tat führen große Kapitalgewinne mehr zu hohen Warenpreisen als hohe Arbeitslöhne.« Daß dieses auch in der jetzigen Zeit noch durchaus wahr ist und sich gleichmäßig immer wiederholt, konnte man in diesem Jahre an dem Vorgehen des Kohlensyndikats und den Folgen daraus für die Allgemeinheit erleben.

Zu Anfang des IX. Kap. warnt sodann Adam Smith davor, mit Angaben über den Durchschnittsgewinn der Unternehmer zu operieren. »Der Gewinn verändert sich nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern selbst von Tag zu Tag und beinahe von Stunde zu Stunde. Den durchschnittlichen Gewinn aller der verschiedenen in einem großen Reiche betriebenen Geschäfte zu ermitteln, muß noch weit schwerer sein.« Tatsächlich ist es am allerwenigsten gegenüber der gewerkschaftlichen Betätigung angebracht, von durchschnittlicher Verzinsung zu reden, ganz abgesehen davon, daß in manchen Industrien der wirkliche Gewinn niemals voll in die Erscheinung tritt. Auf eine ganze Reihe von Manipulationen zu diesem Zwecke, die beispielsweise in der chemischen Industrie mehr und mehr üblich werden, hat der freie Gewerkschaftsbeamte Schneider im Jahrgang 1911 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unter Verwendung guten Materials aufmerksam gemacht. Für die Gewerk-

schaftsbewegung und ihre Taktik kommt es nicht an auf den Durchschnittsverdienst, den die gesamten Unternehmungen im Jahre abwerfen, sondern jede einzelne Gewerkschaft kann naturgemäß nur mit den Verhältnissen derjenigen Industrie rechnen, deren Arbeiter sie organisiert hat. Werden in einer Industrie ungewöhnlich hohe Dividenden gezahlt, so wird niemand es der Gewerkschaft verübeln wollen, daß sie nicht erst abwartet, wie hoch sich die Durchschnittsdividende aller Aktiengesellschaften des Landes stellen wird, sondern sie wird ihren Teil an dem ungewöhnlich hohen Gewinn fordern und die Behandlung der Sache in den anderen Industrien den einschlägigen Gewerkschaften überlassen. Es dürfte kein Nationalökonom die Forderung aufstellen, daß sich das Verhältnis umgekehrt gestalten müsse.

Der Fehler, der Webers Schlußfolgerungen zugrunde liegt, läßt sich dahin präzisieren, daß er den Einfluß des Faktors Lohn auf die Preisgestaltung stark überschätzt. Das tritt mit besonderer Schroffheit in der Art hervor, wie er sich mit Brentanos Ausführungen über den Einfluß einer Lohnerhöhung im Weltverkehr auseinandersetzt. So sagt er auf Seite 546, daß zum Ausgleich für eine Preiserhöhung in Getreide das Inland gezwungen wäre, billigere Industrieprodukte an das Ausland zu liefern. »Diese kann man nur dadurch liefern, daß man den Lohn der Industriearbeiter drückt.« Auf der vorhergehenden Seite wird Brentano sodann vorgehalten, daß er ein wesentliches Moment in seiner Argumentation übersehen habe. »Das Ausland wird nur dann mehr Ware an das Inland liefern und mehr Ware von dem Inland nehmen, wenn es dadurch bessere Geschäfte macht als bisher.« Nach dem Vorhergegangenen zu urteilen, wären solche besseren Geschäfte nur beim Vorhandensein billigerer Preise zu machen. Das trifft aber durchaus nicht zu. Das »made in Germany« ist der beste Beweis dafür, daß auch im internationalen Verkehr der Preis nicht unter allen Umständen maßgebend ist. Wäre das der Fall, dann würden die älteren Industriestaaten in der niedriger qualifizierten Industrie in absehbarer Zeit unter keinen Umständen mehr konkurrenzfähig sein, weil immer mehr Länder mit anspruchsloser Arbeiterbevölkerung, wie die asiatische z. B., zur Herstellung solcher Produkte übergehen. Daher gestaltet sich auf die Dauer der internationale Austausch von selbst so, daß jedes Land sozusagen seine vornehmsten Spezialitäten mit besonderem Nachdruck in der internationalen Konkurrenz verteidigt. Unter diesen Einflüssen aber wird auch der Import eine andere Richtung

nehmen. Für diesen werden solche Waren mehr und mehr in Betracht kommen, deren Herstellung mit den heimischen Arbeitskräften sich weniger rentiert. So kann tatsächlich eine Verschiebung in der internationalen Produktion sich auf die Dauer ergeben. Nach den Weberschen Ausführungen dagegen müßte man annehmen, als ob es sich beim Import und Export immer um dieselben Waren handelte. Für einen solchen Fall allerdings wäre diese Argumentation berechtigt. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, kann die Verschiebung im Import zu einem Faktor für das Schwinden solcher Gewerbe im Inland werden, die sich nur auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters und durch eine Schmutzkonkurrenz gegenüber den geregelten Gewerben erhalten können. Wo hier das größere volkswirtschaftliche Interesse liegt, ist unschwer zu erkennen.

Um nach dieser Abschweifung auf den Kernpunkt zurückzukommen, so seien zunächst gegenüber der Überschätzung des Faktors Lohn durch Weber einige Hinweise allgemeiner Art gegeben. In dem Webbschen Buch findet sich auf Seite 253 Band II die Inauguraladresse des Präsidenten der Unternehmervereinigung in der Maschinenbauindustrie von Manchester. In derselben heißt es mit Bezug auf die Einwirkung des Lohnsatzes auf die Arbeitskosten unter anderem:

»In der Tat ist der Lohnsatz nicht notwendigerweise ein Fingerzeig für die Arbeitskosten eines Artikels und eine verbreitetere Anerkennung dieser Tatsache würde ein gut Teil Unruhen ersparen . . . Die Arbeitskosten und nicht die Löhne sind der bestimmende Faktor und zwischen den beiden braucht nicht notwendigerweise eine direkte Verbindung zu bestehen. Man kann in der Tat behaupten, daß sie oft in umgekehrtem Verhältnisse stehen, und daß die Tendenz nach diesem Verhältnisse um so stärker wird, je höher organisiert eine Industrie ist . . . . Nichts hat einen solchen Einfluß auf dieses Problem, als die Möglichkeit, Artikel in großen Massen anzufertigen und in dieser Richtung bleibt noch viel für die Ingenieure zu tun. Nichts bietet ein so hoffnungsreiches Feld für die zukünftigen Anstrengungen der Maschineningenieure, als der Entwurf und die Fabrikation von Maschinen, die die Fabrikanten in den Stand setzen werden, alle Arten von Artikeln zu jeder gegebenen Zeit in der größtmöglichen Zahl zu produzieren. Die Löhne kommen unter diesen Verhältnissen erst in zweiter Linie in Betracht, und obwohl eine Änderung der gezahlten Rate eine Zeitlang die ökonomischen

Bedingungen beeinflussen kann, so dauert es doch niemals lange, bis die Geschicklichkeit des Konstrukteurs ihn wieder in gleiche Linie mit den neuen Bedingungen gebracht hat.«

Die Produktionskosten können sich aus sehr vielen Gründen ändern, die mit den Bedürfnissen der Unternehmer oder den Arbeitsbedingungen der fraglichen Arbeiter nichts zu tun haben.

»Der wechselnde Überfluß oder Mangel an Rohmaterial, die Leichtigkeit und die Kosten seines Transportes, die Erfindung eines neuen Ingrediens, die Erfindung einer neuen Maschine oder eines neuen Prozesses, eine Änderung in der Verteilung der Steuerlast — alle diese und zahllose andere Faktoren, die mit den Arbeitsbedingungen in keiner Verbindung stehen, üben auf die Produktionskosten und daher den Preis ihre Wirkung aus.«[1])

Als Beispiel dafür, wie allein die Betriebskonzentration auf die Herabminderung der Produktionskosten — gegebenenfalls somit auch zur Bestreitung höher gewordener Lohnkosten — einwirken kann, sei auf einige Angaben in der Schrift: »Der Sieg des Industrialismus« von Grunzel S. 107 ff. verwiesen. Grunzel unterscheidet verschiedene Kategorien von Produktionskosten. In bescheidenem Maße lassen sich gewöhnlich nur die Materialkosten herabdrücken.

»Eine Steigerung der Ausbeute beim Rohmaterial ist selten mehr möglich, weil der technische Erfindungsgeist in dieser Hinsicht ohnedies nicht müßig war. Das glänzendste Beispiel bietet wohl die Zuckerindustrie, die freilich nicht bloß unter der Peitsche der Konkurrenz, sondern auch der einer eigenartigen Verbrauchsbesteuerung stand. Während man zur Zeit der Erfindung des Rübenzuckers zu einem Kilogramm Rohzucker 17 kg Rüben benötigte, genügen heute im Durchschnitt 5 bis 6 kg. Eher wird eine Verbesserung in der Abfallverwertung möglich sein, weil mit der Menge auch die Verwertbarkeit zunimmt. Man hat bezeichnender Weise behauptet, daß der amerikanische Petroleumtrust, die Standard Oil Company, an den Nebenprodukten ebensoviel verdient wie an dem Hauptprodukt. Größere Vorteile lassen sich durch den Engroseinkauf erzielen, weil dann günstigere Preise und Zahlungsbedingungen gelten und die Konjunkturen besser ausgenutzt werden können. Der Transport verbilligt sich bei großen Bezugsmengen, weil für Stückgut höhere Tarifsätze gelten als für Schiffs- und Waggonladungen. Insbesondere werden die

---

[1]) Webb, op cit. S. 264.

lokalen Transportspesen ermäßigt durch Herstellung von Industriegeleisen, welche die Fabrik mit der Hauptbahn verbinden, sowie durch Einrichtung von Drahtseilbahnen und anderen mechanischen Transportvorrichtungen von einem Betrieb zum anderen.«

Von ungleich größerer Bedeutung dagegen ist die Herabdrückung der Generalkosten und zwar zunächst der Betriebskosten. Dann die Verminderung der Vertriebskosten usw. Es würde aber zu weit führen, hier auf die Einzelheiten näher einzugehen, und so muß auf die genannte Schrift selbst verwiesen werden. Eine außerordentlich wertvolle Ergänzung zu der Grunzelschen Schrift bieten sodann die mehrfach erwähnten Untersuchungen von Kammerer, aus denen zugleich hervorgeht, daß Betriebskonzentration nicht unter allen Umständen gleichbedeutend ist mit einer tatsächlich erfolgenden Fusion von Betrieben. Vielmehr ist die Konzentration zum Zwecke etwa der Ausnutzung von Naturkräften mit einem selbständigen Nebeneinanderbestehen der in Betracht kommenden Betriebe möglich. ». . . . . . die Kraftgewinnung im Großen hat die Vorteile geringerer Anlagekosten, kleinerer Bedienungskosten, billigerer Zufuhr und Einbringung des Brennmaterials.« »Dem Bestreben nach der Zusammenballung der Kraftgewinnung steht als natürlicher Ausgleich die zunehmende Entwicklung der Kraftverteilung und zwar mittels des elektrischen Stromes gegenüber«. Aus Kammerers Untersuchungen ergibt sich auch, daß die »Potenzierung« der menschlichen Intelligenz und Gewandtheit durch eine zweckmäßige Organisation in manchen Betrieben von höchster Wichtigkeit, wie beispielsweise im Bergwerk, noch gar nicht Fuß gefaßt hat, so daß auch in der Verwertung der Menschenkraft selbst noch sehr wesentliche Fortschritte erwartet werden dürfen.

Nun gibt ja auch Weber die Möglichkeit zu, die Produktionskosten herabzudrücken. Ja, er betont sogar die Möglichkeit (S. 562), daß die Unternehmer deswegen zu technischen und organisatorischen Verbesserungen zur erfolgreicheren Gestaltung der Arbeit übergehen könnten, »um sich von den Arbeitern durch Einführung von Maschinen unabhängiger zu machen.« Das verträgt sich nun aber schlecht mit den Ausführungen im ersten Teil seines Buches, wo er auf Grund reichhaltigen Materials dem Satz entgegentritt daß die Maschine den Arbeiter aufs Pflaster werfe. Andererseits aber ist es selbstverständlich, daß der Arbeitgeber durch die Verbesserung seiner maschinentechisnchen Hilfsmittel eher mehr als weniger abhängig wird von seinen Arbeitern,

da sie, worauf Weber übrigens selbst gelegentlich hinweist, ein gesteigertes Maß geistiger Anspannung bei dem Arbeiter voraussetzt, dieses aber gleichbedeutend ist mit dem steigenden Wert der individuellen Arbeitskraft für den Betrieb. Insofern werden zweifellos die Chancen einer gut geleiteten Arbeiterbewegung eher besser, wie schlechter. Aus diesen Ausführungen ergibt sich aber auch, was Weber (S. 565) nicht wahr haben will, daß die Unternehmer auch heute noch in der gewerkschaftlichen Organisation einen Anstoß sehen können zur Einführung technischer und organisatorischer Verbesserungen bezw. zur Einschränkung der Unkosten des Betriebes. Sicherlich ist es erst nur eine geringe Anzahl von Betrieben, die alle Möglichkeiten in bezug auf technische und organisatorische Leistungsfähigkeit schon heute erschöpft haben.

Von der Gewinnung mehr erfolgreicher Arbeitskraft für die Volkswirtschaft durch Erhöhung des Soziallohnes verspricht sich Weber sehr wenig. (561.) Und zwar sind es namentlich drei Gründe, die ihn bei seiner Auffassung leiten. Zunächst spricht er von dem Willen, der innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft immer deutlicher würde, »tunlichst wenig zu leisten, im Interesse des »Wertes« der Arbeitskraft« (S. 262). Weber hat hier, wie aus dem sonstigen Inhalt seines Buches hervorgeht, die in ein paar Organen freier Gewerkschaften gelegentlich betonte Auffassung im Auge, daß es im Interesse der Gewerkschaft unter Umständen geboten sein könne, die Intensität der Arbeit möglichst niedrig zu halten. Daß solche Ansichten tatsächlich sporadisch vertreten worden sind und in einzelnen Fällen auch zu entsprechender Betätigung geführt haben, soll nicht geleugnet werden. Aber diese Fälle sind von so minimaler Bedeutung, was übrigens Weber auch selbst eingesteht, daß sie unmöglich die Berechtigung bieten können, daraus eine allgemeine Schlußfolgerung zu ziehen. Die Sache liegt dabei noch so, wie Bernstein sagt, daß sich derartige Fehltritte an der betreffenden Arbeiterschaft selbst meist am bittersten rächen. Im übrigen kann die deutsche Arbeiterschaft, und namentlich der organisierte Teil derselben, für sich in Anspruch nehmen, sich im großen und ganzen der natürlichen Entwicklung nicht hindernd in den Weg gestellt zu haben. Es erscheint somit unnötig, bei diesem Einwand Webers länger zu verweilen.

Erhöhen bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitsintensität?

Ein zweiter Grund, den Weber anführt, ist der, daß sowohl von einer übermäßigen Arbeitszeit wie auch von einer Unterernährung gerade in den Erwerbszweigen, deren Arbeiter gewerkschaftlich stark organisiert sind, nicht die Rede sein könne. »Ihre Lebenslage ist so, daß auch deren weitere Verbesserung kaum die Arbeitsfähigkeit weiter zu steigern vermag.« Es ist nun jedenfalls nicht leicht, diese Auffassung Webers bündig zurückzuweisen, weil es hier eben in der Hauptsache nur auf eine persönliche Auffassung ankommt, für die Weber durchschlagendes Beweismaterial nicht beibringt. Diese Auffassung steht zudem derjenigen gegenüber, die bisher in der Wissenschaft zumeist vertreten wurde. Und zwar ist darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht nur der Verein für Sozialpolitik oder die Kathedersozialisten usw. sind, die eine andere Meinung vertreten. Vielmehr kann auch hier wieder auf den auch von Weber gelegentlich angeführten Altmeister der Nationalökonomik Adam Smith verwiesen werden, der im VIII. Kap. des 1. Buches seiner berühmten Schrift unter anderem hervorhebt, daß ein reicher Arbeitslohn den Erwerbsfleiß des Volkes vermehre. Es seien insbesondere folgende Zeilen des Smithschen Werkes wiedergegeben:

»Der Lohn der Arbeit ist die Aufmunterung zum Fleiß, der, wie jede andere menschliche Eigenschaft, in dem Maße sich entwickelt, wie er Aufmunterung findet. Eine reichliche Nahrung kräftigt den Körper des Arbeiters, und die tröstliche Aussicht, seine Lage zu verbessern und seine Tage vielleicht im Wohlstand zu enden, spornt ihn zur äußersten Anstrengung seiner Kräfte. Daher finden wir immer, wo die Löhne hoch sind, den Arbeiter tätiger, fleißiger und rascher, als wo sie niedrig sind, wie z. B. in der Nachbarschaft großer Städte im Vergleich zu entlegenen Landstädten. Allerdings gibt es Arbeiter, die, wenn sie in vier Tagen verdienen können was zu ihrer Ernährung für sieben ausreicht, drei Tage müßig gehen; das ist jedoch keineswegs bei der Mehrzahl der Fall. Im Gegenteil findet man häufig, daß bei gut bezahlter Stückarbeit der Arbeiter sich eher über seine Kräfte anstrengt und seine Gesundheit in wenigen Jahren untergräbt.«

Das letztere Moment hat auch heute noch seine volle Berechtigung. Es ist bekannt, wie die Gewerkschaften mit aller Energie darauf hinarbeiten müssen, die Überarbeit einen nicht zu großen Umfang annehmen zu lassen. Daß dieses Bestreben der

Gewerkschaft auch in der Volkswirtschaft seine Berechtigung findet, hebt wiederum schon Smith hervor:

»Es ist der Ruf der Natur, die einige Erholung verlangt, zuweilen nur Ruhe, zuweilen aber auch Zerstreuung; wird er überhört, so sind die Folgen gefährlich, zuweilen verderblich und verursachen fast immer, früher oder später, die eigentümliche Krankheit des Gewerbes. Wenn die Arbeitgeber nur immer auf die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit hören wollten, so würden sie oft sich eher veranlaßt sehen, den Fleiß vieler ihrer Arbeiter zu zügeln als anzuspornen. Ich glaube, daß es kein Geschäft gibt, wo derjenige, der so mit Maß arbeitet, daß er es beständig fortsetzen kann, nicht nur seine Gesundheit am längsten bewahrt, sondern auch im Laufe der Zeit die meiste fertige Arbeit liefert.« Allerdings sagt Weber gelegentlich (S. 99), daß es sich bei der, durch die Aussicht auf das größere Maß freier Zeit angefeuerten Arbeitslust selten um mehr als um ein Strohfeuer handele. Dem stehen aber zahlreiche statistische Nachweise gegenüber, die eine größere Arbeitsintensität als Folge einer Arbeitszeitverkürzung dartun. Weber ist auf diese Nachweise nicht eingegangen. Wenn er nun (S. 95) sagt: »Die Lehre, daß auch in der Gegenwart, namentlich bei den schon gut gelohnten Arbeitern, durch höheren Lohn die soziale Gesamtleistung der Arbeiterschaft entsprechend gehoben wird, kann nicht bewiesen werden,« so wäre es doch wohl an ihm gewesen, vor allen Dingen einmal den Wert der erwähnten statistischen Ergebnisse zu entkräften. So lange das nicht der Fall ist, ist man ohne Zweifel berechtigt, eine Auffassung zu vertreten nach Art etwa der von Adam Smith ausgesprochenen, die der seinigen direkt entgegengesetzt ist.

Kommt die Lohnsteigerung der Produktion zugute?

Ein dritter Grund endlich, der Weber bei seiner Argumentation zu leiten scheint, dürfte in seiner ablehnenden Stellungnahme zu dem Satze zu suchen sein, daß eine solche Lohnerhöhung nicht nur den Arbeitern zum Vorteile gereicht, sondern auch der Unternehmerklasse. Die Beweisführung, welche zu diesem Satze führt, geht bekanntlich dahin, daß die Unternehmer durch Aufbesserung des Lohnes der Arbeiter deren Kaufkraft stärken und sich daher im Inland selbst einen besseren Markt sichern. Weber geht, soweit

mir das aus seinen Ausführungen namentlich auf Seite 550 zu resultieren scheint, dieser Beweisführung nicht bis in ihre Einzelheiten nach. Vielmehr stellt er ziemlich unvermittelt die Gegenbehauptung auf, die das Entscheidende gegen das genannte Argument sei, daß nämlich die Kaufkraft in der Volkswirtschaft nicht dadurch vergrößert werden könne, daß das Geldeinkommen einer Klasse erhöht würde, sondern nur dadurch, daß die volkswirtschaftliche Arbeitsleistung sich ergiebiger gestalte. Bei der Lektüre dieser Stelle fühlt man sich tatsächlich versucht, anzunehmen, daß Weber doch noch eine Art Lohnfondstheorie vertritt, der er an anderer Stelle so entschieden die Berechtigung abspricht. Denn warum soll das erhöhte Geldeinkommen einer Klasse nicht die Kaufkraft erhöhen können, indem es zu einer stärkeren Nachfrage von Produkten führt und diese hinwiederum in eine größere volkswirtschaftliche Arbeitsleistung ausmündet? Gibt man zu, daß der Volkswohlstand nicht in einem unverzehrlichen Geldschatz, sondern in den verzehrlichen Gegenständen besteht, welche alljährlich durch die Arbeit des Volkes hervorgebracht werden, so ist nicht ersichtlich, was Weber vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus so sehr gegen die Erhöhung des Geldeinkommens einer Klasse einnehmen könnte. Die Erklärung für diese Stellungnahme Webers scheint aber irgendwo anders gesucht werden zu müssen. Auf Seite 149 seines Buches vertritt er die Auffassung, daß zur Ausdehnung unserer Industrie die kapitalistische Basis sich erweitern müsse, »was nur dann geschehen kann, wenn gespart wird und das Gesparte zur produktiven Anlage gelangt«. Nun hat er zu der Spartätigkeit der Arbeiterbevölkerung sehr wenig Zutrauen (S. 135: »Unsere Arbeiterbevölkerung spart sehr wenig«). Von dem Reichen dagegen nimmt er an, daß er schon durch seinen kapitalistischen Instinkt dazu gebracht werde, zurückzulegen und zu kapitalisieren. Diese und die vorhin besprochene Auffassung lassen den Schluß zu, daß er eine Steigerung des Arbeitereinkommens, die sich restlos in einem erhöhten Konsum äußert (ohne daß also der Volkswirtschaft erweitertes Unternehmungskapital zugeführt wird), als volkswirtschaftlich nutzlos ansieht. Eine solche Auffassung ist aber unter keinen Umständen haltbar. Smith wendet im IX. Kap. des 4. Buches seiner Schrift gelegentlich folgendes Beispiel an: »Ein Handwerker, der in den ersten sechs Monaten nach der Ernte für 10 L. Arbeit liefert, würde, auch wenn er in demselben Zeitraume für 10 L. an Getreide und anderen Lebensbedürfnissen

verzehrte, dennoch zu dem Jahresertrage des Bodens und der Arbeit den wirklichen Wert von 10 L. hinzufügen. Während er ein halbjährliches Einkommen von 10 L. in Getreide usw. verzehrte, produzierte er einen gleichen Wert in Gegenständen, die ein gleiches halbjährliches Einkommen entweder für ihn oder sonst jemanden zu schaffen vermochten. Der Wert dessen, was innerhalb dieser sechs Monate konsumiert und produziert worden, beträgt daher nicht 10, sondern 20 L.« Man braucht dieses Beispiel nur auf unseren Fall entsprechend abzuändern, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Erhöhung der Konsumkraft der Arbeiterklasse an sich schon der Volkswirtschaft zugute kommt, indem sie indirekt zu einer Vermehrung der verzehrlichen Gegenstände führt. Nimmt man eine 10 prozentige Erhöhung an, so würde sich nach dem Satze Smiths, daß der Wert einer Ware ihrem natürlichen Preise entspricht, dieser aber dem jeweiligen Preise gleicht, zu welchem eine Ware verkauft wird, die Summe von 10 L. in beiden Fällen auf 11 L. erhöhen. Das Endergebnis wäre also, daß der Wert der Konsumtion und Produktion innerhalb der 6 Monate 22 L. betragen würde.

Weber scheint sich bei der Aufstellung seiner Grundsätze über das Sparen nicht vor der Weiterung gehütet zu haben, vor der bereits, wenn auch von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend, Dietzel[1]) unter Berufung auf Gans-Ludassy warnt: das »Sparprinzip« laute nicht: »Habe möglichst wenig Bedürfnisse[2]).«

Welche Grenzen sind zu beachten?

Nun soll aber mit alledem nicht gesagt sein, daß gar keine Grenzen zu beobachten wären. Vielmehr ist insbesondere auf zweierlei Arten der Begrenzung hinsichtlich der Lohnerhöhung und deren anderweitiger Kompensation aufmerksam zu machen. Wir fassen dieselben am besten so zusammen, daß wir einerseits Grenzen in der Leistungsfähigkeit des Unternehmers und auf der anderen Seite Grenzen in der Leistungsfähigkeit des Arbeiters unterscheiden.

Eine subjektive Art der Begrenzung der Leistungsfähigkeit des Unternehmers würde man dort anzunehmen haben, wo

[1]) op. cit. S. 176.

[2]) Über das Sparen als Ursache der Unterkonsumtion und als Krisenquelle vgl. die Theorie von Jul. Wolf.

es der gewerkschaftlichen Tätigkeit zuzuschreiben wäre, daß Unternehmer unternehmungsmüde würden. Im allgemeinen dürfte aber dieser Seite der Sache kein besonders großes Gewicht zukommen. Und zwar einmal aus dem vorhin angegebenen Grunde, daß dem Unternehmer heute Gelegenheit geboten ist zu vielgestaltigerem Gewinn. Dazu kommt dann die von Smith dargestellte Erfahrung, daß ein geringer Profit sich vielfach als der beste Ansporn zum Ausbau der Unternehmung erwiesen hat. Für die heutige Zeit ist ja die Parole charakteristisch: »Großer Umsatz, kleiner Nutzen.« Eine subjektive Begrenzung scheidet aber auch deswegen, insbesondere für die größeren Unternehmungen, aus, weil der Durchschnitt der Unternehmungen in steigendem Maße infolge des Aktienbesitzes unpersönlich wird. So daß man also berechtigt ist, auf diese Seite der Sache weniger Gewicht zu legen, weil es sich tatsächlich mehr um Einzelfälle handeln dürfte, als um typische Erscheinungen.

Dagegen ergibt sich eine objektive Begrenzung, die wohl beachtet werden muß, aus der Schranke, welche der Herabminderung der Produktionskosten gezogen ist. Weber[1]) macht mit Recht aufmerksam auf die Begrenzung der Möglichkeit, eine Ware mit um so geringeren Kosten herzustellen, je größer der Betrieb ist. Er stützt sich dabei auf einen Aufsatz Büchers, in dem der Satz aufgestellt ist, daß zwar durch Anwendung vollkommener Produktionsverfahren sich die Produktionskosten mit der Zunahme der Produktionsmasse verminderten; »diese Kostenverminderung vollzieht sich jedoch im allgemeinen langsamer als die Produktionsmasse steigt und verlangsamt sich um so mehr, je größer die Masse wird. Schließlich wird eine Größe erreicht, bei der eine weitere Steigerung der Masse keinen ökonomisch ins Gewicht fallenden Vorteil mehr bieten kann.« Bernstein sagt zu diesen Bemerkungen Webers in seiner Besprechung dessen Buches unter anderem, »daß in dem Maße, wie eine Industrie in technischer Hinsicht vorgeschritten ist, umwälzende Neuerungen in ihr seltener werden und daher nicht als Faktoren in Rechnung gestellt werden dürfen, auf deren Eintreten im Anschluß auf Erhöhung des Preises der menschlichen Arbeit mit unbedingter Sicherheit gerechnet werden kann.« Mit anderen Worten: es gibt kein Gesetz unbegrenzt steigender Produktionserträge. ». . . . es gibt bei einem gewissen Stand der Technik und

---

[1]) op. cit. S. 566.

Leistungshöhe Grenzen, die sich ohne Schaden für alle Beteiligten nicht ignorieren lassen. Wo diese Grenzen jeweilig liegen, ist nicht so leicht zu bestimmen. Aber mit der wachsenden Erfahrung wird die Arbeiterbewegung, die im ganzen ja doch noch recht jung ist, in allen ihren Verzweigungen diese Fähigkeit erwerben.«

Die Webbs glauben ein primitives Barometer gefunden zu haben, mit Hülfe dessen die Gewerkschaften jene Grenzen zu finden imstande seien. Für die Gewerkschaften bedeute das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen über einen bestimmten Prozentsatz hinaus die Anzeige, daß in der Vorwärtsbewegung der Arbeiter eine Pause eintreten müsse. Wenn in Zeiten guten Geschäftsganges seitens der Gewerkschaft eine Forderung aufgestellt und diese bewilligt würde, so würde alsbald entweder eine Steigerung der Leistungsfähigkeit oder aber eine Erhöhung der Produktionskosten und als Folge davon eine Entlassung eines Teiles der beschäftigten Arbeiter sich als notwendig erweisen. Bei dem Eintreten der einen oder anderen der beiden Erscheinungen zeige sich, ob die Grenze in der Herabminderung der Produktionskosten errreicht sei. Natürlich behält auch unter solchen Umständen die Gewerkschaft ihren Wert für die Arbeiter, indem sie nun erst recht sein Interesse, notfalls in der Abwehr, wahrzunehmen hat. Als allgemeine Richtschnur für die Arbeiter bezeichnen aber auch die Webbs die folgende[1]): »Für die Lohnarbeiter als Klasse ist es von der größten Bedeutung, daß die anderen Produktionsfaktoren — Kapital und geistige Arbeit — stets so leistungsfähig als möglich sind, damit das gemeinsame Produkt, von dem Löhne wie Profite in gleicher Weise abhängen, möglichst groß ist.«

In dieser letzteren Art der Begrenzung ist implicite auch schon die zweite Art der Begrenzung enthalten, nämlich diejenige der Beschränkung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters. In dieser Beziehung verdienen namentlich die Bemerkungen Beachtung, welche die Webbs[2]) über die »praktischen Grenzen« bringen, die sich einem zu weitgehenden Vorgehen der Gewerkschaft entgegenstellen.

»Die Auslese, ob nun unter Unternehmern, Arbeitern, Betrieben oder Distrikten, kann nichts weiteres tun, als die für den Zweck geeignetsten auswählen, die die Gemeinschaft zur Zeit liefert. Die funktionelle Anpassung der Arbeiter oder Unter-

[1]) op. cit. S. 247.
[2]) op. cit. S. 257.

nehmer, oder ihre gegenseitige Organisation kann nicht weiter gehen, als die augenblickliche Struktur erlaubt. Und obschon eine jede Verschärfung der gemeinen Regel einen bestimmten Zuwachs an Leistungsfähigkeit verursacht, so ergibt doch jede weitere Anwendung des Druckes einen rapide abnehmenden Ertrag. Daher wird ein Gewerkverein, der in den ersten Jahren seiner vollständigen Organisation beträchtliche Steigerungen seines Standardlohnsatzes, merkliche Reduktionen seines Normalarbeitstages und revolutionäre Verbesserungen auf den Gebieten der Werkstatthygiene und Betriebssicherheit durchsetzt, dabei aber die Ausdehnung und Regelmäßigkeit der Beschäftigung seiner Mitglieder nicht beschränkt hat, sehr bald finden, daß sich trotz seiner vollendeten Organisation und seiner gefüllten Kassen seine Aufwärtsbewegung verzögert, seine Versuche weitere Fortschritte zu erringen, weniger häufig und weniger erfolgreich werden und die Arbeitsverhältnisse gegenüber den gleichzeitigen Gewinnen anderer Industrien fast stationär bleiben.«

Die Grenze liegt hier also in der Erschöpfung des Antriebes zu gesteigerter funktioneller Anpassung und zur Auslese.

Es ist nicht zu verkennen, daß mit diesen Erscheinungen auf die Dauer die tarifliche Regelung der Lohnbedingungen, soweit sie namentlich reichszentraler Natur ist, zu rechnen haben wird. Die Struktur der Bevölkerung ist, wie an anderer Stelle bereits dargetan wurde, eine zu verschiedene, als daß eine zentrale Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen allen Ansprüchen gerecht zu werden vermöchte. Heute nimmt bekanntlich diese zentrale Festsetzung, wo sie erfolgt, ausschließlich Rücksicht auf die Höhe der Lebenskosten in den einzelnen Teilen des Reiches. In dem Maße, wie die Leistungsfähigkeit auf beiden Seiten fühlbarer mit ihren Grenzen zu rechnen hat, werden auch jene feineren Unterscheidungen Berücksichtigung verlangen. Insofern dürfte es der zentralen Regelung vorbehalten bleiben, lediglich allgemeine Bestimmungen zu treffen oder aber einen Mindestlohn festzusetzen, dem dann auch ein bestimmtes Maß von Mindestleistungen zu entsprechen hätte. Den Unterinstanzen wäre alsdann die weitere ins einzelne gehende Gliederung der tariflichen Bestimmungen zu überlassen.

Eine Grenze ist mit den oben beschriebenen Beschränkungen aber auch der Ausdehnung des Industrieverbandes gesetzt[1]).

[1]) Vgl. dieserhalb das Schlußkapitel in dem II. Band der Webbschen Schrift.

In dem Maße, in welchem sich die Subtilität der Produktionskosten bemerkbar macht, steigt auch die Notwendigkeit der Spezialisierung der Arbeiterforderungen. Dann kann es sehr wohl eintreffen, daß für eine Kategorie von Arbeitern eines Industrieverbandes eine Kompensation von Lohnerhöhungen durch den Druck auf die Produktionskosten noch möglich ist, während diese Produktionskosten auf einen solchen Druck, der sich aus der Forderung einer anderen Arbeiterkategorie desselben Verbandes ergeben würde, nicht mehr reagieren. Ob in einem solchen Falle das Vorgehen des betreffenden Industrieverbandes als Gesamtheit sich noch empfiehlt bezw. Aussichten auf Erfolg hat, wird nicht ohne weiteres bejaht werden können. Vielleicht erweisen sich in diesem Zusammenhange heute noch gar nicht abzusehende Veränderungen in der Struktur der einzelnen Verbände als erforderlich[1]).

Aus allen diesen Andeutungen ergibt sich als weiteres Fazit noch die in der Definition aufgestellte Unterscheidung, daß sich die Gewerkschaft an die Verhältnisse der Privatwirtschaft zu halten hat. Das, was den einzelnen Gewerben frommt, ist für die Gewerkschaft gleichbedeutend mit dem, was der Volkswirtschaft frommt und worauf sie infolgedessen aus volkswirtschaftlichen Gründen Rücksicht zu nehmen hat. Daraus resultiert als selbstverständliche Folgerung, daß die einzelne Gewerkschaft ihre Forderungen nicht zu begründen hat durch die Durchschnittsergebnisse des gesamten volkswirtschaftlichen Betriebes. Nicht verlangt werden kann dagegen von der Gewerkschaft, daß ihre Rücksichtnahme soweit gehen müsse, um auch die Existenzmöglichkeit offenbar parasitischer Gewerbe unter allen Umständen zu erhalten.

Die außerordentliche Mannigfaltigkeit der gegenseitigen Beziehungen, der Zusammenhänge, welche hier in Frage kommen, läßt sich auch nicht annähernd schildern. Das Gesagte mag aber

---

[1]) »Wir haben das Empfinden, als ob für Sillier (vom Senefelderbund) der Industrieverband ein Idol ist, dem er wie einem Phantom nachjagt, um dabei über das Nächstliegende zu stolpern. Wenn er dann Kloths (vom Buchbinderverband) Ansicht beitrat, einstweilen durch Kartellverträge die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der graphischen Verbände zu schaffen, so spricht daraus wohl die Einsicht, daß der Industrieverband nicht so zu zimmern ist, wie man heutzutage Häuser in die Höhe jagt. Das Wichtigste scheint uns jedoch damit doch noch nicht erkannt zu sein, nämlich, daß eine größere Gleichmäßigkeit in den Arbeitsbedingungen und den Verhältnissen in den Organisationen selbst die unerläßliche Vorbedingung zum Industrieverband ist«. (Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker Nr. 28 1912.) Ob damit auf die Dauer die Sache erledigt ist?

genügen zur Beleuchtung des komplizierten Apparates, den die Gewerkschaft mehr und mehr zu übersehen haben wird und der Verantwortlichkeit, welche der Gewerkschaftsführung in steigendem Maße obliegt. So wie die eine Arbeiterkategorie und ihre Stellung von den verschiedensten Faktoren um sie herum, oft innerhalb eines überaus weitgehenden Bereiches, beeinflußt wird, so beeinflußt sie auch ihrerseits wiederum die Stellung einer ganzen Anzahl anderer Arbeiterkategorien, von denen man auf den ersten Augenblick annehmen sollte, daß sie zu ihr in absolut keiner Beziehung ständen. Das Gleiche trifft aber auch zu hinsichtlich des Einflusses, welchen namentlich technische (maschinen-, verkehrs- usw. technische) Veränderungen in dem einen Gewerbe auf die Struktur anderer Gewerbe auszuüben vermögen. Es wäre durchaus nicht schwer, nachzuweisen, daß unter dem Anstoß technisch fortgeschrittener Industrien auch zurückgebliebene Industrien und Gewerbe zu Verbesserungen und zur Herabminderung ihrer Produktionskosten gekommen sind. Mit ihnen ging dann zugleich eine bessere Auslese Hand in Hand. Daß dieser Anstoß sehr oft von dem gewerkschaftlichen Vorgehen ausgegangen ist, kann nicht bestritten werden und wird auch nicht bestritten. Und so zeigt sich auch von dieser Seite wiederum, wie sehr die Gewerkschaft, mag sie auch nur bestimmte Arbeiterkategorien umfassen, dennoch die Verhältnisse von mehr oder minder der gesamten Arbeiterschaft beeinflußt.

Aus diesen Gründen ist es nicht mehr wie selbstverständlich, daß nunmehr auch die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften in den den Grenzen der Leistungsfähigkeit näher kommenden Berufen zu empfinden beginnen, auf die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen nicht ohne Einwirkung bleiben. Daraus ist die Nervosität zu verstehen, von der im ersten Kapitel die Rede war. Und hier nun wird der Gewerkschaft allgemein, wenn sie sich nicht selbst ihre Entwicklung unterbinden will, nichts anderes übrig bleiben, als zu versuchen, die in Sicht kommenden Grenzen dadurch hinauszuschieben, daß sie sich ernsthaft in den Dienst einer positiven Produktionserweiterung stellt. Das ist dasjenige, was Adolf Weber von den Gewerkschaften verlangt, wenn sie für die Zukunft Anspruch auf Existenzberechtigung haben wollen. Allerdings ist Weber nicht der erste noch der einzige, der eine solche Forderung aufgestellt hat. Sie ist in vielen Gewerkschaftskreisen bereits besprochen worden. Indessen, das muß zugestanden werden, mehr der Theorie als der Praxis nach. Die

Gewerkschaft wird sich bemühen müssen, dieser Forderung Popularität zu verschaffen und zu dem Zwecke den Willen ihrer Mitglieder entsprechend beeinflussen müssen. Was dazu insbesondere zu geschehen hat, soll mit einigen Ausführungen im letzten Kapitel gezeigt werden. Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft wird die Gewerkschaft nach deutscher Auffassung im Sinne von Philippovich[1]) unter dem Gesichtswinkel der Wohlstandsförderung verstanden wissen wollen und zwar so, »daß die materielle Wohlfahrt nicht in Widerspruch treten darf mit den höheren Zielen der Menschheit.« Da das Urteil in dieser Hinsicht, wie Philippovich mit Recht bemerkt, nicht ein rein ökonomisches, sondern ein sittliches sein wird, unterliegt dasselbe der von der jeweiligen ethischen Auffassung beeinflußten Gewerkschaftspolitik und kann somit hier, wo lediglich ökonomische Beziehungen in Rede stehen, ausscheiden.

Der Streik.

Welche Stellung nach alledem die Gewerkschaft zum Streik, der nur als wirtschaftliche Maßnahme in Frage kommen kann, einnehmen wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein. In Rücksicht auf die Bedürfnisse der heutigen Volkswirtschaft nicht nur, sondern auch der auf ihre Prosperität angewiesenen Gewerkschaft wird der Streik, soweit er namentlich größere Dimensionen anzunehmen droht, kaum noch anders als in Ausnahmefällen nach wirklicher Erschöpfung aller friedlichen Mittel in Betracht zu ziehen sein — ohne daß dadurch natürlich den Gewerkschaften die Pflicht erwüchse, deswegen abzurüsten, da nur eine möglichst vollkommene Ausrüstung für den Frieden garantiert. (Das Gesagte trifft natürlich auch zu für die Aussperrungen auf seiten der Unternehmer.) Ich begnüge mich damit, in dieser Beziehung die Bemerkungen der Webbs[2]) wiederzugeben, an deren freundlicher Stellungnahme gegenüber den Gewerkschaften keinerlei Zweifel bestehen kann. Sie stellen die Streiks und Aussperrungen dar als einen bedeutenden Betrag ökonomischer Reibung. »Der Stillstand kostspieliger und leicht verderbender Maschinen und Anlagen, die Dislozierung der Geschäfte, die Abwendung von Aufträgen an andere Länder, der Verbrauch geistiger Kräfte in ärgerlichen Streitigkeiten, die sonst der weiteren Entwicklung unserer Industrie gewidmet gewesen wären — vor allem aber das Versinken tausender von Arbeitern

[1]) Verhandlungen. S. 353 ff.

[2]) op cit. S. 311.

in Armut und Hungerelend — beeinträchtigen den Wohlstand der Nation in ernstlicher Weise. Es ist eine notwendige Begleiterscheinung der Kontraktfreiheit, daß zwischen den Kontraktsparteien fortgesetzt Meinungsverschiedenheit droht. Wenn es einmal als wünschenswert gilt, daß die Vertragsparteien die Freiheit der Zustimmung oder Ablehnung haben sollen, so ist es, wie wir bereits hervorgehoben haben, bei der Beschaffenheit der menschlichen Natur unvermeidlich, daß die Verhandlungen gelegentlich auf dem toten Punkt anlangen und daß es zu der Kraftprobe kommt, die hinter allen Verhandlungen zwischen freien und unabhängigen kontrahierenden Parteien lauert. Die Gewerkvereinsmethode der kollektiven Vertragsschließung kann ihr Eintreten niemals gänzlich verhindern, wenn sie schon durch ihren Mechanismus der industriellen Diplomatie die Fälle, in denen es zu einem industriellen Kriege kommt, auf ein Minimum beschränken kann[1]).«

---

[1]) Welch sonderbare Blüten die unbedingte Verteidigung des Streiks — daß er als ultima ratio seine Berechtigung hat und vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als solche gar nicht aufgegeben werden kann, ist oben zugegeben — zu treiben vermag, dafür möge der nachstehend abgedruckte Passus aus einem Artikel des Korrespondenzblattes der Generalkommission (Nr. 42 1910) ein Beispiel bieten:

»Die Summe der Produktion ist weder von der Arbeitskraft, noch von den Lebensbedürfnissen der Masse abhängig, sie regelt sich, richtiger, sie ist regellos nach kapitalistischen Gesetzen, ihr Ausmaß wird bestimmt von dem kapitalistischen Expansionsbedürfnis und seiner Befriedigungsmöglichkeit. Je mehr der Kapitalismus in seiner wilden Jagd nach Profit die Warenerzeugung zeitlich zusammendrängt, um so andauernder ist nachher die Krise: je intensiver und extensiver er während der Hochkonjunktur die Arbeitskräfte anspannt, um so umfangreicher ist später die Arbeitslosigkeit. Unterbricht der Arbeiter die wilde Warenherstellung während einer Hausseperiode, so tritt wohl eine zeitliche und örtliche Verschiebung in der Produktion ein, aber keine absolute Verminderung. Eine Menge Arbeit kann von einem Unternehmen auf das andere, von einem Ort auf den anderen übergehen, auch können evtl. Aufträge kürzere oder längere Zeit zurückgestellt werden, aber, und darauf kommt es hier an: in ihrer Totalität wird die Summe der produzierten Waren durch Streiks nicht vermindert. Die Nationalisten spielen dieser Tatsache gegenüber ihren stärksten Trumpf aus mit dem Hinweis auf die Schädigung des Nationalvermögens, indem dringende Aufträge infolge von Streiks im Inlande an das Ausland abgegeben werden müßten. Solcher Einwand hat augenscheinlich eine gewisse Berechtigung — aber nicht in bezug auf die Arbeiter. Wenn die nationalen Unternehmer, nur um dem inländischen Arbeiter die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu verwehren, im Auslande höhere Preise zahlen, dazu Transportkosten usw., dann mag das eine Schädigung des Nationalvermögens sein, aber sie belastet das Konto der Unternehmer. Daß der einheimischen Arbeiterschaft eine gewisse Summe bestimmter Arbeit verloren geht, braucht sie nicht tragisch zu nehmen. Es ist das die Folge von Verhältnissen, die ihr auch wieder Arbeit zuführen, die ohne sie im Ausland bliebe. Bei großen Kämpfen in England, Amerika usw. wandert Arbeit nach Deutschland und umgekehrt. Es tritt da ein aus-

Die Gewerkschaften stellen sich tatsächlich dem Streik in dem Maße kritischer gegenüber, in welchem die gewerkschaftliche Schulung ihrer Mitglieder fortschreitet. Ich habe bei Besprechung des Weberschen Buches an der mehrfach erwähnten Stelle einen kurzen Rückblick geworfen auf die Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens, aus dem ich das Wesentlichere zum Schluß dieses Kapitels wiedergeben möchte:

Nach Weber könnte es scheinen, als ob noch heute auf dem Gebiete der Arbeiterfrage für die breitesten Kreise unter Einschluß der Arbeiter — auch der gewerkschaftlich organisierten — die sogenannte sozial-ethische Begründung grundlegend wäre. Ja, die gewerkschaftliche Kampforganisation ergibt sich bei Weber

---

gleichender Austausch ein. Rechnerisch zu erfassen ob dabei ein Land etwas günstiger abschneidet als das andere, ist nicht möglich, dazu auch überflüssig. Nicht das ist das wichtigste, ob der inländische Arbeiter im Jahre vielleicht eine halbe Stunde mehr hätte arbeiten können, sondern darauf kommt es an, daß die gesamte Arbeiterschaft dem gesamten Kapital Zugeständnisse abtrotzt, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Arbeitsverlust, den der eine haben könnte, der aber in jedem Falle anderen wieder zu gute kommt.

Die Konsumkraft der Arbeiter wird durch die Kampferfolge gestärkt und das bedeutet auch eine Erweiterung der Produktion. Die Arbeiter haben diese durch erfolgreiche Streiks nicht eingeschränkt, sondern im Kampfe gegen das Kapital sogar noch erweitert. Da bei der Produktion von Konsumgütern das Kapital Gewinn erzielt, sind Streiks in gewissem Sinne sogar Mehrer des Nationalvermögens ..... Wenn man die Angelegenheit rein individuell auffassen und untersuchen wollte, müßte jeder Arbeiter sich auch die Frage beantworten, ob er nicht durch einen Streik und die damit verbundene Arbeitsruhe seine Gesundheit gekräftigt, sein Leben verlängert habe. Für die Gesamtheit der Arbeiter ist das auf jeden Fall ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind solche des unverzeihlichsten Raubbaues an der Arbeitskraft, der wahnsinnigsten Verschwendung von Volksvermögen. In den Perioden der intensivsten Kraftanspannung, der ruinösen Überzeitarbeit wird bei tausenden von Arbeitern der Keim zu Krankheiten und frühem Tod gelegt. Wenn das mörderische Spiel mit der Gesundheit, die unsinnige Kräftevergeudung durch einen Streik unterbrochen wird, dann kann das geradezu ein Segen für die Beteiligten sein.«

Ist es Naivität oder Galgenhumor, was aus diesen Zeilen spricht? Durch den Streik können also dem nationalen Arbeitsmarkt Absatzmärkte für immer verloren gehen, es kann durch sie eine Schädigung des Nationalvermögens, allerdings zu Lasten der Unternehmer, eintreten — und trotzdem sollen diese selben Streiks »Mehrer des Nationalvermögens« sein durch Stärkung der Konsumkraft der Arbeiter, von der der Verfasser anscheinend voraussetzt, daß sie mit der Schädigung des Nationalvermögens einhergeht! Die hier außerdem zusammengereimten »Zusammenhänge« sind mehr, als selbst eine manchesterliche Phantasie hätte auf die Beine bringen können. Das ist die endgültig begrabene Lohnfondstheorie in neuer, für die Weltwirtschaft berechneter Auflage, in der jede Arbeit einfach als einer anderen ohne weiteres gleichwertig zu denken wäre. Es ist rätselhaft, wie das Korrespondenzblatt mit derartigen Ausführungen die Diskussion über das Streikproblem hat fördern wollen.

geradezu als Ausfluß dieser Begründung für die Bestrebungen zur Lösung der Arbeiterfrage. Seine Motivierung der Stellungnahme der öffentlichen Meinung, indem er von dem »armen« Arbeiter spricht, seine Darstellung der Gewerkschaften als Vertreter einer einseitigen Verteilungspolitik und schließlich sein Auftreten gegen diejenigen, die in dem Kapital des Unternehmers die Quelle für den Lohn erblicken, lassen das deutlich erkennen. Der Sozial-Ethiker ging von der Notlage des Arbeiterstandes aus und wandte sich in erster Linie an das Mitgefühl der übrigen Gesellschaftsklassen, damit dem Arbeiter von dem reichen Ertrage der gesellschaftlichen Produktion ein solcher Teil zukomme, daß er nicht übermäßig Not zu leiden brauche. »Leben und leben lassen!« ist hier das Leitmotiv zur Weckung des sozialen Gewissens der Besitzenden. Über diese Auffassung hebt sich dann später diejenige hinaus, die von der Erwägung ausgeht, daß es im Interesse der Gesellschaft selbst geboten sei, der Verelendung eines Teiles der Gesellschaft, des Arbeiterstandes, entgegenzutreten, weil sonst auf die Dauer die Krankheit dieses Gliedes am Gesellschaftskörper sich auf den ganzen Gesellschaftskörper zu dessen Schaden übertrage. Das ist die Auffassung, der Naumann einmal («Die Politik der Gegenwart« Berlin 1905) in dem Bilde Ausdruck gibt:

»Wenn die Leute, die im Keller wohnen, niemals aus dem Keller in die Höhe schreien, dann achtet ihrer niemand, dann können sie da unten sterben und verderben, es merkts niemand, und dann steigt die kranke Luft und der Verfall und die Fäulnis von unten nach oben, und man weiß nicht, woher es kommt. So ist der Rettungsschrei von unten aus der Tiefe die Rettung und die Sanierung des ganzen Hauses.«

Es ist klar, daß man mit diesem Argument der Öffentlichkeit gegenüber die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter so lange durchschlagend begründen kann, als es möglich ist, eine absolute oder relative Not (etwa als Folge einer Teuerung u. dergl.) der Arbeiterschaft bezw. gewisser Schichten derselben bis zur Augenscheinlichkeit nachzuweisen. Tatsächlich drehen sich ja die öffentlichen Auseinandersetzungen gelegentlich von Streiks, Aussperrungen usw. in der Hauptsache um diesen Gedankenkomplex. Man müßte aber die in den Gewerkschaften vertretene geistige Kapazität sehr unterschätzen — das will Weber allerdings nicht tun —, wenn man annehmen wollte, daß die Gewerkschaften dauernd auf diesem schwankenden Boden ihre Bestrebungen begründen würden. Schon

taktische Erwägungen bringen die Gewerkschaften davon ab. Und selbst wenn sozialistische Gewerkschaftsführer (Bringmann) in sozialistischem Sinne bei der Erhebung von Lohnforderungen den Produktionsertrag maßgebend sein lassen wollen, so weiß doch jedermann, daß solche Phrasen in der Verhandlungspraxis in Dunst aufgehen. Wer mit solchen Parolen die Massen fanatisiert, muß sich später selbst im Schweiße seines Angesichts abquälen, sie wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen. In der Regel rücken auch die sozialistischen Gewerkschaftsführer allgemein von diesen Unglücksraben möglichst weit weg.

Aber die Gewerkschaften haben auch grundsätzlich längst den Boden einer bloßen Verteilungspolitik verlassen. Sie haben es von dem Zeitpunkte an getan, als ihrerseits der Gleichberechtigungsgedanke in den Mittelpunkt ihres Strebens gestellt worden ist. Dieser Gedanke nämlich aufgefaßt im Sinne der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages. Man hat etwas Schlagwortmäßiges lesen wollen aus dem Satz, der darum doch nicht minder zutrifft: Die Arbeiter wollen nicht mehr bloße Objekte der Produktion sein, sondern subjektiv an ihr mitwirken. In diesem Sinne werden die Arbeiter in den Gewerkschaften systematisch zu der Erkenntnis erzogen, daß sie nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten haben, und zwar namentlich die Pflicht, zu ihrem Teile mitzuwirken, daß der Volkswirtschaft — um mit Weber zu reden — möglichst viel erfolgreiche Arbeitskraft zur Verfügung gestellt werde. Die Erziehungs- und mannigfachen Bildungsbestrebungen der Arbeiterorganisationen, ihre Bestrebungen zur Festsetzung einer normalen und damit möglichst ausnutzbaren Arbeitszeit usw. laufen darauf hinaus. Nicht zuletzt die Bestrebungen auf eine vernünftige Lohnpolitik. Das viel angefochtene Wort von der »verfluchten Bedürfnislosigkeit« der Arbeiter ist denn doch nicht vom brutalen Nurkonsumentenstandpunkt aus zu verstehen, sondern aus dem Gedanken heraus, daß verfeinerte Bedürfnisse des Arbeiterstandes, eben wegen dessen zahlenmäßiger Bedeutung, für die nationale Produktion und deren Steigerung von höchstem Werte seien. Im Arbeiterhaushalt sind sozusagen alle Industrien mit ihrer Produktion vertreten. Eine möglichst hohe Konsumkraft der Arbeiter wird daher in dem Maße für die ganze Industrie von steigender Bedeutung, als die Produktion für die Weltwirtschaft durch das Aufsteigen immer neuer Industrieländer erschwert wird. Andrerseits beansprucht die Konkurrenz auf dem Weltmarkte namentlich von

Deutschland eine Qualitätsindustrie ersten Ranges. Voraussetzung dafür ist eine gut geschulte und intelligente, aber auch gut gelohnte und sonst gut gestellte und eben deswegen leistungsfähige Arbeiterschaft. Dieser Ideenkreislauf ist jedem organisierten und einigermaßen gebildeten Arbeiter durchaus geläufig.

Von diesem Gesichtspunkte aus wünscht die Gewerkschaftsbewegung ihre Gleichberechtigungsbestrebungen innerhalb des Arbeitsvertrags gewertet zu sehen. Und als Ausdrucksmittel dieser höheren Form der Arbeitsverfassung propagiert sie den Tarifvertrag. Mit dem Fortschreiten des Tarifwesens und seiner Beeinflussung der Preispolitik muß ganz naturgemäß das Interesse jedes einsichtigen Arbeiters an der Steigerung der Produktionsmöglichkeiten, insbesondere auch mittels einer verbesserten Technik, wachsen. Für die Gewerkschaften bedeutet das eine immer stärker vermehrte Verpflichtung, auf die Hebung der Produktionskraft ihrer Mitglieder durch entsprechende Schulung hinzuwirken. Die Erkenntnis wird in solchen Gewerkschaftskreisen, die nicht durch den Radikalismus hypnotisiert sind, immer mehr Gemeingut: Soll die Tarifierung mit ihrer steigenden Kompliziertheit der Gewerbegesetze nicht fortschrittshemmend wirken, dann ist ein möglichst großer Mitgliederkreis innerhalb der Gewerkschaften erforderlich, der die technische Entwicklung und die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu übersehen vermag und fähig ist, für den Tarifausbau jeweils praktische, durchführbare und auch annehmbare Vorschläge zu machen. Die Gewerkschaften sind ja, wenn man selbst von ideellen Motiven absehen wollte, schon aus realpolitischen Gesichtspunkten auf die Durchtränkung des Ideenganges ihrer Mitglieder mit solchen Erwägungen angewiesen. Wie sollten sie sonst dauernd das Interesse der Volksgesamtheit an der Gewerkschaftsbewegung, das ihnen je länger je mehr nottut, wachhalten?

Folgerungen und Vorschläge.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen läßt sich in großen Zügen dahin zusammenfassen: Die Gewerkschaft ist geeignet, das »strittige Grenzland« innerhalb des Produktionsergebnisses zu verringern und den Arbeitern von dem Produktionsergebnisse einen absolut und verhältnismäßig größeren Anteil zu sichern. Die Lohnerhöhung erfolgt entweder auf Kosten der Gesamtheit der Bevölkerung; dann trifft sie mehr oder minder auch die an der Lohnerhöhung teilnehmenden Arbeiter selbst, je nachdem es nötig ist, wegen der etwa erfolgten Preissteigerung der Waren auch auf die zuletzt in Betracht kommenden Warenarten zurückzugreifen, die der Arbeiter verbraucht; oder aber die Lohnerhöhung gibt zu einer Herabminderung der Produktionskosten Anlaß, die unter Umständen das Vielfache der Steigerung im Lohnanteil wieder hereinbringt. Die so bewirkten Veränderungen bleiben nicht auf die einzelnen Industrien beschränkt, sondern wirken in der verschiedensten Weise auf die »gesamte industrielle Gemeinschaft« zurück. Im letzten Grunde wird sowohl hinsichtlich der beschäftigten Kapitalien wie auch der Arbeitskräfte in einer oder mehreren Industrien eine größere Produktivität erzeugt, die wiederum die Gesamtnachfrage und die Gesamtkaufkraft in steigendem Sinne beeinflußt. Wo der industrielle Fortschritt gewisse Gewerbe verdrängt, ruft er andererseits wieder neue hervor, denen die neuartigen Bedürfnisse zugute kommen. Die gesteigerte Initiative, die sich in neuen Erfindungen, in der Entdeckung neuer Absatzgebiete usw. äußert, muß ganz naturgemäß auch den mangels gewerkschaftlichen Druckes nicht fortschrittlichen Industrien zugute kommen, da sich die vergrößerte Nachfrage auch auf sie überträgt und der in den höheren Industrien tätige Erfindungsgeist sie, gewissermaßen unentgeltlich, an den Brosamen teilnehmen läßt, die von seinem Tische fallen. Die erhöhte funktionelle Anpassung

und Auslese innerhalb der Arbeiterschaft — das Ergebnis besserer Lebenshaltung und intensiverer Arbeitsweise — kommt wiederum im letzten Grunde der Gesamtheit zugute. Kurz: Die gewerkschaftliche Tätigkeit beeinflußt in weitestem Maße das gesamte Arbeitsmaterial der Nation.

Das ist die eine Seite der Sache. Die andere ist die, daß es kein Gesetz unablässig fallender Produktionskosten gibt. Vielmehr gibt es hier eine Grenze, wie es ferner auch, unter sonst gleich bleibenden Umständen, eine Grenze gibt für das Maß der Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Diese Grenzen lassen aber auch kein Gesetz immerwährender Lohnsteigerungen aufkommen. Damit ist irgendwo eine Grenze gegeben für die Steigerung der Kaufkraft der in denjenigen Industrien beschäftigten Arbeiter, deren Lohnerhöhungen auf solchen Voraussetzungen aufgebaut sind. Das bedeutet aber zugleich wiederum eine Grenze für die Lohnsteigerung in jenen anderen Gewerben und Industrien, die sich für diese Steigerung an der Gesamtheit des Volkes, deren größter Teil die Arbeiterschaft ist, erholen müssen. Wenn nun auch die Gewerkschaft in hohem Grade berufen ist, gebesserte Arbeitsbedingungen zu erhalten und Verschlechterungen abzuwehren, so liegt ihr größter Anreiz doch in der Erstrebung weiterer Verbesserungen. Wo also, wie im vorigen Kapitel gesagt, die Grenzen auf dem einen oder anderen Gebiete in Sicht kommen, wird die Gewerkschaft zu Mitteln greifen müssen, die ihr das Hinausschieben dieser Grenzen ermöglichen. Den bereits gemachten Andeutungen zufolge sucht sie den neuen Anforderungen durch die Schulung ihrer Mitglieder in der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Hebung der Produktionskraft gerecht zu werden. Es fragt sich jedoch noch, wie die Gewerkschaft auf diesem Gebiete vorgehen kann, wenn sie sich erfolgreich sichern will.

Für den Nationalökonomen ist das Meliorationsstreben der Gewerkschaften von größter Wichtigkeit, weil es auf die Dauer unbedingt auf diejenigen Wege führen muß, die der Volkswirtschaft von Nutzen sind. Ob dabei schließlich im Hintergrunde eine Meliorationstheorie nach Art der von Rudolf Goldscheid aufgestellten steht, die in der Aufbesserung des Loses der Arbeiter die beste Gewähr sieht für die dereinstige Möglichkeit der Ersetzung der bestehenden Ordnung durch eine andere, braucht ihn um so weniger zu beirren, als man über die Aussichten dieser Theorie sehr verschiedener Ansicht sein kann. Es bleibt bestehen, daß die Gewerkschaften auf die Dauer ohne Einwirkung auf die

Vergrößerung der Ergiebigkeit der Produktion ihre Mission nicht erfüllen können.

Adolf Weber umschreibt das Ziel in seinem Buche wie folgt: Klare, unbefangene Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Seins und Werdens und zwar zu dem Zweck, die volkswirtschaftliche Arbeitsleistung ergiebiger zu gestalten. Damit ist gesagt, daß die neue Aufgabe wesentlich eine Erziehungsaufgabe ist und zwar eine solche, die durchaus nicht aus der Ethik zu fließen braucht, sondern ein einfaches Ergebnis volkswirtschaftlicher Überlegung sein kann. Worauf es m. Er. ankommt, ist, in zwei Worten gesagt: Anteilnahme der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter an den Bestrebungen zur Herbeiführung des Produktionsfortschrittes, persönliche Initiative und allgemeine Wertschätzung positiv fortschrittlicher Arbeitsleistung. Im weiteren muß sich daraus ergeben die Möglichkeit vernünftigen, d. h. nicht zersetzenden Genießens der gesteigerten Errungenschaften und als Voraussetzung dazu Veredelung des Geschmackes innerhalb der Arbeiterschaft.

Ist die Durchführung dieses Programms möglich und wo liegen eventuell die Schwierigkeiten?

Wer Gelegenheit gehabt hat, Beobachtungen in der Praxis zu machen, wird die Frage nach der Möglichkeit der Durchführung ohne weiteres bejahen. Im allgemeinen ist ja unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, die sich auf ein paar Jahrzehnte zusammendrängt, der schlagendste Beweis für die geradezu ungeheuere Menge an Initiative und Arbeitsfreudigkeit, die im deutschen Volkscharakter wurzelt. Auch heute noch läßt sich ganz genau beobachten, wie diese latenten Kräfte unglaublich schnell dort geweckt werden, wo sich die Umwandlung unseres wirtschaftlichen Lebens erstmals in größerem Maße vollzieht. Dem Verfasser ist die Entwicklung lebhaft in der Erinnerung, welche die Umgestaltung des gewerblichen Lebens am linken Niederrhein mit sich brachte. Ich erinnere mich eines vor wenigen Jahren von einem bekannten Sozialpolitiker gebrauchten Wortes, das in bezug auf die soziale Entwicklung in dieser Gegend einen großen Skeptizismus verriet. Dieses Wort ist in einigen Jahren vollständig erschüttert worden. Die Bevölkerung des linken Niederrheins, soweit sie in die industrielle Entwicklung einbezogen wurde, hat frühere Gewohnheiten vollständig über Bord geworfen und sich der neueren Entwicklung mit viel Initiative und Erfolg angepaßt. Das wirtschaftliche und soziale Leben ist an vielen Orten in kür-

zester Zeit auf ganz andere Grundlagen gestellt worden und zwar derart, daß letztere auch sehr starken Gegenwirkungen gegenüber standgehalten haben. Derartige Beobachtungen lassen sich auch in sonstigen Gebieten noch heute machen und sind der beste Beweis für die Kräfte, welche unser Volk in den Dienst einer weiteren Aufwärtsentwicklung zu stellen vermag.

Gefahren drohen hauptsächlich von dem Geiste des Radikalismus, welcher sich schnell im Gefolge politischer Verärgerung in den weitesten Schichten des deutschen Volkes verbreitet hat. Es ist zu befürchten, daß dieser Radikalismus, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, sich auch auf das wirtschaftliche Leben überträgt. Der Mißmut, wo immer er sich äußert und woher er auch seinen Ausgang nehmen mag, drückt schließlich auf das Bewußtsein des ganzen Volkes. Vor allen Dingen muß die Arbeitsfreudigkeit langsamerhand darunter verkümmern. Und so ergibt sich, daß auch der Volkswirt diesen Dingen seine Beachtung zu schenken hat. Er wird dabei die Beobachtung machen können, daß in vieler Beziehung die Quelle des modernen Geistes der Blasiertheit und des Überdrusses nicht innerhalb der Arbeiterschaft liegt, sondern daß dieser Geist größtenteils in die Arbeiterschaft hineingetragen wird. Der bekannte französische Ästhetiker Jules Lemaître hat einmal die Bilanz zwischen dem Fortschritt und dem Glück dahin gezogen, daß es uns vor allen Dingen gelungen sei, neue Bedürfnisse, d. h. aber neue Arten zu leiden, zu schaffen. Von derselben Voraussetzung ausgehend prägte der in dieser Schrift bereits zitierte Belgier Missiaen[1]) den Ausdruck, daß die moderne Welt die Sabotage am Leben und an der Freude organisiere.

Die Tatsache aber, daß die neuartige Auffassung von Welt und Leben ihren Ursprung nicht in der eigentlichen Arbeiterschaft selbst hat, zeigt den Weg, wie der Kampf dagegen aufgenommen werden muß. Worauf es ankommt ist der Kampf gegen Übertreibung und Phrase. Das beste Mittel dazu ist eben die Erziehung der Arbeiterschaft zur wirklichen Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Seins und Werdens. Daraus erwächst aber für die Nationalökonomen die Pflicht, die Dinge so vorzutragen, wie sie sich tatsächlich abspielen, ohne daß alles in tendenziöser Weise zugestutzt wird. Die deutsche Arbeiterschaft ist im großen und ganzen dem Radikalismus abgeneigt, sobald nur die richtige Aufklärung an sie herankommt. Im stillen ist das Ideal des

---

[1]) »L'appauvrissement des Masses.« S. 452.

deutschen Arbeiters, wenn er eins hat, meist alles andere als furchtbar und der Haß gegen die »Bourgeois« sitzt größtenteils nur an der Oberfläche. Selbst die radikalsten der der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaftsorgane rücken meist von deren bloßer Kritik und Negation weit ab. So weit aber die sich auf den Straßen äußernde »öffentliche Meinung« der Arbeiterschaft in Betracht kommt, sollte man nicht vergessen, daß es meist die jugendlichen Elemente sind, die diese Meinung machen. Darum auch muß die Aufklärung über den wahren Stand der Dinge bereits bei der Jugend einsetzen. Daß das nicht geschehen kann mit einem Übermaß von patriotischen Veranstaltungen, denen ein großer Teil unserer Arbeiterschaft ablehnend gegenübersteht, wird jeder zugeben, der sich praktisch mit den Verhältnissen zu befassen hatte. Es ist ein verhängnisvoller Fehler, daß man die Gewerkschaften, denen das Interesse des jugendlichen Arbeiters vom Eintritt in das gewerbliche Leben an gehört, von der Beteiligung an der Jugendarbeit vollständig ausschaltet. Demgegenüber ist es vielleicht gut, daran zu erinnern, daß Kerschensteiner[1]) die Forderung aufgestellt hat, daß die freien gewerblichen Verbände zur Mitarbeit in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der schulentlassenen Jugend herangezogen werden, »sowohl zum Unterricht als auch zur Organisation, Beratung und Verwaltung.« Nach ihm ist es für die Erfüllung der der Öffentlichkeit durch die Jugend gestellten Aufgaben »von großer Bedeutung, daß wir, wo es immer möglich, vor allem auch jene Kreise mit an der Erziehungsaufgabe interessieren, in welche der Zögling später hineinwächst, das sind die freien wirtschaftlichen Verbände der handel-, gewerbe-, industrie- und landwirtschafttreibenden Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Denn durch die lebendige Teilnahme an der Erziehungsaufgabe, durch die freiwillige Ausübung der Erziehungspflicht erwächst den Verbänden die beste Gelegenheit, im altruistischen Sinne tätig zu sein. Mit dem Zögling wird so zugleich auch der Erzieher erzogen.«

Die oben gestellte Aufgabe wird allerdings sehr wesentlich erschwert dadurch, daß in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern das persönliche Moment in steigendem Maße ausgeschaltet wird. Da ist es nun von der größten Bedeutung, daß allen denen, die an der Unternehmung in führendem und leitendem Sinne beteiligt sind, die Erkenntnis anerzogen wird, »daß eine richtige Menschenbehandlung für die produktive Gesamtleistung

---

[1]) »Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend«. S. 54 ff.

noch weit wichtiger ist, als die richtige Behandlung des Arbeitsstoffes und der Werkzeuge.« Es ist der bekannte Pädagoge Förster, dessen Schrift »Staatsbürgerliche Erziehung« ich diese Beobachtung entnehme und der mit treffenden Worten auf die außerordentlich große Wichtigkeit hinweist, welche die soziale Kultur für das Gedeihen des wirtschaftlichen Prozesses hat.

»Die Wissenschaft der Charaktere und die Kunst, die Charaktere zu behandeln, ist das Fundament aller Betriebsweisheit, im kleinsten Arbeitskreise und im Riesenunternehmen, denn der fundamentale Betriebsfaktor ist eben schließlich doch immer die menschliche Persönlichkeit. Wer sich ganz klar macht, wieviel geistige und moralische Kräfte schon für die gewissenhafte Ausführung auch nur der kleinsten Arbeit nötig sind, wieviel Aufseher gespart werden können, wenn das Personal richtig behandelt wird und wieviel Arbeitslähmung oder Arbeitsfreudigkeit von der Tonart der Kontrolleure abhängt — der wird die ethisch-pädagogische Vorbereitung des künftigen Betriebsleiters, des Werkführers nicht hoch genug bewerten können.

Auf den großen transatlantischen Dampfern gibt es eigene Angestellte für die Aufgabe, durch Wasserzufuhr das Warmlaufen der Maschinen zu verhindern. In vielen großen Unternehmungen gibt es Werkmeister und Ingenieure, deren Tonart beständig zum »Warmlaufen« aller Angestellten führt und die stets von neuem Ursache von Streiks und von jener heimlichen und schweigenden Arbeitseinstellung und Sabotage sind, welche weit gefährlicher ist als die offene Revolte!«

Die Verbesserung der Geschmacksbildung, an der insbesondere die handwerksmäßigen Berufe interessiert sind, ist eins von denjenigen Momenten, denen die Gewerkschaften ständig die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus muß auf eine vernünftig ausgenützte Lehrlingszeit das denkbar größte Gewicht gelegt werden. Die reichen Mittel, welche der Gewerkschaft zur Verfügung stehen, sollten nicht zuletzt zum Ausbau des fachlichen Unterrichts mit verwendet werden. Es steht den Gewerkschaften durchaus nichts im Wege, durch Veranstaltung von Fachkursen oder Erleichterung der Teilnahme an solchen, ferner durch Veranstaltung von Fachausstellungen und dergl. ihr Interesse an der Hebung der verschiedensten Gewerbe zu beweisen. Ihrem Kampfcharakter brauchen sie dadurch absolut nicht untreu zu werden, da derartige Veranstaltungen eine indirekte Verbesserung ihrer Rüstung bilden,

indem sie das Interesse der Öffentlichkeit an der Sache der Gewerkschaften steigern[1]).

Damit wird zugleich für eine richtige Ausnutzung des Tarifvertragswesens die solideste Grundlage gelegt. Der Tarifvertrag als bloßer Waffenstillstand und weiter nichts hat keine Zukunft. Der Waffenstillstand ist ein Zwitterding und läßt eine positive Arbeit nicht zu. Soll eine solche geleistet werden, so bedarf es des vernünftigen Zusammengehens beider Parteien, das die Initiative auf beiden Seiten frei macht. In dieses Milieu hineingestellt, gewinnt die Teilnahme der Gewerkschaft an der fachlichen Ausbildung erst ihre rechte Bedeutung. Dabei erscheint es mir für die zunehmende Kompliziertheit des gewerblichen Apparates von Wichtigkeit, daß die tariflichen Unterhändler auf Arbeiterseite sich fähig erweisen müssen, die neuauftretenden gewerblichen Bedürfnisse so viel wie möglich zu überschauen. Vielleicht ist es zu diesem Behufe empfehlenswert, daß sie in den schwierigeren Berufen eine Art von Befähigungsnachweis dafür erbringen. Wenigstens sollten mehr und mehr zunächst die handwerksmäßigen Berufe dazu übergehen, zu den großen und wichtigen Tarifverhandlungen solche Unterhändler von ihrer Seite heranzuziehen, die sich durch Ablegung der Meisterprüfung als dafür qualifiziert ausweisen. Auch in den rein industriellen Berufen werden sich auf die Dauer ähnliche Notwendigkeiten ergeben, denen die Gewerkschaft mit Liebe und Sorgfalt nachgehen sollte. Das Beispiel der alten englischen Gewerkvereine in dieser Beziehung müßte m. Er. wohl im Auge behalten werden.

Die Beeinflussung des Willens aber steht immer und überall an erster Stelle. Es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, wenigstens in die Kreise der Gewerkschaftsführer ein geeignetes volkswirtschaftliches Wissen hineinzubringen, das das erste Mittel ist, die positive Anteilnahme der Gewerkschaften an der Steigerung der Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft anzuregen. Bereits tun sich überall Kurse von mehr oder minder längerer Dauer auf, in denen den Gewerkschaftsfunktionären die Elementarkenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiete vermittelt werden. Sollte es nicht möglich sein, wenigstens den ersten Führern der Gewerkschaften die Möglichkeit zu bieten, längere

---

[1]) Auch der fachliche Teil in der Gewerkschaftspresse bedarf meist noch eines weitgehenden Ausbaues.

Zeit als Hörer den volkswirtschaftlichen Kollegien unserer Hochschulen beizuwohnen? Auch hier bietet das englische Beispiel manches Beachtenswerte, das in entsprechend abgeänderter Form auch bei uns seine guten Dienste leisten könnte.

Es scheint mir, daß man berechtigt ist, den Satz aufzustellen: Diejenige Gewerkschaftsbewegung, der es gelingt, einen größtmöglichen Prozentsatz ihrer Mitgliedschaft im Sinne der positiven Anteilnahme an einer rationellen Produktionssteigerung zu beeinflussen, hat ihre Aufgabe für das nächste Menschenalter deutscher Wirtschaftsentwicklung gelöst!

Die angegebenen Preise sind die im April 1922 gültigen; für das ... durch den vorgeschriebenen Valuta-Zuschlag. Die Preise für **gebundene** ...

Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896—1906. Von Dr. **Paul Hirschfeld.** X, 290 S. gr. 8° 1908 Mk 84.—, geb. Mk 120.—

Die „freien" Gewerkschaften seit 1890. Ein Überblick über ihre Organisation, ihre Ziele und ihr Verhältnis zur sozialdem. Partei. Von Dr. **O. Heilborn,** Gerichtsassessor. VI, 196 S. gr. 8° 1907 Mk 24.—

Die englische Arbeiterpartei. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England. Von Dr. rer. pol. **Gerhart Güttler.** X, 210 S. gr. 8° 1914 Mk 30.—

Die neue Zeit, 30. Nov. 1918:

. . . Für die Zeit vor dem Ausbruch des Krieges bietet uns die hier angezeigte Schrift durch ihr reiches Material und durch ihre gute Ordnung ein dankenswertes Hilfsmittel zum Verständnis der englischen Arbeiterbewegung, für die nur zum Teil die Maßstäbe angewendet werden dürfen, die wir an die Arbeiterparteien des Kontinents zu legen gewohnt sind. Trotz des Widerspruchs, den der Standpunkt des Verfassers vor allem bei den Anhängern der Marxschen Theorie hervorrufen muß, erweist sich diese Arbeit als eine sehr nützliche Quelle zur Unterrichtung über die Entwicklung der Labour Party in dem Jahrzehnt vor Ausbrnch des Weltkriegs. . . . Das Buch bietet eine gute Übersicht über den politischen Standpunkt der englischen Gewerkschaften, über den Charakter und die Entwicklung der englischen Arbeiterpartei fast bis zum Ausbruch des Krieges, über die Unterschiede zwischen der englischen und deutschen Arbeiterbewegung, wobei die englischen Quellen des deutschen Revisionismus gestreift werden. Auch die Zusammenhänge der englischen Arbeiterpartei einerseits mit dem Sozialismus, andererseits mit der liberalen Partei, die Ausstrahlungen der englischen Arbeiterpartei auf die bürgerlichen Parteien, die sozialpolitischen Erfolge der englischen Arbeiterpartei und die letzten Ziele, die sie sich setzt, werden in dem Buche dargestellt.

Entstehen, Wesen und Bedeutung des Whitleyismus, des englischen Typs der Betriebsräte. Von Dr. **Th. Plaut,** Hamburg. XII, 241 S. gr. 8° 1922 Mk 48.—

Sozialismus und Sozialisierung in England. Ein Überblick über die neuere Entwicklung der sozialistischen Theorien und über die Probleme der Industrieverfassung in England. Von Dr. **Charlotte Leubuscher,** Berlin. X, 229 S. gr. 8° 1921 Mk 30.—

Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Grundsätzliches über Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Von Prof. Dr. **Karl von Tyszka,** Hamburg. V, 76 S. gr. 8° 1919 Mk 10.50

Inhalt: 1. Die wirtschaftliche Freiheit und der soziale Gedanke. — 2. Der Sozialismus. — 3. Walther Rathenaus Ziel und Weg. — 4. Bedingungen und Grenzen der Sozialisierung. — 5. Die Gemeinwirtschaft in ihrer sozialen und finanziellen Bedeutung. — 6. Die Sozialisierung der privaten Monopole. — 7. Ausblick.

Der Staat als Organismus. Gedanken zur Entwicklung der Menschheit. Von Prof. Dr. **Oscar Hertwig,** Berlin. VI, 271 S. gr. 8° 1922 Mk 30.—, geb. Mk 50.—

Inhalt: Einleitung: Die Lehre von der Organprojektion. — 1. Das Verhältnis der Teile zum Ganzen. — 2. Die individualistischen Systeme in der Staatslehre. — 3. Die sozialen, kollektivistischen oder altruistischen Systeme. — 4. Allgemeine Gesetze in der Organisation der Lebewesen und der menschlichen Staaten. — 5. Betrachtungen über die staatsbildenden Faktoren in der Geschichte der Menschheit. — 6. Die wirtschaftliche Organisation der europäischen Staaten im Mittelalter und ihre Umwandlung beim Übergang zur Neuzeit. — 7./10. Der moderne Wirtschaftsprozeß in seiner Wirkung auf Staat und Gesellschaft. (Die Mechanisierung der Wirtschaft durch das Unternehmertum als Vorstufe zur Sozialisierung durch Staat, Gemeinde und Unternehmerverbände. Der Arbeitersozialismus. Der ethische Sozialismus.) — 11./14. Krisen und Krankheiten im staatlichen Organismus (im wirtschaftlichen und sozialen, religiösen und sittlichen Leben). Wege zu ihrer Lösung und Heilung.

Ant. Kämpfe, Buchdruckerei, Jena.